Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 22 – 31. Mai 2008 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Schloßkonzert im Schloßtheater Neues Palais: Venezianisches Flair zieht ein in die preußischen Schlösser und Gärten von Potsdam. Unter dem Thema „Venedig – musica serenissima" bieten die Musikfestspiele vom 6. bis 22. Juni Höhepunkte aus dem Musikleben der Lagunenstadt. Zugleich spiegeln sie die vielfältigen Venedig-Bezüge, die in Potsdam durch die Italienbegeisterung der preußischen Könige zu finden sind.

Foto: Musikfestspiele Potsdam

Ein Staat im Staate

Telekom-Manager agierten selbstherrlich – Gilt nur noch das Hausrecht der Konzerne?

Von KLAUS D. VOSS

Was ist nur in die deutschen Unternehmen gefahren? Jetzt steht die Telekom am Pranger, ist in die schmuddeligste Affäre ihrer Firmengeschichte verwickelt. Zu Recht schlagen die Wellen hoch, denn die Ausspähung der Telefonverbindungen zwischen Managern und Journalisten hat einen kaum wieder gutzumachenden Schaden angerichtet – es kommt einem Anschlag auf Freiheitsrechte gleich, einem „Telegate".

Und das Erschrecken muß noch größer werden, wenn man erkennt, daß System dahinter steckt: Die großen Konzerne entwickeln sich mehr und mehr zu Staaten im Staat, in denen nur noch eigenes Recht gilt. Regierungen, die das gewähren lassen, entmündigen sich selbst.

Man hatte hoffen dürfen, daß wenigstens die alten Postunternehmen genug Staatsverantwortung in die Welt der Aktienkonzerne retten konnten, aber: Die Privatisierung unter dem Zwang der Globalisierung tötet so ziemlich alles ab.

Telekom-Chef René Obermann handelt konsequent, wenn er alles daran setzt, die Telefonspitzel-Affäre aufklären zu lassen. Ganz gleich, welcher seiner Vorgänger die Anordnungen zur Bespitzelung gab, die Verantwortung trifft immer den, der den Hut aufhat. Obermann muß im eigenen Interesse der Telekom versuchen, das Vertrauen ihrer Kunden wiederzugewinnen: Wer will sonst noch der Telekom glauben, bei ihr sei das gute alte Fernmeldegeheimnis noch irgend etwas wert? – eine existentielle Frage für den Kommunikationskonzern.

Aber die Affäre hat noch diesen anderen schwerwiegenden Aspekt – die Telekom beschädigt den Staat. Natürlich hat jedes Unternehmen das Recht, sich gegen den Verrat von Betriebsgeheimnissen zu wehren und zu verhindern, daß mit Insider-Informationen an den Börsen Schindluder getrieben wird. Aber auch ein Konzernchef darf nicht das Recht in die eigene Hand nehmen. Wenn Geschäftsgeheimnisse verraten und vitale Unternehmensziele gefährdet werden, dann müssen die Staatsanwaltschaften eingeschaltet werden: Auf Vergehen dieser Art stehen bis zu drei Jahre Haft. Und die Ermittlungen müssen etwa Spezialisten der Landeskriminalämter übernehmen, nicht angeheuerte Spitzel.

Leider ist die Telekom kein Einzelfall. Handelshäuser wie Lidl und andere, Restaurantketten wie etwa Burger King, die Diebstähle durch Mitarbeiter vermuten, müßten die Polizei einschalten – und nicht selbst engagierte Betriebsspione –, doch Selbstjustiz ging vor.

Gegen den „Global Player" Siemens wird jetzt in einem ersten Prozeß die Rechnung aufgemacht. Es verdichten sich die Anzeichen, daß der Weltkonzern mit Schmiergeldern seine eigene Handelspolitik gemacht hat, allen internationalen Abkommen zum Trotz.

Wahr ist, daß viele Staaten – und auch die Bundesrepublik – von der Globalisierung der Wirtschaft überfahren worden sind. Sie haben sich die Macht nehmen lassen, die Einhaltung internationaler Regeln zu garantieren. Wie sonst kann man es sich erklären, daß Weltkonzerne lieber Schutzgelder aus schwarzen Kassen zahlen, entführte Mitarbeiter freikaufen und sich letztlich lieber mit Terrorbanden und organisierten Kriminellen arrangieren, statt auf den Schutz durch „ihren" Staat zu vertrauen?

KLAUS D. VOSS:

Backpfeifen

Kommunalwahlen haben selten Bedeutung, die über den Postleitzahlbezirk hinausreicht. Doch in Deutschlands schönstem Bundesland ist es diesmal ganz anders: Die Bürger Schleswig-Holsteins haben nicht gewählt, sie haben gestraft. CDU und SPD haben Backpfeifen bekommen.

Es ist noch nicht so lange her, daß beide Parteien zeigen konnten, wie dicht sie am Bürger waren – sowohl SPD wie CDU waren für eindeutige Mehrheiten gut. Jetzt ist die Union die Treppe heruntergefallen, von 50,8 Prozent auf 38,6 Prozent. Und die SPD vertritt mit ihren 26,6 Prozent gerade noch einmal jeden vierten Schleswig-Holsteiner.

Bei Licht betrachtet stimmt nicht einmal das, eine Wahlbeteiligung von gerade noch 49,5 Prozent relativiert alles auf die Hälfte. Das war der zweite Satz Backpfeifen.

Die ernste Warnung aus Kiel heißt aber: Selbst im traditionsbewußten Norden können SPD und CDU die Wähler nicht mehr halten. Sie setzen sich zur schweigenden Mehrheit ab oder sie wählen alles, was nach einer Alternative aussieht – leider auch die Linkspartei.

Das Wahlbündnis aus Honeckers Urenkeln und örtlichen SPD-Rebellen konnte hier und da auf Anhieb die Grünen vom dritten Rang verdrängen. Selbst in jenen Regionen Schleswig-Holsteins, in denen die Erinnerung an den DDR-Todesstreifen noch lebendig sein müßte, hat sich die PDS-Linke festsetzen können – landesweit kam sie auf 6,9 Prozent.

Viele Wähler kamen direkt von der CDU, und in Schleswig-Holstein hat die Union die bundesweit bisher bitterste Niederlage anno 2008 einstekken müssen – fast 30 Prozent ihrer Wähler sind abgesprungen.

Alles blockiert

SPD-Chef legt Koalition lahm

Man darf Gegner nicht unterschätzen – auch SPD-Chef Kurt Beck nicht: Er hat in diesem Jahr seinen Widersachern noch jeden wichtigen Stich abgenommen. Jetzt hat er die Große Koalition in den Vorruhestand geschickt.

16 Monate vor dem Bundestagswahl-Termin sind alle Verabredungen der Koalition für die zweite Hälfte der Legislaturperiode ausgesetzt, darunter auch die teuren wie unsinnigen Klimaschutz-Pakete.

Es ist weniger entscheidend, ob Beck selbst das Tempo vorgibt oder der linke Flügel der Partei, beide handeln mit gleichem Ziel: Die Ausrichtung der SPD auf einen strammlinken Kurs zu einer rot-rot-grünen Koalition wird zwar noch vertuscht, sie ist aber gefährlich weit fortgeschritten.

Den Traditionsflügel seiner Partei haben Beck und Mitstreiter mehrfach überrannt: mit dem Rückzieher bei den Abgeordneten-Diäten und der Kaninchen-aus-dem-Hut-Nummer mit Gesine Schwan als Kandidatin für die Wahl zum Bundespräsidenten. So gefährlich das Machtkonzept von Kurt Beck ist, die Troika um Fraktionschef Peter Struck und die Kabinettsminister Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier hat überhaupt keinen Handlungsfaden mehr.

Gefährlich ist Becks Wahlkampf-Blockade besonders für Deutschland. Weil alle Erfolge der Koalition schlußendlich der Chefin zugerechnet würden, wird er Bundeskanzlerin Angela Merkel aufhalten, wo es nur geht. Mehr zu Becks Weg an die Macht auf Seite 5. *vs*

Spritpreise treiben die Inflation

Verbraucher sind stark verunsichert: Das Konsumklima fällt in sich zusammen

Lebenserfahrene Menschen wissen noch, wie Inflation sich anfühlt – und es ist wieder so weit: Das Geld wird täglich weniger wert. Als Inflationsanzeiger können die Tankstellen dienen – je höher die Benzinpreise noch steigen, desto weniger ist der Euro wert.

Die Kosten für Energie und Mobilität machen inzwischen in den Budgets der Familien einen so dicken Posten aus, daß sie das Konsumverhalten maßgeblich beeinflussen. Die unkontrolliert steigenden Lebensmittelpreise zehren zugleich und genauso stark an der Kaufkraft des Familieneinkommens.

Immer mehr Geld für die gleiche Menge Benzin oder Diesel – aus diesen Konsumsegmenten entsteht ein gewaltiger Inflationsschaden. Seit Jahresbeginn ist der Petro-Euro des Verbrauchers um 40 Prozent abgewertet worden.

Mehr noch: Heizöl-Käufer sollten vorsichtshalber schon einmal das ganze Weihnachtsgeld – sofern sie noch eines bekommen – auf die Seite legen, denn Heizöl ist in Jahresfrist um fast 80 Prozent teurer geworden. Gas-Kunden werden diesen Inflationsaufschlag mit einigen Monaten Verzögerung zu spüren bekommen.

Die dritte Keule, die die Verbraucher treffen wird, sind wachsende Finanzierungskosten. Mit der Inflationsrate zieht auch das Zinsniveau an, und die Banken sind unter dem Druck der Subprime-Hypothekenkrise derzeit ohnehin nicht zu günstigen Angeboten aufgelegt. Immobilienfinanzierungen können in Zukunft noch stärker ins Geld gehen.

Die offiziell errechnete Inflationsrate von augenblicklich 3,5 Prozent gibt die reale Geldentwertung nur unzureichend wieder, weil in den Kerndaten die Energiepreise und Lebensmittel-Kosten so gut wie gar nicht berücksichtigt werden.

Keine guten Aussichten für die Binnenkonjunktur in Deutschland. Nach der jüngsten Messung der Gesellschaft für Konsumforschung sitzt den Verbrauchern der Tankstellen-Schock in den Gliedern. Die Stimmung bei den Konsumenten ist stark abgesunken, so niedrig wie Ende 2006. Damals wurden gerade drei Prozentpunkte Mehrwertsteuer auf die Preise aufgeschlagen, und die Deutschen ahnten schon, daß das nicht gut ausgehen wird.

Jetzt haben die Öl- und Gas-Spekulanten nach der heftigsten Steuererhöhung aller Zeiten noch eins draufgelegt: die härteste Energieverteuerung aller Zeiten.

Bei der Inflationsabwehr sind Politiker, das lehrt die Geschichte, nur selten eine große Hilfe. In Deutschland gibt es für die Verbraucher noch eine besondere Belastung bei der Energiekosten-Inflation: Ökologische Experimente und Klimaschutz-Vorhaben werden durch Aufschläge bei den Energiepreisen finanziert, verstärken also die inflatorische Wirkung und die Konsum-Auszehrung.

Statt effektiver finanzieller Hilfe können die Verbraucher aus der Politik wohl wieder nur eines erwarten – die stets gleichen possierlichen Energie-Spartipps. *vs*

MELDUNGEN

Rußland statt USA

Berlin – Das gute Auslandsgeschäft hat die deutsche Wirtschaft 2007 erneut angetrieben: Zwei Drittel des realen Wachstums von 2,5 Prozent gehen auf das Konto des Außenhandelsüberschusses. Allerdings haben sich die Perspektiven seit dem Herbst 2007 etwas eingetrübt – etwa weil sich die schwächere Konjunktur in den USA auf deren Importe auswirkt. Dies dürfte Deutschland aber nicht mehr allzu hart treffen. Denn die Lieferungen an die USA gingen im vergangenen Jahr um fast sechs Prozent zurück, so daß nur noch 7,6 Prozent der deutschen Warenexporte ihr Ziel in den Vereinigten Staaten hatten. Dagegen verkaufen hiesige Unternehmen mehr Industriegüter innerhalb Europas sowie an die aufstrebenden rohstoffreichen Staaten. Letztere modernisieren und erweitern mit den Einnahmen aus dem Energiegeschäft in großem Stil ihre Produktionsanlagen und Infrastruktur. Und gerade die deutsche Industrie kann diese Länder bestens mit den benötigten Investitionsgütern beliefern. Entsprechend legten zum Beispiel die Ausfuhren nach Rußland 2007 um 21 Prozent zu – nachdem sie bereits in den vorherigen Jahren zweistellig gewachsen waren. In der Folge schrumpfte das Defizit im Handel mit Moskau von fast sieben Milliarden Euro im Jahr 2006 auf zuletzt 0,6 Milliarden Euro. Im Warenaustausch mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens konnte die Bundesrepublik 2007 sogar einen gestiegenen Überschuß verbuchen. *IW*

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Die Schulden-Uhr: Kein Reformbedarf?

Will man dem „Spiegel“ bezüglich des Inhalts des in Bearbeitung befindlichen, zweiten Tragfähigkeitsberichts der Bundesregierung zum Thema demographischer Wandel glauben, dann besteht derzeit kein dringender Reformbedarf. Offenbar ist das Finanzministerium überzeugt, mit den bisherigen Reformen wie der Verschiebung des Renteneinstiegsalters auf das 67. Lebensjahr so viel erreicht zu haben, daß kein Handlungsbedarf mehr besteht. Allerdings geht die Rechnung nur auf, wenn die Bevölkerung von 82 Millionen Menschen bis 2050 nur auf 77,5 Millionen sinkt und das Wirtschaftswachstum bis dahin jährlich zwischen 1,4 und 1,7 Prozent pendelt. Sollte die Bevölkerung auf 70 Millionen sinken und das Wirtschaftswachstum unter einem Prozent liegen, gibt es allerdings ein jährliches Minus von etwa 50 Milliarden Euro.

1.495.963.695.060 €

(eine Billion vierhundertfünfundneunzig Milliarden neunhundertdreiundneunzig Millionen sechshundertfünfundneunzigtausend und sechzig)

Vorwoche: 1.495.675.584.118 €
Verschuldung pro Kopf: 18.174 €
Vorwoche: 18.170 €

(Stand: Dienstag, 27. Mai 2008, 12 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

Lafontaine überstrahlt alle

Der Parteitag der Linken war ein voller Erfolg für den ehemaligen SPD-Mann

Von Markus Schleusener

Die erste Rede auf dem Links-Parteitag war das Grußwort des Cottbuser Bürgermeisters Frank Szymanski (SPD). Sechs Minuten lang schmierte der Sozialdemokrat den roten Genossen Honig ums Maul („Ich freue mich, daß Sie zum zweiten Mal hier sind“) und referierte darüber, wie gut einer von den Linken „in der Rathausspitze“ mitarbeite.

Oskar Lafontaine konnte zufrieden lächeln. Überall bröckelt der Widerstand der SPD. Kurt Beck und seine Genossen wie Szymanski wissen: Sie brauchen die Linken, um wieder den Bundeskanzler stellen zu können. Lafontaines alte Widersacher Schröder und Müntefering, die eine solche Zusammenarbeit verhindert hätten, spielen keine Rolle mehr. Daß die SPD Gesine Schwan als Präsidentschaftskandidatin aufstellt, ist ein weiteres Indiz. SPD und Linkspartei finden zusammen. Im Saarland und in Thüringen könnten sie im nächsten Jahr Koalitionsregierungen bilden.

Die Linke steht gut da. Und mit ihr Oskar Lafontaine, der auf diesem Parteitag in Cottbus mit 78,5 Prozent der Stimmen wiedergewählt worden ist. Ohne Lafontaine gäbe es die Linkspartei nicht, sagte Bodo Ramelow vor dem Parteitag voller Begeisterung.

Lafontaine überstrahlt alle. Gysi ist wegen seiner Stasi-Verstrickung in der Kritik. Zwar steht die Partei in Nibelungentreue zu ihm, aber er macht in der Öffentlichkeit eine schlechte Figur deswegen. Lothar Bisky, Lafontaines Kompagnon als Vorsitzender, kann ihm nicht das Wasser reichen. Und Hans Modrow wurde von der Parteispitze jetzt ganz aus dem Verkehr gezogen. Der frühere DDR-Ministerpräsident wurde just an dem Termin des Parteitages nach Lateinamerika entsandt, um an einem unbedeutenden Kommunistentreffen dort teilzunehmen. „Cottbus grüßt Montevideo“, rief Bisky dem alten Mann hinterher. Aber im Grunde war es ein höhnischer Abschiedsgruß an den „Ehrenvorsitzenden“ der alten PDS, der die gleiche Rolle bei der Linkspartei nicht mehr spielen darf.

Dafür hat Lafontaine gesorgt. Er hat die DDR-nostalgische Rentnertruppe so umgekrempelt, daß die Partei mittlerweile auch in vier West-Landtagen sitzt. Natürlich gibt es die Radikalen – vom Kuba-Solidaritätskomitee bis hin zu Dalai-Lama-Gegnern – noch. Sie wurden auch wieder in den Vorstand gewählt. Doch diese Dinge stehen im Hintergrund. Lafontaine weiß, daß er weitere Wahlsiege nur mit den populären Themen wie Mindestlohn oder Rente erringen kann. Die Extremisten in der Partei müssen sich fürs erste in Geduld üben. An die Adresse der Altkader sagte er, die DDR sei gescheitert, „weil sie kein Rechtsstaat war, weil sie keine Demokratie war und weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu wenig Mitbestimmung hatten“. Er bekam dafür reichlich Applaus.

In seiner Rede wiederholte er seine alten Forderungen: Weg mit Hartz IV, Rentenalter 65 wiedereinführen, Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan. Und die Botschaft: Alles ist bezahlbar, wenn nur die Superreichen und die Wirtschaft ihre Steuern bezahlen.



Will vor allem den Superreichen an die Geldbörse: Oskar Lafontaine erhielt viel Beifall. Foto: ddp

Lafontaine hat bei der anschließenden Vorsitzendenwahl ein paar Stimmen im Vergleich zur Wahl vor einem Jahr verloren, aber das haben mit einer Ausnahme alle Vorstandsmitglieder.

Die Unzufriedenen lenkten ihre Kritik auf seine Frau Christa Müller.

Diese übt die nicht eben weltbewegende Position „familienpolitische Sprecherin im Saarland“ aus. Weil sie ein Buch geschrieben hat, in dem sie sich gegen staatliche Kinderkrippen einsetzt, arbeitete sich die halbe Partei an ihr ab.

Mehrere Anträge forderten kostenlose Krippenplätze etc. Eine besonders radikale Gliederung (Hamburg Nord) forderte die Frau von Lafontaines auf, zu widerrufen oder zurückzutreten. Ihr Familienbild sei „reaktionär“, hieß es in dem Antrag.

Der Parteiführung gelang es jedoch, die Antragsteller zu besänftigen.

Am Ende wurden die Anträge zusammengefügt und so umgeschrieben, daß der Name Christa Müllers gar nicht mehr auftauchte. Noch ein Punktsieg für Lafontaine.

In seiner Rede ist es dem Saarländer auch noch gelungen, ein anderes Manko der Partei in eine vermeintliche Stärke umzuwandeln: Kritiker behaupteten gerne, so Lafontaine, die Linkspartei habe kein richtiges Programm. Gleichzeitig würde geschimpft, andere Parteien würden Punkte aus dem Programm der Linkspartei übernehmen (Verlängerung des Arbeitslosengeldes zum Beispiel). „Wenn wir lesen, daß die anderen Parteien Programmpunkte von uns übernehmen, dann paßt es nicht zusammen, wenn einige in der Vorberichterstattung immer noch sagen, wir hätten ja gar kein Programm.“

Zu Tode verwaltet

Reformen werden verschleppt: Kirchlicher Finanzchef zeichnet wenig hoffnungsvolles Bild

Ein wenig hoffnungsvolles Bild der volkskirchlichen Zukunft hat der stellvertretende Vorsitzende der Kirchenregierung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig, Oberlandeskirchenrat Robert Fischer, gezeichnet. Der Finanzreferent sprach auf der Mitgliederversammlung des „idea“-Trägervereins über kirchliche Herausforderungen. Am Beispiel der braunschweigischen Landeskirche wies er auf den kirchlichen Schrumpfungsprozeß hin. Seit seinem Dienstantritt 1981 habe sich die Mitgliederzahl von 530 000 auf 400 000 verringert. Die Strukturen von damals habe man fast unverändert immer noch. Notwendige Verwaltungsreformen seien sehr oft an Partikular-Egoismen in der Synode gescheitert. Man frage sich manchmal, warum sich eine Landeskirche eine Kirchenleitung leiste, sie aber letztlich allenfalls verwalten, aber nicht leiten lasse. Nach Fischers Worten wird die Schrumpfung der Landeskirchen aufgrund des Bevölkerungsrückgangs schwerwiegende Folgen haben. Die Zahl bezahlter Mitarbeiter werde sinken, weil die Personalkosten und die Versorgung der Pensionäre sowie Rentner, die immer mehr und immer älter würden, keine andere Wahl ließen. Die Kirche werde auch weit weniger Gebäude unterhalten können: „Wir geben Kirchen ab, während eine Moschee nach der anderen eröffnet wird.“ Christen in Deutschland gerieten in eine Minderheitensituation. Skeptisch äußerte sich Fischer auch zur Umsetzung des Reformpapiers der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ (EKD) „Kirche der Freiheit“. Eine stärkere Trennung von Aufgaben und Funktionen in der Kirche, klare Zuständigkeiten von Synode, Kirchenleitung und Landeskirchenamt werde es in einer „Organisation der Freiheit“ wie der evangelischen Kirche nicht geben.

Nach Einschätzung Fischers begeben sich die Synoden immer mehr in das operative Geschäft: „Das kann nicht funktionieren.“ Er glaube auch, daß das Synodalprinzip in einer immer komplizierteren Welt nicht mehr die rechte Leitungsform sein könne. Fischers Fazit: „Wenn die Volkskirche sich

Verwaltung muß schlanker werden

nicht radikal ändert und zur Kirche für das Volk wird, indem sie auch fragt, was das Volk bewegt, wird sie keine Zukunft haben.“ Zwar werde immer wieder gefragt: „Welche Kirche wollen wir?“ Aber kaum jemand frage: „Welche Kirche will Jesus Christus?“ Ihn habe man zu verkündigen und seine frohe Botschaft und nicht irgendwelche Theologien, seien sie humanistischer, feministischer, ökologischer oder sonst einer Art.

Der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb, benannte als größte Herausforderung für die Gemeinde Jesu die wachsende Zahl geistlicher Analphabeten und Gottloser. Ohne Gottesbezug verliere die Gesellschaft ihre Werteorientierung. So habe man sich zum Beispiel selbst in christlichen Kreisen weithin mit der Abtreibungspraxis abgefunden. Die Politik könne sich nicht einmal auf einen Stopp der Spätabtreibungen einigen. Die Familie werde zunehmend geschwächt. Angesichts ihrer schwindenden finanziellen Kraft würden beide Elternteile förmlich in die außerfamiliäre Erwerbsarbeit gestoßen.

Im Blick auf die Aufstockung der Plätze in Kinderkrippen sagte Steeb: „Wahrscheinlich werden wir irgendwann noch eine Kinderkrippenpflicht erleben.“ Angesichts dieser Entwicklung müßten Evangelisation und Mission absolute Priorität haben. Außerdem müsse die biblische Ethik in allen Bereichen vermittelt werden – von der Ehe bis zur Armutsbekämpfung. Christen dürften gesellschaftliche Veränderungen nicht länger verschlafen. Unverzichtbar seien auch „Schulen des Glaubens“ wie der Jugendkongreß „Christival“ in Bremen, damit sich Christen in einer Gesellschaft mit vielen Auswahlmöglichkeiten behaupten könnten.

Fehlende Einheit der Christen

Der Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbandes (Vereinigung Landeskirchlicher Gemeinschaften), Pfarrer Christoph Morgner, ging ebenfalls auf die Wertedebatte ein. Die Werte, die Gott in seinen Geboten setze, seien lebensdienlich für alle, nicht nur für Christen. Deshalb sei Evangelisation vorrangig: „Nur wenn jemand der Glaube wichtig wird, werden ihm auch die Gebote wichtig.“ Die Volkskirche sei zukunftsfähig, wenn sie sich auf wesentliche Elemente des Pietismus besinne. Dazu gehörten, die Konzentration auf die biblische Botschaft und Mission. Morgner: „Der Pietismus hält die reformatorische Fahne hoch: Allein Jesus Christus.“ Die Gemeinschaftsbewegung erhebe aber keinen Monopolanspruch auf ihre Frömmigkeitsform. Sie bejahe die Pluralität der Glaubensformen in der Kirche, lehne aber einen Pluralismus bei den Glaubensgrundlagen ab. Als ein Unglück bezeichnete der Präses die Zersplitterung der Christenheit. Er hat jedoch Hoffnung auf mehr Einheit: „Je mehr wir als Gemeinde Jesu von den gesellschaftlichen Entwicklungen bedrängt werden, desto mehr werden wir zusammenwachsen.“ Morgner warnte die Pietisten davor, nur ihre eigene Nische zu kultivieren. Wichtig sei der Blick für die weltweite Christenheit: „Provinzialität macht uns eng und kurzsichtig.“ Zur globalen Sicht gehöre auch, für verfolgte Christen zu beten.

Der Pressesprecher des Bundes Freier evangelischer Gemeinden, Arndt Schnepper, ging auf die Herausforderungen für die christliche Publizistik ein. Er äußerte die Einschätzung, daß viele Christen zu erschöpft zum Lesen theologischer Texte seien und eher Zerstreuung suchten. Während sich christliche Frauenromane bestens verkaufen ließen, hätten es Bücher zu ethischen Fragen schwerer. Die Frömmigkeit sei nicht mehr so bibelbezogen wie früher. Deshalb habe auch der Absatz von Bibelkommentaren nachgelassen. Notwendig sei auch eine stärkere Förderung deutscher Schriftsteller: „Fast alle evangelikalen Verlage haben als Zugpferde US-amerikanische Autoren.“ Außerdem komme es darauf an, für die missionarische Arbeit Bücher, Zeitschriften und Internet intelligent miteinander zu verbinden. *idea*

Multikulti droht Aus

Von Harald Fourier

Radio Multikulti darf nicht schließen. So tönt es aus allen Ecken des politisch korrekten Deutschland. Klaus Staeck, der Präsident der Akademie der Künste, ereifert sich, die beabsichtigte Schließung des Kanals sei eine „unverantwortliche Absage der ARD an die kulturelle Vielfalt“.

Der RBB, zu dem Radio Multikulti gehört, ist in der Krise. Es fehlen 54 Millionen Euro. Um die Verluste zu begrenzen, sollen die Fernsehsendung „Polylux“ und der Rundfunkkanal Radio Multikulti eingestellt werden. Drastische Maßnahmen, die wir vom sonst finanzkräftigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht kennen. Die ARD müßte nur einen Bruchteil der jüngsten Gebührenerhöhung in Richtung RBB umlenken, und schon wäre der Kanal, der „nur“ einige Millionen Euro pro Jahr verschlingt, nicht mehr in Gefahr.

Dies ist wahrscheinlich auch der wahre Grund für die drastische Maßnahme: Die RBB-Bosse wollen auf ihre desolate Lage aufmerksam machen: Alle sollen sehen, daß es bei der Krise ans Eingemachte geht. Ganz nach dem Vorbild von Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD), der ja schon mal behauptet hat, Berlins Haushalt sei weniger solide als der Argentiniens. Ich befürchte: Am Ende wird uns Radio Multikulti erhalten bleiben, weil noch nie ein öffentlich-rechtlicher Sender eingestellt wurde. Eher werden die GEZ-Gebühren angehoben.

Wiese „befürchten“? Nun, eigentlich wäre ein Sendestopp für Multikulti nur logisch. Der Kanal ist schlicht aus der Zeit gefallen. Er spiegelt die naive Idee einer multikulturellen Glückseligkeit, die längst an der Realität der Ghetto-Subkulturen und Integrationsproblemen gescheitert ist.

Auch die per Radio Multikulti angestrebte Einbindung der Migranten in die Medienwelt der deutschen Mehrheitsbevölkerung hat Schiffbruch erlitten. Deutsches Gutmenschen-Radio will offenbar niemand hören. Griechen schauen lieber griechisches Fernsehen, Italiener lauschen ebenso ihren Heimatsendern, Türken bevorzugen türkisches Fernsehen und so weiter. Internet, Kabelprogramme und Satellit machen’s möglich.

Wie machen wir es denn, wenn wir im Ausland sind? Im Hotelzimmer, egal ob in Israel oder auf Mallorca, wird solange mit der Fernbedienung gesucht, bis Sat1, ZDF oder dergleichen gefunden sind. Nur selten würde ein deutscher Ägyptenbesucher gezielt ein deutschsprachiges, aber in Ägypten gemachtes Programm suchen, zumal dann, wenn der Sender wie Radio Multikulti immer zeitversetzt in unterschiedlichen Sprachen sendet.

So gesehen wäre die Schließung des Senders wirklich kein Verlust. Alle mußten ihn bezahlen. Wenige haben ihn gehört, kaum jemand wird ihm eine Träne nachweinen.

Krise von Rot-Rot abgewendet

Enthaltung im Bundesrat: Warum Wowereit den Bruch unbedingt vermeiden wollte



Sitzung des Bundesrats: Entgegen allen anderen Ländern verweigerte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD, hier mit seinem Innensenator Harald Wolf von der Linkspartei) Berlins Zustimmung zum EU-Vertrag I

Foto: action press

Von Markus Schleusener

Was hat die Berliner Linkspartei nicht alles einstecken müssen! Der strikte Sparkurs des Senats hat der Stadt zwar einen hoffentlich bald ausgeglichenen Haushalt eingebracht. Aber um den Preis von „sozialen“ Kürzungen.

Gehaltseinbußen für Angestellte im öffentlichen Dienst an erster Stelle. Außerdem haben SPD und Linkspartei das Blindengeld gekürzt und bei der Jugendhilfe gespart. Es gab weniger Geld für Universitäten, Theater, Kindergärten. Was rechts begrüßt wird, findet links kaum Zustimmung. Doch es war ein linker Senat, der das alles durchgesetzt hat, nachdem bei den CDU-geführten Landesregierungen jahrelang das Nach-uns-die-Sintflut-Prinzip gegolten hatte. Zu allem Überfluß hat die Linkspartei auch den Verkauf von landeseigenen Wohnungen an Finanzinvestoren (vulgo: Heuschrecken) abgenickt.

Die Partei ist heftig in Erklärungsnot gekommen und hat von ihren Wählern bei der jüngsten Abgeordnetenhauswahl 2006 eine derbe Watsche erhalten. Weil sie fast die Hälfte ihrer Wähler verloren hat, kamen die Genossen nur noch auf 13,4 Prozent der Stimmen (2001: 22,6).

Nun ist auch noch ihre Galionsfigur unter erheblichen Druck geraten, Gregor Gysi steht mit dem Rücken zur Wand. Jahrelang hat er jeden mit Prozessen überzogen, der ihn bezichtigte, als IM für die Stasi gearbeitet zu haben. Doch jetzt holt ihn seine Vergangenheit in der DDR vielleicht doch noch ein. Zum ersten Mal hat er vor Gericht eine Schlappe hinnehmen müssen.

Es geht um die Frage, ob er Mandanten verraten hat, darunter den DDR-Regimekritiker Robert Havemann. Die Antwort darauf geben vermutlich Stasi-Akten, deren Herausgabe Gysi nun nicht mehr verhindern konnte.

Inzwischen sind brisante Details zu den Vorwürfen ans Tageslicht gekommen. Sie schwächen den Fraktionschef und lassen seinen Kollegen Oskar Lafontaine um so stärker leuchten.

Oskar Lafontaine aber steht für eine härtere Gangart gegenüber der SPD. Ihm ging die Zustimmung zur „neoliberalen“ Politik von SPD und CDU seit jeher gegen den Strich. So schimpfte er auf seine Genossen in Dresden, die dort dem Verkauf von städtischem Wohneigentum zugestimmt hatten. Und er forderte von den Berliner Parteifreunden, sich nicht länger von der SPD als Stimmvieh mißbrauchen zu lassen.

Bei der Abstimmung im Bundesrat über den EU-Verfassungsvertrag war die Stunde der Berliner Linkspartei gekommen. „Dem können wir nicht zustimmen“, ließen die Parteioberen Klaus Wowereit wissen. Der Koalitionsvertrag sieht vor, daß die Landesregierung sich im Bundesrat enthält, wenn die Berliner Koalitionsparteien uneins sind. Doch Wowereit ist jemand, der sich gerne über solche Absprachen hinwegsetzt. Er kündigte eine „Führungsentscheidung“ an.

Doch dann drohten die dunkelroten Genossen mit einem Sonderparteitag und dem Koalitionsbruch. Da wurde dem Regierenden Bürgermeister deutlich, daß er besser diesmal auf die Befindlichkeiten der Linken Rücksicht nimmt. Wowereit weiß: Er gilt nur solange als „Joker“ bei der Suche nach einem SPD-Kanzlerkandidaten, wie seine rot-rote Koalition funktioniert. Chef einer Chaostruppe zu sein ist keine gute Empfehlung für das Kanzleramt. Kleinlaut ließ er seine Justizsenatorin die Enthaltung verkünden.

Diese Entscheidung hat viel Geschrei um nichts entfacht. Die 15 anderen Landesregierungen haben dem Vertrag zugestimmt. Die Ratifizierung war nie gefährdet. Wowereits symbolische Handlung war ein kleiner Preis. Er kann jetzt nur hoffen, daß die Berliner Linken, von Lafontaines angestachelt, nicht regelmäßig solche Zugeständnisse von ihm erwarten.

Vorerst wohl nicht. Auf dem zurückliegenden Bundesparteitag der Postkommunisten in Cottbus gaben sich die Genossen von der Bundesebene pflegeleicht. Lafontaine erklärte, er sei stolz auf den Landesverband Berlin. Und sein Co-Vorsitzender Lothar Bisky ergänzte: „Berlins Linke hat Kurs gehalten. Das will ich besonders würdigen.“

Wenn sich die Partei mit so wenig zufrieden gibt, dann kann Wowereit guten Gewissens noch Jahrzehnte mit ihr regieren.

London und Paris abgehängt

Berlin hat sich neben New York als weltweites Zentrum der zeitgenössischen Kunst etabliert

Von Peter Westphal

Berlin gilt inzwischen als wichtigste Kunst- und Kulturstadt Europas. Der Sektor der Kulturindustrie wächst hier doppelt so schnell wie anderswo. 6000 Künstler sind in der deutschen Hauptstadt sogar sozialversicherungspflichtig gemeldet, widmen sich den Künsten also im Hauptberuf. Mit dieser stattlichen Zahl liegt Berlin vor allen anderen europäischen Metropolen, was einen enormen Sog ausübt: Viele der Kunstschaffenden sind aus dem Ausland an die Spree gezogen.

Noch deutlicher wird die noch junge Vormachtstellung Berlins an den etwa 400 Galerien, die zahllosen nur zeitweilig öffnenden „Off-Galerien“ nicht eingerechnet. Damit weist die Stadt die zweithöchste Galeriendichte weltweit auf – nur New York legt noch etwas mehr auf die Waage. Das ist den großen, weltweit aktiven Galeristen nicht verborgen geblieben, die in jüngster Zeit Filialen in der Metropole eröffnet haben.

Daß die deutsche Hauptstadt sich inzwischen als weltweit größte Produktionsstätte aktueller Gegenwartskunst präsentieren kann, gründet sich zum einen auf das „Art Forum Berlin“, einer Messe für zeitgenössische Kunst, die erstmals 1995 ausgerichtet worden ist. Hier werden ausschließlich neue Arbeiten internationaler Vorreiter präsentiert, statt sich mit längst bekannten Meisterwerken zu schmücken. Bis dahin hatte sich allein die „Liste Basel“ auf dieses interessante, aber kommerziell heikle Konzept eingelassen. Jahre später erst wurde es kopiert, als Konkurrenz entstanden die „Art Basel Miami Beach“ oder die „Frieze Art Fair Londen“.

Noch vor sechs Jahren hatten viele Kritiker die Messe in Berlin für nicht überlebensfähig gehalten. Doch inzwischen ist sie zum Fixpunkt der internationalen Gegenwartskunst geworden. Ein Galerist der ersten Stunde, der 1992 von Leipzig nach Berlin gezogene Judy Lybke (Galerie „Eigen+Art“), sieht hierin den Ausdruck einer internationalen Wanderungsbewegung. Nach Köln, New York City und London sei jetzt die deutsche Hauptstadt Zentrum der modernen Kunst.

Lybkes Fazit entstammt dem im Jahr 2008 produzierten Film „Berlin – arm aber sexy“ (2008) des Kunstkritikers Heinz-Peter Schwerfels (Ausstrahlung auf Arte, Donnerstag, 5. Juni 2008, 22.30 Uhr). In diesem wird der Frage nachgegangen, warum Berlin derzeit als das pulsierende Zentrum der internationalen Kunstwelt gilt. Der finanzielle Hintergrund dieses Prozesses wird ablesbar an jener Gesetzmäßigkeit, der zufolge auf die Bohème das Kapital folgt: Erst sammeln sich an einem Ort die Künstler, dann kommen irgendwann die Händler und reichen Sammler nach. So stellen jetzt erstmals Käufer aus New York und Moskau einen wesentlichen Teil der Käuferschaar in Berlin. „Kunst ist der Luxus von heute“, läßt ein passionierter Sammler wissen.

Das vermehrte Auftauchen von Investoren registriert auch die Medienunternehmerin und Kunstsammlerin Christiane zu Salm. Habe Berlin früher im eigenen Saft gekocht und sei deshalb uninteressant geblieben, sei es heute ungemein relevant: einfach deshalb, weil niemand „daran vorbeikommt“. Von der Ankunft des Großkapitals zeugt die Filiale der britischen Galerie „Haunch of Venison“, einer Tochter des weltbekannten Auktionshauses Christie’s, in der öden Brachlandschaft nördlich des Berliner Hauptbahnhofes.

Hier, in der Heidestraße, hatte man – gemeinsam mit der Frankfurter Galerie „Schuster“ – eine alte Halle als Galeriestandort etabliert. Inzwischen hat hier ein halbes Dutzend weiterer Galerien sein Domizil gefunden. Die Preise sind inzwischen gestiegen, das Areal vergeben. Auf der Fläche, die etwa doppelt so groß ist wie der Potsdamer Platz, soll in zehn bis 15 Jahren ein neuer Stadtteil entstehen. Gerade wurde ein städtebaulicher Wettbewerb hierzu entschieden.

Während die Galerieszene für junge, zeitgenössische Kunst eine einzigartige Vielfalt aufweist, fehlt es bislang aber an öffentlichen Ausstellungsräumen. Hier wird nun endlich – zumindest zeitweise – Abhilfe geschaffen: Am 6. Juni erfolgt auf der Schloßfreiheit in Berlin-Mitte der erste Spatenstich für das lange und kontrovers diskutierte Projekt „Temporäre Kunsthalle Berlin“.

Diese soll bis zum Baubeginn des „Humboldtforums“ in der rekonstruierten Hülle des Berliner Stadtschlosses im Jahr 2010 auf insgesamt 600 Quadratmetern Ausstellungsfläche eine Bühne für die zeitgenössischer Kunst aus Berlin bieten.

Linke gegen »Roter Adler«

Die Linkspartei in Brandenburg hat gefordert, das Lied „Märkische Heide“ („Steige hoch, du roter Adler!“) als inoffizielle Landeshymne abzuschaffen. Eine offizielle Hymne besitzt Brandenburg nicht, weshalb das populäre Marschlied bei feierlichen Anlässen üblich ist.

Der 1996 verstorbene Gustav Büchsenschütz hatte „Märkische Heide“ bereits 1923 als Mitglied des Wandervogels komponiert, es aber 1934 in einem Zeitungsbeitrag der NS-Bewegung angedient. Das reicht der Linkspartei, das Werk als „belastet“ einzustufen und tilgen zu wollen. Von einem Verbot sprechen die Linken indes noch nicht.

Von SPD und CDU kamen durchweg ablehnende Stimmen zu dem Vorstoß der SED-Erben. CDU-Fraktionschef Thomas Lunacek nannte das Brandenburg-Lied „politisch unverfänglich“. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Günter Baaske, erinnerte daran, daß das Lied unabhängig von den Nazis Anfang der 20er entstanden sei. *H.H.*

Zeitzeugen



Romani Rose – Der 1946 in Heidelberg geborene Rose war seit 1979 Vorsitzender des „Verbandes Deutscher Sinti", als er 1982 zum ersten Vorsitzenden des neuen und von ihm mitgegründeten „Zentralrats der Sinti und Roma" gewählt wurde. Der Zentralrat sieht sich als Interessenvertretung aller Sinti und Roma. Gegner werfen Roses Organisation indes vor, lediglich einige Familienverbände zu repräsentieren.

Yul Brynner – Der berühmte Schaupieler war Sohn eines Schweizer Diplomaten mit mongolischen Vorfahren und einer Russin. Laut Brynner (1920–1985) stammte ein Elternteil von Roma ab. In den 70er Jahren war er als Ehrenpräsident der „International Romani Union" aktiv am Kampf der Zigeuner um internationale Anerkennung beteiligt.



„Django" Reinhardt – Der in Belgien geborene Manusch (französischer Zigeuner) Jean „Django" Reinhardt (1910–1953) wohnte in seiner Jugend noch traditionell in einem Pferdewagen. Er lernte früh diverse Musikinstrumente spielen. Nachdem durch einen Unfall 1928 seine rechte Hand stark verbrannt wurde, entwickelte er eine vollkommen eigenwillige Spielart. Reinhardt wurde zum „Vater und Begründer" des europäischen Jazz.

Marianne Rosenberg – Die 1955 geborene Sängerin ist die Tochter des langjährigen Berliner Landesvorsitzenden des „Verbandes Deutscher Sinti und Roma" Otto Rosenberg. Als Schlagersängerin errang Marianne Rosenberg in den 70er Jahren ihre größten Erfolge. Nach einer Flaute in den 80er Jahren konnte sie ab den 90ern wieder an alte Erfolge anknüpfen.



Drafi Deutscher – Drafi Richard Franz Deutscher (1946–2006) beendete mit 14 die Schule und verdiente seinen Lebensunterhalt als Musiker. Schon vier Jahre später kletterte er mit „Shake Hands" auf Platz 2 der deutschen Hitliste. Ein Jahr darauf hielt er mit „Marmor, Stein und Eisen bricht" 21 Wochen die Nummer 1. Der Sinto Drafi Deutscher gilt als der erfolgreichste deutsche Beat-Interpret der 60er Jahre. Später machte er sich vor allem als Komponist und Produzent einen Namen.

Ausländerhaß oder was?

Italien hat ein Problem mit kriminellen Roma und reagiert gleich heftig

Von Sophia E. Gerber

Morgens halb zehn in Rom. Im Bus Nr. 30 herrscht reges Gedränge. Plötzlich ruft ein junger Mann „Tira fuori la borsa!" („Gib die Tasche heraus!") und packt eine der drei Roma-Frauen am Arm. Er hatte beobachtet, wie diese kurz zuvor einer alten Dame geschickt das Portemonnaie aus der Handtasche entwendet hatte. Verschreckt läßt die Ertappte die Geldbörse mit den 400 Euro Rente auf den Boden fallen. Eine heiße Diskussion entfacht sich unter den Fahrgästen um die Migranten. „Tutte le mattine la stessa cosa!" („Jeden Morgen dasselbe!"), „Vergognatevi!" („Schämt euch!") und „Dovrebbero essere espulsi!" („Ausweisen sollte man sie!") sind nur einige der Kommentare, die dabei fallen. Irgend jemand ruft die Polizei. Doch bevor diese zur Stelle ist, stürmen die drei Frauen mit ihren Kleinkindern aus dem Bus. Szenen wie diese spielen sich tagtäglich nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in anderen Metropolen wie Neapel und Mailand ab.

Ursprünglich eine ethnische, aus Indien stammende Bevölkerungsgruppe, gelangten die Roma ab dem 14. Jahrhundert in mehreren Migrationsschüben nach Europa. Heute leben allein in Italien etwa 140 000 Roma. Die Hälfte von ihnen besitzt die italienische Staatsangehörigkeit. 30 Prozent der Roma kommen aus Rumänien und stellen damit die größte Gemeinschaft an ausländischen Immigranten in Italien dar. Seit dem EU-Beitritt Rumäniens Anfang 2007 haben die Einwanderungsströme aus dem südosteuropäischen Land stark zugenommen. Die Roma leben oftmals am unwirtlichen Stadtrand in provisorischen Siedlungen, die aus baufälligen Wohncontainern und Holzhütten ohne Sanitäranlagen bestehen. Die meisten von ihnen schlagen sich mit Betteln und Diebstählen durchs Leben. In der Vergangenheit machten hier immer wieder Fälle von Mord, Vergewaltigung und Drogenhandel Schlagzeilen. Die Medien unterschieden in ihrer Berichterstattung allerdings selten zwischen den Roma, die fast ausschließlich kleinere Eigentumsdelikte verüben, und der organisierten Kriminalität unter rumänischen Einwanderern, die vor allem auf Menschenhandel, Prostitution und Kreditkartenbetrug spezialisiert sind.

In den letzten Wochen kam es zu einer weiteren Reihe dramatischer Ereignisse in verschiedenen Roma-Lagern. Anfang Mai wurde eine 16jährige Roma festgenommen. Das Mädchen hatte angeblich versucht, ein sechs Monate altes Baby aus einer Wohngegend in Neapel zu entführen. Die Tageszeitung „Il Giornale" titelte: „Gli zingari che rubano i bambini" („Die Zigeuner, die Kinder stehlen"). Aufgebrachte Anwohner übten daraufhin Selbstjustiz und zündeten mehrere Barackensiedlungen an. Jugendliche warfen Molotow-Cocktails gegen die Behausungen. Hunderte Roma flüchteten, bevor die Sicherheitskräfte eingriffen. Die Polizei mutmaßt, daß die neapolitanische Mafiaorganisation Camorra hinter den Ausschreitungen steckt. „Die Camorra hetzt die Bevölkerung auf, damit sich die Polizei mit den Krawallen auseinandersetzen muß und das organisierte Verbrechen in Ruhe läßt", berichtete ein lokaler Journalist. Sowohl der Stadtrat in Neapel als auch die Sprecherin der Uno-Flüchtlingsorganisation, Laura Boldrini, verurteilten die Übergriffe zutiefst. Anti-Rassismus-Organisationen veranstalteten in Neapel eine Solidaritätskundgebung mit den Roma.

Auch die rechtskonservative Regierung unter Ministerpräsident Berlusconi distanziert sich von den Gewalttaten. Gleichzeitig will sie härtere Maßnahmen gegen illegale Einwanderung und Kriminalität ergreifen, um so der Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken. In neun italienischen Regionen führte die Polizei in Zusammenarbeit mit rumänischen Kollegen Razzien durch, unter anderem in einer Roma-Siedlung in Rom. Mehrere hundert Menschen ohne gültige Papiere wurden festgenommen, Dutzende im Eilverfahren abgeschoben. Die gesetzliche Grundlage dafür schaffte im November vergangenen Jahres noch die Mitte-Links-Koalition unter Romano Prodi. Sie beschloß nach dem Mord an einer Frau nahe einem von rumänischen Roma bewohnten Camp, daß straffällige Ausländer, auch EU-Bürger, im Interesse der öffentlichen Sicherheit sofort aus Italien ausgewiesen werden dürfen. Der neue Innenminister Roberto Maroni von der Lega Nord legte nun einen Sicherheitsplan vor, der nicht nur die Abschiebung krimineller Ausländer, sondern auch die Ausweisung von EU-Bürgern ohne Mindesteinkommen erleichtern soll. Italien will seine Verpflichtungen aus dem Schengen-Abkommen für ein paßfreies Reisen in Europa außer Kraft setzen und im Fall Rumäniens strengere Grenzkontrollen einführen. Zudem stellt der Entwurf die illegale Immigration unter Strafe. Angesichts der hoffnungslos überfüllten Gefängnisse und der Entstehung zusätzlicher Prozeßkosten bleibt die Umsetzung dieser Bestimmung allerdings fraglich.

Die rumänische Regierung zeigte sich angesichts der italienischen Kabinettspläne besorgt. Außenminister Teodor Melescanu warnte vor einer Ausländerfeindlichkeit gegen Rumänen und betonte deren wichtige Rolle für die italienische Wirtschaft. Viele von ihnen arbeiten im Straßenbau, als Hausmeister oder als Dienstmädchen. Ohne sie würde das Baugewerbe, insbesondere aber die private Altenpflege in Italien zusammenbrechen.

Doch Politik und Medien lenken die Aufmerksamkeit der italienischen Bevölkerung lieber weiterhin auf spektakuläre Straftaten ausländischer Bürger, als ihr die eigentlichen Sicherheits- und Wirtschaftsprobleme des Landes vor Augen zu halten. Die lassen sich nämlich nicht mit einfachen Ausweisungen lösen.



Die Stimmung ist aufgeheizt: Roma in einer zerstörten Siedlung. Foto: Reuters

Darf man von »Zigeunern« sprechen?

Heißen sie nun „Sinti und Roma" oder doch „Zigeuner"? Vor Jahren schien es, als stürbe „Zigeuner" den Tod eines politisch inkorrekten Wortes wie vor ihm „Neger". Der „Zentralrat der Sinti und Roma" hatte die Bezeichnung „Zigeuner" als diskriminierend.

Dann jedoch betrat mit der „Sinti-Allianz Deutschland" (SAD) ein weiterer Verband die Bühne, der die (Selbst-)Bezeichnung „Zigeuner" vehement verteidigt. Zwischen den beiden Gruppen war es über die Inschrift im Mahnmal für die von den Nationalsozialisten ermordeten Zigeuner zu einem jahrelangen Streit gekommen.

Der SAD führt überzeugende Argumente an: Zunächst unterschlage „Sinti und Roma" als Generalbezeichnung für alle Zigeuner, daß es neben den beiden

Begriffe »Sinti« und »Roma« sind diskriminierend

Stämmen noch etliche weitere Zigeunergruppen gebe wie etwa die Manusch oder Kalé. Sie zu unterschlagen hieße, sie abermals zu diskriminieren.

Darüber hinaus nennen viele Zigeuner einen weiteren, für sie selbst noch gewichtigeren Grund dafür, auf den Namen „Zigeuner" sogar zu bestehen: Es sind die für die Zigeunergemeinschaften fundamentalen „Vermeidungsregeln". Diese dienen der Abgrenzung der weit verteilt lebenden Gruppen gegenüber Nichtzigeunern, um so die eigene Kultur vor dem Aufgehen in der Mehrheit zu bewahren.

Eine der Vermeidungsregeln lautet, die Zigeunersprache „Romani" nur unter sich zu benutzen. Indem geduldet würde, daß Nichtzigeuner Wörter aus dieser Sprache – wie beispielweise „Sinti" oder „Roma" – verwenden, würde diese zentrale Vermeidungsregel durchbrochen. Insofern dürfe man sich von einem deutschsprachigen Nichtzigeuner ausschließlich „Zigeuner" nennen lassen.

Die SAD wehrt sich konsequenterweise auch gegen das vom Zentralrat angetriebene Vorhaben, Romani in den Kreis der von der EU als förderungswürdig eingestuften Sprachen aufzunehmen. Die Allianz fürchtet, daß die Sprache an Instituten gelehrt und erforscht und schriftlich niedergelegt werden könnte, was den Vermeidungsregeln widerspreche. *H. H.*

Täter oder Opfer oder beides?

Das Verhältnis der Zigeuner zu den anderen war auch in Deutschland nicht immer unproblematisch

Von Manuel Ruoff

Heute leben schätzungsweise 80 000 bis 120 000 Zigeuner in der Bundesrepublik. Die Geschichte ihrer Existenz in Deutschland reicht über 600 Jahre zurück. Im Jahre 1407 wird ihr Auftauchen in Deutschland erstmals urkundlich erwähnt. 1423 stellte König Sigismund ihnen Schutzbriefe aus. Des weiteren sicherte er ihnen eine eigene Gerichtsbarkeit für Streitfälle innerhalb des Stammes zu. Überhaupt erfreuten sie sich beim Adel einer gewissen Beliebtheit. Der Oberschicht gefiel ihre Musik. Sie schätzte ihre Fertigkeiten bei der Herstellung von Musikinstrumenten und Schmuck. Im einfachen Volk erfreuten sich die Zigeuner weniger großer Beliebtheit. Das lag an den genannten Privilegien, aber auch an dem Gerücht, daß die Vorstellung von der Existenz persönlichen Eigentums in ihrer Kultur weniger verwurzelt sei. Auf den Reichstagen von Lindau und Freiburg 1496 und 1498 wurden deshalb König Sigismunds Schutzbriefe aufgehoben. 1551 erließ der Reichstag zu Augsburg, daß alle Zigeuner das Land innerhalb eines Vierteljahres zu verlassen hätten.

Die menschenfreundliche Aufklärung mit ihrem Glauben, daß jeder Mensch zu einem guten Menschen erzogen werden könne, versuchte, die Zigeuner durch Assimilierung vermeintlich zu beglücken. Durch Erziehung sollten sie zur Übernahme des vermeintlich zivilisierten, idealen und vorbildlichen eigenen Lebensstils gebracht werden. So versuchte Maria Theresia, die Zigeuner seßhaft zu machen, indem sie sie mit Saatgut versah und sie Hütten bauen ließ. Jugendliche Zigeuner zwischen dem zwölften und 16. Lebensjahr mußten ein ordentliches Handwerk erlernen und danach zum Militär. Genauso wie heute standen auch schon damals die Entscheidungsträger im Staate vor der Frage, unter welchen Bedingungen selbiger Bürgern beziehungsweise Untertanen Kinder wegnehmen darf, wenn er meint, letzteren damit Gutes zu tun. Damals wurde die Frage insoweit beantwortet, als Zigeunern Kinder weggenommen wurden, um sie vermeintlich schädlicher Sozialisation zu entziehen, um ihnen das sogenannte Zigeunerleben abzugewöhnen. Ähnlich wie bei den Juden brachte dann auch bei den Zigeunern die bürgerlich-liberale 48er Revolution mit ihren Folgen vielen Emanzipation und Bürgerrechte. Ungeachtet der Gewährung der Gleichberechtigung der Zigeuner ging die Staatsgewalt in Form der Polizei auch in der Folgezeit weiterhin verstärkt gegen Zigeuner vor. Das gilt vor allem für die Zeit der NS-Herrschaft, aber auch die Behandlung der Zigeuner vor und nach der NS-Zeit wird von Seiten der Zigeuner als diskriminierend gebrandmarkt.

Inwieweit diese Behandlung von Zigeunern durch die Organe beziehungsweise Institutionen des Staates auf Rassismus auf Seiten des Staates beziehungsweise des Staatsvolkes oder aber auf den Respekt der Zigeuner vor fremder Leute Eigentum zurückzuführen ist, ist eine Frage, die hochideologisch ist. Derzeit sind die Herschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik derart, daß es als politisch inkorrekt gilt, Ursachen für das nicht nur in Deutschland traditionell eher belastete Verhältnis zwischen staatlichen Sicherheitskräften und Zigeunern bei letzteren zu suchen.

Analog zu den Juden gibt es auch für die Zigeuner im Nachkriegsdeutschland einen Zentralrat als Interessenvertretung. und nach dem Vorbild jenes für die Juden erhalten auch die Zigeuner ein zentrales Mahnmal im Herzen Berlins.

Vom Tollpatsch zum Strategen

Die Zeit spielt Kurt Beck Deutschland in seine rot-rot-grünen Hände

Von Hans Heckel

Mit der Nominierung von Gesine Schwan zur Gegenkandidatin von Bundespräsident Horst Köhler in einem Jahr haben sich Union und SPD endgültig in die Schützengräben eines innerkoalitionären Lagerwahlkampfs begeben. Als sei die Große Koalition schon geborsten, hat bereits der Streit darüber begonnen, wer am Scheitern des Bündnisses schuld sei.

Harmonisch gebärdete sich die Koalition nie, was bei einer solchen Konstellation auch kaum zu erwarten war. Die SPD hatte die 2003 unter Schröder verabschiedete, gleichwohl in der eigenen Partei von Anfang an unbeliebte Reform-Agenda 2010 mit in die Ehe gebracht. Zum Hartz-IV-Stigma kam die Führungsschwäche, die im hastigen Wechsel der Vorsitzenden von Franz Müntefering über Matthias Platzeck bis zu Kurt Beck ihren Ausdrück fand.

Auch Beck schien zunächst die Reihe der unglücklichen Vorsitzenden fortzusetzen: Schnell hatte der Pfälzer den Ruf eines ungeschickten Provinzlers weg, der nur nicht gestürzt wurde, weil keine Alternative in Sicht war.

Der vom Spott überzogene Beck leitete indes zielstrebig einen grundlegenden Strategiewechsel ein und stärkte innerhalb der SPD seine Position. Vor allem letzteres ging im allgemeinen Lästern über den scheinbar tapsigen Beck fast völlig unter.

Seine große Stunde kam auf dem Bundesparteitag in Hamburg im Oktober 2007: Hier verabschiedete sich die SPD von dem Pfad, den sie 2003 mit der Agenda 2010 eingeschlagen hatte. Umstrittene Beschlüsse der Schröder-Ära wie Hartz IV oder die Rente mit 67 sollten fortan nur noch vom Koalitionspartner CDU/CSU vertreten werden, derweil die SPD ihr „soziales Profil“ zurückgewinnt.

Außerdem gelang es Beck, die Parteispitze nach seinem Wunsch umzubauen. Keiner der drei Vizevorsitzenden hat das Zeug, ihn zu beerben: Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier gelten als weithin parteiferne Männer des Regierungsapparats; Andrea Nahles wirkt noch immer recht unerfahren und wird eindeutig als Vertreterin der SPD-Linken gesehen, was sie als Vorsitzende, die alle Flügel vereinen können sollte, wenig geeignet erscheinen läßt.

Nebenbei konnte Beck auf dem Parteitag seine Widersacher Müntefering und Clement abservieren.

Becks Marsch nach links hat ein klares Ziel: Eine rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene, am besten mit ihm als Kanzler. Selbst manche seiner scheinbaren Fehltritte könnten sich am Ende des Marsches als geschickt gesetzte Marksteine auf dem Weg dorthin entpuppen. So etwa sein Signal an Andrea Ypsilanti, der er kurz vor der Hamburg-Wahl am 24. Februar mehr oder minder freie Hand gab für Verhandlungen mit der Linkspartei in Hessen. Hamburgs Spitzenkandidat Michael Naumann klagte seinen Bundesvorsitzenden des Verrats an, und nicht wenige in der SPD wie in den Medien schüttelten den Kopf über Becks „Ungeschicklichkeit“.

Nun stehen in Hessen die Signale erst einmal auf Halt. Allerdings wohl nur bis zur nächsten bundespolitisch wichtigen Entscheidung, der bayerischen Landtagswahl im September, bei der sich die Union blutige Nasen holen könnte. Um die bayerischen Wähler nicht in die Arme der Union zu treiben, dürfte Ypsilanti auf Becks Geheiß bis zu jenem Tag Funkstille in Richtung Linkspartei halten. Wenn die hessischen Sozialdemokraten nach der Bayernwahl schließlich doch in Koalitionsverhandlungen mit den Dunkelroten eintreten, kann Beck Vorwürfe des „Wortbruchs“ mit dem Hinweis parieren, er habe die Linksaußen-Perspektive immerhin schon vor der Februar-Wahl in Hamburg öffentlich gemacht.

Dem gleichen Rezept der langsamen, aber zielstrebigen Gewöhnung des Wahlvolks an Rot-Rot-Grün folgt die Nominierung von Gesine Schwan. Die 65jährige läßt keinen Zweifel, daß sie sich keineswegs als „Zählkandidatin“ sieht, die bloß pro forma antritt. Sie will das höchste Amt und macht bereits Wahlkampf in eigener Sache. Sie kann jedoch nur reüssieren, wenn SPD, Grüne und Linkspartei in der Bundesversammlung an einem Strang ziehen.



Gefährliches Spiel: SPD-Chef Beck stellte Gesine Schwan als eigene Bundespräsidentschaftskandidatin vor. Foto: ddp

Daß die SPD einen eigenen Kandidaten nominiert hat, obwohl Amtsinhaber Köhler eine zweite Amtszeit anstrebt, ist überdies ein Novum in der bundesdeutschen Geschichte und heizt die Atmosphäre des heraufziehenden Lagerwahlkampfs Links gegen Rechts an. Bis zur Bundespräsidentenkür im Mai 2009 könnte eine Koopration der SPD mit der Linkspartei in Hessen überdies schon seit einem halben Jahr Praxis sein. Ein halbes Jahr, in dem sich Medien und Öffentlichkeit an die Perspektive Linksblock weiter gewöhnt haben werden.

Für Deutschland sind die Aussichten für die kommenden anderthalb Jahre düster: Angesichts der sich teilweise dramatisch abkühlenden Weltkonjunktur wäre eine politische Führung vonnöten, die Vorkehrungen trifft für die wirtschaftlichen Tiefschläge. Doch statt sich an diese Arbeit zu machen, dürften die Koalitionäre von jetzt an mehr denn je damit beschäftigt sein, propagandistische Augenblickserfolge einzufahren und Bündnisoptionen auszubilden.

Angesichts der unvermeidlichen sozialen Folgen eines konjunkturellen Abschwungs kann Beck darauf vertrauen, daß seine SPD den schwarzen Koalitionspartner beim populistischen Wettlauf um noch mehr soziale Geschenke allemal ausstechen wird. In anderthalb Jahren könnte er, der höhnisch belächelte, als der SPD-Chef dastehen, der seine Partei aus schwierigster Lage zurück an die Kanzlermacht gekämpft hat.



MELDUNGEN

Ja zum EU-Vertrag

Berlin – Hätte das Land Berlin mit seiner Enthaltung im Bundesrat nicht für medialen Wirbel gesorgt, wäre die Abstimmung über den EU-Vertrag nur eine kleine Notiz wert gewesen. Bereits am 23. April hatte der Bundestag dem EU-Vertrag, der in den wesentlichen Punkten der 2006 von den Franzosen und Niederländern abgelehnten EU-Verfassung entspricht, zugestimmt. Am 23. Mai stand der EU-Vertrag dann im Bundesrat zur Abstimmung. Auf Drängen des Koalitionspartners, der Linken, enthielt sich Wowereits Berlin, so daß nur 15 der 16 Bundesländer mit Ja stimmten. Wenn Bundespräsident Köhler das Gesetz unterschrieben hat, gilt das Ja der Bundesrepublik Deutschland offiziell auch für Brüssel. Damit der EU-Vertrag rechtskräftig wird, benötigt Brüssel die Zustimmung von allen 27 Mitgliedsstaaten. Das einzige EU-Land, in dem das Volk in einer Abstimmung am 12. Juni direkt gefragt wird, ist Irland.

Deutsche Banken im Fusionsfieber

Frankfurt / M. – In Deutschland stehen einige Banken-Fusionen an. Die 14,5 Millionen Privatkunden der Postbank und die 3,2 Millionen Kunden der Citibank müssen damit rechnen, daß über der Tür ihres Kreditinstitutes ein neues Firmenlogo prangt. Ob die Deutsche Bank, die beide Konkurrenten erwerben will, das Bieten um die Häuser gewinnt, ob die Allianz-Tochter Dresdner Bank zusammen mit der Commerzbank zumindest die Postbank übernimmt oder ausländische Banken obsiegen, ist derzeit noch völlig ungewiß. Sollten Dresdner Bank und Commerzbank zusammen die Postbank übernehmen, wird mit einem Job- und Filialabbau gerechnet. Experten sprechen von 20 000 Stellen, die in Gefahr sind. Ein Käufer für die angeschlagene Mittelstandsbank IKB wurde bisher nicht gefunden.

Ost-Deutsch (68):

Ersatz

Von Wolf Oschlies

Vollwertiger Ersatz, Schadensersatz, Wehrersatzamt, Spieler auf der Ersatzbank etc. – da kommen einige Ableitungen des althochdeutschen Verbs „sezzen“ zusammen. Die aus Nachkriegszeiten noch vage erinnerlichen „Ersatzstoffe“ für alles und jedes sind noch nicht mitgezählt, dabei klingen gerade sie im östlichen „erza(t)z“ oft mit.

Es ist verblüffend, wie Slawen, die zusammengesetzte Wörter nach deutscher Art nicht mögen, beim „erzac“ eine Ausnahme machen: In Kiew wurde Ende März eine „pidpilnij cech z virobnictva erzac-kavi“ ausgehoben: eine illegale Produktionsstätte von Ersatz-Kaffee. Russen und Polen fragen sich manchmal, ob sie nicht einem „erzac-stastie“ oder „ersazszczescie“ hinterherjagen, einem Ersatz-Glück. Ukrainer ärgern sich über „erzac-intelekt, erzac-spivi, erzac-mowi“ (Ersatz-Intellekt, -Lieder, -Sprachen), Serben über „crnoberzijanska ersac-roba“ (Schwarzmarkt-Ersatzware). Bulgarische Papierfirmen bieten „pergamin-erzac“ an, Pergamentersatz, Russen spötteln über „erzac-revoljutionnye vremena“, ersatz-revolutinäre Zeiten, und Polen nörgeln: „Kultura masowna, to taka kultura-erzac“ – Massenkultur ist Ersatzkultur. Und was ist russischer „erzac-patriotizm“?

Es geht auch ohne Bindestrich, etwa wenn ein wütender Bulgare findet, „tsche v Bylgarija vsitschko e erzac“ – daß in Bulgarien alles Ersatz ist. „Role ersatzu klasy sredniej miele Zydzi“, schrieb vor Jahren der Warschauer „Wprost“: Die Rolle eines Ersatzes der Mittelklasse hatten die Juden (Ersatz korrekt mit deutschem –tz geschrieben). Eine „rol' ersaza politscheskich institutov“ (Rolle des Ersatzes politischer Institute) legten Moskauer Blätter Putin zu. Und „privilegija samo su erzac za pravi problem“, meinte die Belgrader „Vreme“: Privilegien sind nur Ersatz für ein echtes Problem.

Was mir besonders gefällt, sind unfreiwillig komische Wortverwendungen. Da beklagte ein Russe den Niedergang der russischen Sprache im Weltmaßstab und schlug allen Ernstes vor, ein „Pidgin-Russian“ zu schaffen – als „erzacjazyk“ (Ersatzsprache). Und bulgarische Waffennarren fragen, wo sie für uralte Schießprügel „erzac-stiki“ herbekommen, Ersatzstücke.

Im Normalfall bedeutet „stik“ im Bulgarischen Bajonett, was mit deutsch „Stück“ verwandt ist. Fragt mich nur nicht, wie!

Gewalt neu entdeckt

Vermummte Rechtsextremisten ähneln linken Autonomen immer mehr

Von Patrick O'Brian

Die Krawalle in Hamburg am 1. Mai kamen nicht überraschend. Die linksradikale Szene aus Berlin ist an die Elbe gereist und hat sich mit der „Hafenstraße“ verbündet, um Krawall zu machen.

Was die Polizei jedoch überrascht hat, war der gewalttätige Auftritt der Rechtsextremisten. Die Zahl der militanten Neonazis ist etwa doppelt so hoch wie bisher geglaubt. Die Polizei spricht von 400 Personen, die äußerst gewaltbereit seien.

Bisher liefen Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsaußen immer so ab: Die Rechtsradikalen halten sich an alle Auflagen von Polizei und Gerichten. Das bedeutete geänderte Demonstrationsstrecken, manchmal auch Verzicht auf Abschlußkundgebung und vor allem: kein Zeigen von verfassungswidrigen Symbolen, was oft sogar zur Folge hatte, daß die Springerstiefel gegen Turnschuhe gewechselt werden mußten.

Ideologische Fronten verschwimmen

Für Linksextremisten gelten solche Regeln nicht, oder sie setzten sich darüber regelmäßig hinweg (Beispiel Vermummungsverbot). Und oft ging die Gewalt auf solchen Demonstrationen von ihnen aus. Bei den politisch motivierten Gewalttaten gegen den jeweiligen Gegner sind die Linken aktiver: Im unlängst vorgestellten Verfassungsschutzbericht sind 294 Gewalttaten von Rechten gegen Linke aufgezählt und 389 von Linken gegen Rechte. Meistens handelt es sich dabei um Fälle von Körperverletzung.

In Hamburg aber eskalierte die Situation. Offenbar hat sich auch bei den Rechtsextremisten eine Auf-sie-mit-Gebrüll-Stimmung breitgemacht. So kam es im Stadtteil Barmbek zu Übergriffen, bei denen die Linken die Flucht ergreifen mußten. Ein Polizeisprecher seufzte hinterher: „Wenn wir da nicht dazwischengegangen wären, dann hätte es Tote gegeben.“

Es gibt offenbar eine neue Qualität der Straßengewalt. Der Einfluß der NPD, die um ein „bürgerliches“ Erscheinungsbild bemüht ist, auf die sogenannte Kameradschaftsszene schwindet. Die Rechtsextremisten, die sich als „freie Kräfte“ definieren, verfolgen ihre eigenen Ziele, und die bestehen in der Ausübung von Gewalt.

Sie nennen sich „Autonome Nationalisten“ oder „Schwarzer Block“ und stehen dem gleichnamigen „Schwarzen Block“ der Linken in nichts nach. Diese neue Szene orientiert sich eindeutig an der Autonomen Szene, die an schwarzen Klamotten und an Palästinensertüchern zu erkennen ist. Inzwischen haben auch die Rechtsradikalen diese „Kampfmontur“ für sich entdeckt, was nicht zuletzt an ihrer Israel-feindlichen Einstellung liegen dürfte.

Palästinensertuch als Erkennungsmerkmal

Hier verschwimmen also nicht nur ideologische Frontlinien, sondern auch äußerliche Erkennungsmerkmale. Und zwar so sehr, daß die Gruppen kaum noch voneinander zu unterscheiden sind. Selten wurde so gut vorgeführt, daß sich die Extreme berühren. Auch die Rechtsextremisten orientieren sich jetzt an den Palästinensern. Sie trugen in Hamburg sogar ein Transparent mit sich, auf dem stand: „Deutsche Intifada“.

Nicht nur gegen Linke gingen die Rechten vor. Sie prügelten auch auf einige Journalisten ein. Die dürften sich nicht wundern, wenn es „knüppelhageldick zurückkommt“, heißt es höhnisch auf der rechtsradikalen Internetseite www.Altermedia.de.

Diese Seite zitiert auch den Hamburger Neonazi-Führer Christian Worch. Der sei von einem Journalisten am 1. Mai befragt worden, warum er sich nicht schützend vor dieselben gestellt hat. Er habe geantwortet: „Sie werden für dieses Risiko ja schließlich gut bezahlt.“

Die Stimmung ist innerhalb der Szene geteilt. Viele werden klammheimliche Freude empfinden, daß sie jetzt auch einmal „ausgeteilt“ haben. Aber einige sind unglücklich mit der Eskalation der Gewalt. Eine Person aus dem Hamburger Neonazi-Umfeld ist sauer. „Wir haben jetzt die Scherben“, klagt sie.

Nach den Mai-Krawallen gab es mehrere Anschläge auf bekannte Rechtsextremisten in der Stadt, den bekannten Rechtsanwalt dieser Szene, Jürgen Rieger, zum Beispiel. Zwar handelte es sich bislang nur um Fälle von Sachbeschädigung, aber die Stimmung ist gereizt. Bekannte Rechtsextremisten erwarten weitere Racheakte der Linken.

Meldungen

Kampf um die Arktis

Kopenhagen – In der Hoffnung, einen wilden Wettlauf um die Bodenschätze der Arktis zu verhindern, hatte Dänemark zu einer Konferenz in Grönland geladen. Die Arktis-Konferenz sollte klären, inwieweit die erhobenen Ansprüche von den Anrainerstaaten Rußland, Norwegen, Dänemark, Kanada und USA entgegenzukommen ist. Allerdings hat Rußland schon im vergangen Jahr seine Ansprüche ziemlich deutlich gemacht, indem es nahe dem Nordpol seine Flagge hißte, worauf Kanada seine Militärpräsenz in der Arktis erhöhte.

7,30 Euro monatlich in bar

Mexiko – Der mexikanische Präsident Felipe Calderon kündigte an, daß ab sofort Direktzahlungen an die Ärmsten der Armen erfolgen, um so die Folgen der Preissteigerungen abzufedern. Die Ärmsten der Armen sind in diesem Fall 26 Millionen Mexikaner, also ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Sie erhalten ab sofort monatlich umgerechnet 7,30 Euro in bar. Das 275 Millionen Euro teure Subventionsprogramm soll mit Gewinnen aus der Ölförderung finanziert werden. Ziel ist es, soziale Unruhen, wie sie im Jahr 2007 nach der Verdoppelung der Preise für Tortilla erfolgten, zu verhindern.

Einmal Kino für Saudis

Riad – Ende Mai fanden die ersten offiziellen saudischen Filmfestspiele statt. Seitdem in den frühen 80er Jahren in Saudi-Arabien alle Kinos geschlossen wurden, war dies die erste Möglichkeit, um bei einer Großveranstaltung, wenn auch nach Geschlechtern getrennt, Filme zu sehen.

Die Glut im Krisenherd schüren

Rußland und Georgien instrumentalisieren Abchasien für eigene geopolitische Interessen

Von M. Rosenthal-Kappi

Die Situation im ewigen Krisenherd Abchasien ist angespannt. Jederzeit muß mit Krieg gerechnet werden. Auf beiden Seiten der innergeorgischen Grenze – Abchasien gehört, obwohl wirtschaftlich von Rußland abhängig, völkerrechtlich zu Georgien – wird aufgerüstet. Nachdem Rußland im April die von der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) verhängten Wirtschafts- und Handelssanktionen gegen Abchasien einseitig aufgehoben hatte, verschärfte sich der Konflikt. Georgien verstand dies als „Annexionsversuch“ Rußlands und warf Moskau vor, die abtrünnigen Republiken Abchasien und Südossetien ins russische Territorium eingliedern zu wollen. Als Antwort verstärkte Georgien seine Truppen an der abchasischen Grenze, baute zwei hochmoderne Kasernen in nur wenigen Kilometern Entfernung zum Konfliktgebiet, ließ unbemannte Aufklärungs-Drohnen über abchasisches Gebiet fliegen. Die Reaktion von russischer Seite auf diese „Provokation“ ließ nicht auf sich warten. Moskau verdoppelte die Stärke seiner „Friedenstruppe“ in Abchasien, die zur Überwachung des nach dem Sezessionskrieg geschlossenen Waffenstillstands mit Georgien eingesetzt wurde. Es kam zum Abschuß eines unbemannten georgischen Flugkörpers, der laut inzwischen vorliegendem UN-Bericht von einem russischen Flugzeug abgeschossen wurde, das unmittelbar nach dem Abschuß in den russischen Luftraum zurückkehrte. Es ist schwer zu beurteilen, von wem genau zu welchem Zeitpunkt Kriegsandrohung und Provokationen ausgingen, sicher ist nur eines: Georgien befindet sich mit seinen abtrünnigen Republiken Abchasien und Südossetien inmitten eines Interessenkonfliktes, in dem die Global Player USA und Rußland die Hauptrollen spielen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion entstand eine Situation, in der nicht nur das Gleichgewicht der Kräfte ins Wanken geriet, sondern sich auch die geopolitische Lage änderte. Georgien erlitt damals einen schweren Wirtschaftskollaps, Unabhängigkeitskämpfe in Abchasien verstärkten die Krise noch. Arbeitslosigkeit und Armut bestimmten das Land. Zum Mißfallen Moskaus wandte Georgien sich dem Westen zu, wurde 1992 Uno-Mitglied. Dank wirtschaftlicher Hilfe wie IWF-Krediten kam das Land wieder auf die Beine. Schewardnadse nutzte Georgiens geopolitische Lage als Transitland für Öl vom Kaspischen Meer in den Westen. Rußland, aufgrund seiner Petrodollars zu neuer Stärke gelangt, quittierte dies mit finanzieller und politischer Unterstützung der Sezessionsgebiete Abchasien, Südosstien und Adscharien.



Tiflis: Die Truppen stehen für einen militärischen Konflikt bereit. Foto: Reuters

Georgien zeigt sich weiter westlich orientiert. Gespräche über eine Nato-Mitgliedschaft und die Aufnahme in die EU stehen an. In diesem Grobzusammenhang sind auch die jüngsten Drohgebärden zwischen Rußland und Georgien zu sehen. In Georgien standen Parlamentswahlen an, bei denen es für den amtierenden Präsidenten Michail Saakaschwili eng hätte werden können, wenn die Opposition nicht so zerstritten wäre. Obwohl Saakaschwili keines seiner angestrebten Ziele erreichen konnte, Demokratie und Menschenrechte in Georgien nicht selbstverständlich sind, wurde er wiedergewählt. Der Status quo wird somit erhalten bleiben.

Schon wartet Ministerpräsident Putin mit einer neuen Taktik auf. Das Außenministerium soll eine „Agentur für heikle Aufträge“ einrichten, eine dem russischen Außenministerium unterstellte Behörde. Ein solch „heikler Auftrag“ ist das Vorantreiben russischer Interessen im postsowjetischen Raum.

Wenn dies mit traditioneller Diplomatie nicht möglich sei, müßten halt andere Einflußinstrumente genutzt werden, nämlich das der finanziellen Spritze.

Dem amerikanischen Beispiel folgend, will Putin den Integrationsprozeß im GUS-Raum durch wirtschaftliche und humanitäre Hilfe fördern.

Geopolitisch will Rußland vor allem ein Vorrücken der Nato an seine Südgrenze verhindern. Abchasien dient lediglich als Instrument im Konflikt der konträren Interessen im Gebiet.

Einer auf 1000

Polen: Zu viele Generale und Admirale

Von J. G. Görlich

Polen hat derzeit 128 Generale und Admirale, darunter drei Bischöfe, konstatieren Polens Medien, voran die „Polityka“. Dies sei zuviel. Denn: Ein Großteil sei nicht mit Führungsaufgaben, sondern mit der militärischen Verwaltung und in diversen Stäben tätig. Wobei dort jeder General oder Admiral zirka 30 Generalstäbler um sich hat. 18 Generale und Admirale sitzen allein im polnischen Generalstab, klagt „Polityka“.

Kaczynskis entließen Generale mit Sowjetvergangenheit

Heute kommt ein General auf 1000 Soldaten. Es würde einer auf 5000 reichen. Das Heer hat dennoch 500 Mann, darunter 15 Generäle, auf Führungsposten (Kommandeure und deren Stellvertreter). Im Ausland dienen zwölf polnische Generale und Admirale, teils im Nato-Hauptquartier oder als Militärattaché in den USA und Rußland. Die im Schrumpfungsprozeß befindliche polnische Kriegsmarine zählt, so „Polityka“, 9700 Soldaten. Je 13 Admirale gibt es bei der Kriegsmarine und bei der polnischen Luftwaffe, wobei 13 bei der Luftwaffe ohne Planstelle sind. Bei der Luftwaffe dienen heute 25300 Mann.

Während der zweijährigen Ära der Brüder Kaczynski wurde die Hälfte der polnischen Generalität und Admiralität entlassen. Die Gründe: Abschluß einer sowjetischen Militärakademie, zu enge Bindungen zur sowjetischen und später russischen Militärakademie, zu enge Bindungen zur sowjetischen und später russischen Armee, die kommunistische Weltanschauung oder ehemalige Spitzeldienste für einen der polnischen kommunistischen Geheimdienste. Diese Aktion rief natürlich das Mißfallen des Kremls hervor.

Von einem General wird heute erwartet, daß er die USA als wichtigsten Nato-Bündnispartner Polens betrachtet. Das letzte Sagen, ob jemand die Generals- und Admiralsbiesen bekommt, hat nicht der Verteidigungsminister Józef Klich, sondern Staatspräsident Lech Kaczynski. Zum Ärgernis von Klich, einem früheren oppositionellen Unteroffizier, hat Kaczynski bereits mehrere Obristen und Kapitäne zur See von der Generals- und Admirals-Kandidatenliste gestrichen.

Fröhlich in die Wirtschaftskrise

Kroatien: Auslandsschulden und mangelnder Reformwille gefährden EU-Beitritt

Von Wolf Oschlies

Stets im Frühling frönen die Kroaten ihrer Neigung zum Selbstbetrug. Die touristische Saison beginnt, zwölf Millionen Urlauber werden erwartet. Die Regierung legte Ende Mai ein Programm zur Privatisierung von vier Großwerften auf, das Geld in die Kassen bringen und Arbeitsplätze erhalten wird. Seit Anfang April hat Kroatien die Einladung der Nato zur Mitgliedschaft und in einem Jahr will es EU-Mitglied sein. Und ähnlich gute Nachrichten mehr, die alle zwei Fehler haben: Sie sind bestenfalls Halbwahrheiten, und sie verbergen eine Wirtschaftsentwicklung, die tief in die Krise führt.

Im Februar 2003 stellte Kroatien einen Aufnahmeantrag in die EU, im Oktober 2005 begannen die Beitrittsverhandlungen, die seit Monaten stagnieren. Vergebens mahnt Brüssel die Harmonisierung von über 60 Gesetzen an, Zagreb rührt sich nicht. Von insgesamt 33 Kapiteln der Beitrittsgespräche sind ganze zwei abgehakt, bis Juni müssen fünf weitere wenigstens begonnen sein, darunter so wichtige wie Justiz und Subventionen, was schon zeitlich unmöglich ist. Sollte Kroatien durch eigene Saumseligkeit bei Reformen nie in die EU gelangen, werden das 65 Prozent aller Kroaten gutheißen, wie jüngste Umfragen belegen. Die EU sieht in Kroatien „keinen politischen Willen“ und eine „höchst inkompetente Staatsverwaltung“ als größte Barrieren des EU-Beitritts.

Was geschah mit EU-Milliarden?

Die EU will wissen, was aus ihren Millionenhilfen für Kroatien konkret geworden ist. Sie sind irgendwo im kroatischen Korruptionssumpf verschwunden, denn dieses Land ist nach dem Urteil des Europarates vom April „ein wahres Paradies für alle Arten von Manipulation mit illegal erworbenen Finanzmitteln“ – „korrupte Verwaltungschefs, Manager und Direktoren von Staatsbetrieben“ veruntreuen Riesensummen, die sie per Geldwäsche auf eigene Konten leiten, und müssen dabei keine Angst vor inexistenten Gesetzen oder inaktiven Strafverfolgern haben.

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich Kroatien als Wirtschaftsruine. Ende 2007 war das Land mit 32,61 Milliarden Euro im Ausland verschuldet, Ende Januar 2008 waren es bereits 33,9 Milliarden – mit steigender Tendenz. Die Inlandsverschuldung des Staates beträgt monatlich 430 Millionen Euro, womit Altschulden beglichen und unumgängliche Investitionen, etwa in der maroden Elektrowirtschaft, getätigt werden.

Selbstbetrug und Korruption

Das alles wäre beherrschbar, hätte Kroatien einen profitablen Außenhandel. Tatsächlich steht es vor einem wachsenden Defizit. Von Januar bis Februar 2008 hat es für umgerechnet 2,13 Milliarden US-Dollar exportiert, aber für 4,63 Milliarden importiert, ein Minus von 2,5 Milliarden Dollar. 2007 betrug die kroatische Export-Import-Deckung noch 47,9 Prozent, derzeit sind es 46 Prozent – mit fallender Tendenz. Dieses Defizit ist größtenteils hausgemacht, denn die kroatische Nationalwährung Kuna ist seit ihrer Einführung im Mai 1994 um mindestens 20 Prozent überbewertet, was Exporte „bestraft“ und Importe „belohnt“.

Den Kroaten gefällt das noch: Importwaren sind billig, Kredite auch – mit etwas Schuldenmachen kann man sich viele schöne Dinge leisten. Wie lange noch? Inflation ist kein Fremdwort in Kroatien, wie die Regierung stets behauptet, vielmehr hat es sie immer gegeben, und angesichts der gegenwärtig enorm steigenden Ölpreise wird sie sich im Jahresverlauf schmerzhaft akkumulieren. Hinzu kommt eine strukturelle Unproduktivität, da die öffentliche Verwaltung 51 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschlingt, der Schuldendienst für die Auslandsverschuldung weitere 32 Prozent.

Ein kroatisches Durchschnittseinkommen liegt gegenwärtig bei umgerechnet 680 Euro im Monat, was weniger als 2007 ist und angesichts steigender Preise Angst macht. Zudem beziehen nur Beschäftigte dieses Einkommen, Arbeitslose nicht. Um diese wird seit Jahren der größte Selbstbetrug betrieben. Allgemein ist bekannt, daß in Kroatien 500000 bis 600000 Menschen ohne Arbeit sind, aber bislang fürchteten sich alle Regierungen, die „psychologische Grenze“ von 300000 Arbeitslosen zu übersteigen.

Kroatien, klagt man in Brüssel, betrachtet den EU-Beitritt als rein technisches Problem, zu dem es selber kaum etwas beizutragen hat. Premier Ivo Sanader beklagt sich, Kroatien habe „schwerere Verhandlungen als andere Länder“. Tatsache ist jedoch, daß das Land zu wenig Reformbereitschaft zeigt – und zu viele EU-Flaggen an seinen öffentlichen Gebäuden.

Letzte Chance für den Libanon

Wenn auch erst im 20. Wahlgang, so hat das Land doch jetzt endlich einen neuen Präsidenten

Von R. G. Kerschhofer

Am Mittwoch voriger Woche kam es in Doha – unter der Ägide des Emirs von Katar und der Arabischen Liga – zu einer Einigung unter den libanesischen Parteien. Die Staatskrise, die in einen neuen Bürgerkrieg auszuarten drohte, ist damit entschärft. Wenigstens vorläufig, denn jede Eskalation im Nahen Osten, vor allem eine Militäraktion gegen Syrien oder den Iran, kann auch den Libanon wieder zum Schlachtfeld machen.

Unmittelbar nach der Einigung beendete die prosyrische Opposition ihre seit Herbst 2006 vor dem Regierungssitz in Beirut abgehaltene Dauerdemonstration und brach das dort errichtete Zeltlager ab. Am Sonntag endete auch die im Herbst 2007 ausgebrochene „präsidentenlose Zeit“: Der längst als Kompromißkandidat feststehende Armee-Chef Michel Suleiman wurde vom Parlament zum Staatsoberhaupt gewählt und vereidigt. Anwesend waren zahlreiche arabische Politiker, der türkische Premier Erdogan, der iranische Außenminister, eine Gruppe amerikanischer Abgeordneter, der Schatten-Außenminister der EU Javier Solana und der französische Außenminister Kouchner – der auch gleich die Lorbeeren für Paris reklamierte.

Das Doha-Abkommen umfaßt die Neuverteilung der Regierungsmacht, ein neues Wahlrecht und die Neuauflage des „Dialogs“ über die Milizen. Das bisher oppositionelle Parteienbündnis – die schiitische Hisbollah von Hassan Nasrallah, die schiitische Amal des Parlamentspräsidenten Nabih Berri und die „Freie patriotische Bewegung“ des maronitischen Christen Michel Aun – stellt nun elf von 30 Regierungsmitgliedern und erhält ein Veto-Recht. Die bisherigen Regierungsparteien stellen 16 Regierungsmitglieder, und drei weitere nominiert der Staatspräsident.

Das Wahlrecht soll künftig den deutlich unterrepräsentierten Schiiten mehr Chancen geben. Schließlich kann man die Schiiten, die heute die größte Bevölkerungsgruppe sind, nicht auf Dauer für den Geburtenrückgang bei den meist auch materiell bessergestellten Christen und Sunniten bestrafen – die obendrein viel stärker dazu neigen, in Krisenzeiten auszuwandern.



Ein Neuanfang? Noch vor zwei Wochen sah es im Libanon ganz nach Bürgerkrieg aus, doch nun wird die Wahl des neuen Präsidenten Michel Suleiman gefeiert. Foto: Reuters

Der „Dialog“ über die Milizen ist nicht gleichzusetzen mit deren Entwaffnung. Bedeutsam ist dies vor allem für das von arabischen Optimisten ebenso wie von westlichen und israelischen Zweckpessimisten möglicherweise überschätzte Raketenarsenal der Hisbollah. Was der vereinbarte Gewaltverzicht bei innenpolitischen Differenzen in der Praxis bedeutet, wird wesentlich von der Weltpolitik abhängen und natürlich vom politischen Geschick des neuen Präsidenten, der in der jüngsten Krise immerhin Augenmaß bewiesen hat.

Das Doha-Abkommen ist eine klare Niederlage für Ministerpräsident Siniora und für alle, die ihn unterstützten – die USA, Israel und am Gängelband wie üblich auch die EU sowie US-hörige arabische Potentaten. Wieso aber kam die Libanon-Lösung mit Zustimmung aller Araber zustande, auch der Saudi-Arabiens?

Hinter Floskeln wie „Sieg der Vernunft“ läßt sich nur schwer verbergen, daß der US-Präsident bei seiner letzten Nahost-Reise den Anstoß gab, namentlich mit den zwei großen Reden, die von etlichen Satelliten-Kanälen übertragen wurden: Vor der Knesseth gab sich Bush so liebedienerisch einseitig, daß dies selbst den Israelis sichtlich peinlich war, und vor dem Weltwirtschaftsforum in Ägypten übte er massive Kritik an arabischen Regierungen und empfahl ausgerechnet Afghanistan, den Irak und die Türkei als Vorbilder.

Das Echo war so einhellig negativ, daß jeder arabische Machthaber, der sich weiterhin offen proamerikanisch gibt, einen Aufstand riskiert. Bushs Auftritt war auch mitentscheidend dafür, daß bei den kuwaitischen Wahlen vom 18. Mai die Islamisten 21 von 50 Sitzen erringen konnten – und dieses Resultat ist ein weiteres Warnsignal für den saudischen König, den ägyptischen Präsidenten und andere.

Daß der israelische Ministerpräsident zeitgleich mit der Doha-Einigung Friedensgespräche mit Syrien bestätigte, paßt auch nicht ins Kalkül der Bush-Regierung, wird aber in Israel ohnehin nur als Ablenkungs-Manöver vom Korruptions-Verfahren gegen Olmert gesehen. Syrien läßt verlauten, man verhandle nicht über die Bedingungen, sondern nur über den Zeitplan des israelischen Rückzugs von den völkerrechtswidrig annektierten Golan-Höhen.

Eine risikolose Ansage, denn nach Olmerts absehbarem Ende kommen Netanyahu und Konsorten, und die lehnen jeden Rückzug aus den besetzten Gebieten ab.

Meldungen

Angst vor neuer Apartheid

Johannesburg – „Niemals seit dem Entstehen unserer Demokratie (1994) haben wir so etwas Unmenschliches gesehen.“ Mit diesen Worten bedauerte Südafrikas Präsident Mbeki die Angriffe von Südafrikanern gegen Gastarbeiter. Trotz der offiziellen Verurteilungen der rassistisch motivierten Gewalttaten kam es immer noch vereinzelt zu Übergriffen. Die Angst vor einem neuen Apartheid-System in Afrika treibt die Gastarbeiter in großen Schwärmen aus dem Land. Allein Mosambik zählte in der letzten Woche über 20000 Heimkehrer, die jetzt erstmal in Flüchtlingslagern untergebracht werden müssen. Auch in Südafrika selbst verstecken sich die Menschen aus den ärmeren Nachbarländern Mosambik und Simbabwe in bewachten Flüchtlingslagern.

Ein-Kind-Politik gelockert

Peking – Da bei dem Erdbeben in China zahlreiche Eltern ihr einziges Kind verloren haben, lockert die Regierung für die betroffene Region die Ein-Kind-Politik. Eltern, die ihr Kind verloren haben oder deren Kind nach der Naturkatastrophe nachweislich bleibende Schäden zurückbehalten wird, dürfen ohne vorherige Anmeldung ein zweites Kind bekommen. Kinder stellen in China die maßgebliche Altersvorsorge dar.

Hausarrest verlängert

Rangun – Die Militär-Junta in Birma hat den Hausarrest der Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi um weitere sechs Monate verlängert.

»Im eigenen Land eingesperrt«

Belgrad kämpft in Brüssel um Reisefreiheit für seine Bürger

Von Wolf Oschlies

Es war einmal ein Land namens Jugoslawien, dessen Pässe den 23 Millionen Bürgern weltweite Reisefreiheit verschafften. Jugoslawien zerbrach 1991, aus seinem größten Nachfolgestaat, Serbien, sind 70 Prozent der Jugendlichen noch nie ins Ausland gereist. So sagte es Vizepremier Bozidar Djelic zu Jahresbeginn gegenüber Jean-Louis de Brouwer, EU-Verantwortlicher für Grenz- und Immigrationsfragen. Der fand es „unzumutbar“, daß junge Serben so eingesperrt sind, und verhieß Serbien baldige Visa-Erleichterungen. Bis Jahresende 2008 völlige Visafreiheit für Serben zu erlangen ist das Ziel von Verhandlungen, die Belgrad und Brüssel seit Ende Januar führen. „Serbien ist das erste Land des West-Balkans, mit dem die EU einen Dialog über Visaaufhebung führt“, sagte Franco Frattini, bis März Vizepräsident der EU-Kommission, seither Außenminister Italiens.

Die meisten waren noch nie im Ausland

Über 350000 Visa hat die EU 2007 an Serben vergeben, Serbien nahm 3000 aus EU-Ländern ausgewiesene Staatsbürger zurück. Das Land erfüllt alle politischen und technischen Voraussetzungen für Visaerleichterungen, die dann auch seit Anfang Mai praktiziert werden. Auf Initiative Frankreichs begannen die Botschaften von 16 EU-Staaten und Norwegens, an ausgewählte Gruppen – Jugendliche bis 25 Jahre, Familienangehörige von Gastarbeitern etc. – kostenlose Visa auszugeben. Touristenvisa kosten weiterhin 35 Euro.

So weit, so gut. Doch Brüsseler Balkan-Politik war noch nie eindeutig, auch in Sachen Visa nicht. Als die Botschaften bereits Visa erteilten, überreichte Jacques Barrot, für Justiz zuständiger Vizepräsident, in Belgrad einen „Fahrplan“ für „visumfreies Reisen“. Wenn das nicht wieder die bekannte Taktik ist, mit einer Hand etwas zu geben und mit der anderen auf die Gabe eine Fülle von Bedingungen und Forderungen „draufzusatteln“, dann könnte es ein Kompliment an Serbien sein.

Das Land soll anderen – Mazedonien, Montenegro, Albanien, Bosnien – demonstrieren, was für völlige Visafreiheit nötig ist: Sichere Pässe mit biometrischen Daten, bessere Kontrolle illegaler Einwanderung, Zusammenarbeit mit Interpol zur Bekämpfung von Kriminalität und Korruption, Datenschutz, Asylrecht und anderes mehr, das möglichst rasch und unter ständiger EU-Kontrolle umzusetzen ist.

Unter diesen Bedingungen ist die freie Visavergabe der 17 Botschaften nur ein „symbolisches Signal“, wie Barrot im Belgrader Sender B92 eingestand. Signal an wen?

»Visa: kein Hindernis für Kriminelle«

Ex-Außenminister Goran Svilanovic verweist seit zwei Jahren darauf, daß die EU-Visapolitik zu oft die Falschen begünstigt: Tschetschenische Terroristen, balkanische Killer, ukrainische Schwarzarbeiter, Menschenschlepper, Prostituierte etc. reisen im Schengenraum umher, mit ordnungsgemäßen Visa, legal in Botschaften erworben. Ergo: „Visa sind kein Hindernis für Kriminelle, wohl aber ein Problem für artige Bürger, die ihren Frauen einmal Paris zeigen wollen.“

Alljährlich entscheiden deutsche Botschaften über 2,5 Millionen Visaanträge, und immer noch kommen grandiose Visabetrügereien ans Licht, die bis 2004 an den Botschaften von Kiew (wo laut Berichten vom Mai 2001 85 Prozent aller inkriminierten Visa vergeben wurden), Moskau, Kairo und anderen begangen wurden.

Seit Ende 2004 ist der berüchtigte „Volmer-Erlaß“ durch schärfere Bestimmungen ersetzt worden. Ende 2007 erweiterte sich der Schengenraum um neun Länder, darunter Polen und die Baltenstaaten, die die Visagebühren drastisch von fünf auf 60 Euro erhöhten. Schon am 1. Januar 2007 hatten alle Schengen-Staaten die Gebühren für Schengen-Visa von 35 auf 60 Euro angehoben, doch sind zahlreiche kostenmindernde Ausnahmen vorgesehen.

Generell gilt ja, daß die Gebühren kein Problem sind: Wer als Osteuropäer reisen möchte, der wird für das Visum auch höhere Gebühren zahlen. Viel wichtiger ist, daß Reisewillige ordentliche Papiere haben, ihren Antrag persönlich stellen, nicht polizeilich belastet sind, für Unterhalt und Versicherung im Zielland aufkommen und ein Rückreiseticket vorweisen können.

Wenn die Serben, die bislang pro Visaantrag 35 Euro zahlen mußten, jetzt dank der Initiative der 17 Staaten nichts zahlen, dann ist das ein guter Anfang.

Die Staatsführung Serbiens hat Barrots „Fahrplan“ zur völligen Visafreiheit als Chance zur Demonstration eigener „Europareife“ akzeptiert.

Wenn man bis zum Jahresende 2008 mit der EU ins Reine kommt, dann sind die Kosten von zirka 150 Millionen Euro für die von Brüssel geforderten Änderungen eine gut angelegte Investition.

Politik mit Mord

Mörder des Erzbischofs erwartet Hinrichtung

Von R. G. Kerschhofer

Wie ein irakischer Regierungssprecher vorige Woche überraschend bekanntgab, sei ein Iraker namens Ahmed Ali Ahmed, auch genannt Abu Omar, wegen der Ermordung des im Februar entführten chaldäischen Erzbischofs von Mossul, Paulos Faradsch Rahho, zum Tode verurteilt worden. Die US-Botschaft in Bagdad drückte ihre „Genugtuung“ darüber aus.

Irakische Bischöfe erklärten hingegen, daß das Todesurteil die irakischen Christen keineswegs glücklich mache und daß Erzbischof Rahho selbst ein solches Urteil nicht akzeptiert hätte.

Der Erzbischof von Kirkuk, Louis Sako, der gerade in Wien weilte, unterstrich, daß die irakische Regierung besser etwas zum Schutz der noch im Land verbliebenen Christen unternehmen sollte.

Aber wie auch immer man zur Todesstrafe an sich stehen mag, das gewichtigste Argument ihrer Befürworter, nämlich die Abschreckung, geht bei den Verhältnissen im Irak völlig ins Leere.

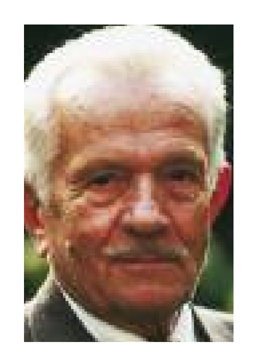
Ungeklärt blieb auch, ob der schwer leidende Erzbischof tatsächlich ermordet wurde oder ob er aus Mangel an für ihn lebensnotwendigen Medikamenten verstarb. Denn vieles deutet darauf hin, daß es um Lösegelderpressung ging – von einer Million Dollar war die Rede, und offenbar glaubten die Entführer, die Katholische Kirche würde den Betrag aufbringen.

Besonders verdächtig ist, daß bisher nichts über eine Verhaftung des Beschuldigten, geschweige denn über den Prozeß bekannt war und daß der irakische Regierungssprecher mit einigem Stolz erklärte, der Verurteilte sei „ein hochrangiges Mitglied von El-Kaida“ (also Sunnit) gewesen und bereits für „andere Verbrechen gegen das irakische Volk“ gesucht worden

Der politische „Nutzen“ des Urteils für den US-hörigen schiitischen Ministerpräsidenten El-Maliki ist augenfällig: Es leitet allfällige Rachegelüste von Sunniten auf die Christen um, lenkt Schiiten von dem mit US-Unterstützung geführten Kampf gegen die schiitischen Sadr-Milizen ab und bereitet das Urteil im eben angelaufenen Prozeß gegen den Chaldäer Tarek Asis propagandistisch vor.

Dieser hochrangige Mitarbeiter Saddam Husseins hatte zwar keine Befehlsgewalt, aber ein Todesurteil – nun auch gegen einen Christen – würde unterstreichen, wie „unparteiisch“ und „gerecht“ das gegenwärtige Marionetten-Regime ist. – Voriges Jahr wurden im Irak 378 Todesurteile gefällt und 41 vollstreckt.

»Moment mal!«



Abschied vom »Atomtod«

Von Klaus Rainer Röhl

Unsere Bundeskanzlerin ist eine kluge und umsichtige Frau, das weiß man. Aber man weiß auch, daß sie die Große Koalition unter fast allen Umständen am Leben erhalten will. Wenn es gar nicht mehr weitergeht, denkt sie, kommt Zeit, kommt Rat.

Seit einigen Tagen, seit der Nominierung von Gesine Schwan als nächste Bundespräsidentin, die mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Partei der Linken gewählt werden soll, weiß sie, daß die in der SPD tonangebende Gruppe um Beck ganz offen nach der Großen Koalition eine Regierung ansteuern will und daß diese Regierung nur eine Volksfrontregierung sein könnte – mit einem anderen Verständnis von Demokratie und auch anderen Vorstellungen von wirtschaftlicher Vernunft.

Das mag der Grund sein, warum die Kanzlerin in der letzten Woche ihrerseits die Rücksicht auf den Koalitionspartner zurückgestellt und, unter Berufung auf das gefährdete Weltklima, ganz offen die Frage der sauberen, kohlendioxydfreien Kernenergie auf die Tagesordnung gesetzt hat. Der unselige deutsche Sonderweg, die Atomkraftwerke, die zu den modernsten und sichersten der Welt gehören, freiwillig stillzulegen, wird angesichts eines allen Ländern wachsenden Bewußtseins für die vermutlichen Gefahren des Kohlendioxyd-Ausstoßes in der Welt ohnehin seit langem mit Kopfschütteln betrachtet. Gerade hat Italien den Grundstein für ein neues modernes Kernkraftwerk gelegt, Finnland plant fünf neue Atomkraftwerke (AKW), und die Schwellenländer China und Indien können sich einen Atom-Ausstieg bei rasant wachsender Volkswirtschaft schlechterdings nicht leisten. In China geht jeden zweiten Tag ein Kohlekraftwerk ans Netz. In den nächsten Jahren sollen dort 32 neue Atomkraftwerke gebaut werden.

Das Geschrei über den Vorstoß Angela Merkels ist groß. Vielleicht ist es nützlich, daran zu erinnern, aus welchen emotionalen und politischen Quellen sich der deutsche Atomausstieg einmal gespeist hat.

Der „Kampf gegen den Atomtod“ hat eine lange propagandistische Vorgeschichte. Er war immer ein Teil der kommunistischen Gesamtstrategie zur Unterminierung der demokratischen Strukturen im freien Teil Deutschlands.

Keine Raketen, keine Atome! Wir fordern die atomfreie Zone! Das sangen die von Ost-Berlin gesteuerten „Friedensfreunde“ in der Bundesrepublik. Damals ging es um Atomwaffen, 30 Jahre später ging es den Nachfolgern der Friedensbewegung um Atomkraft. Um Kernkraftwerke. Auch die sollte die Bundesrepublik nicht bauen dürfen, verkündete die „Friedensbewegung“, obwohl man in der DDR in Greifswald, von wo aus diese Bewegung gesteuert wurde, selber ein Atomkraftwerk vom gleichen Typ wie der Schrottreaktor in Tschernobyl unterhielt. Aber sowjetische Atombomben waren ja „Friedensbomben“, und ein Atomkraftwerk in Kommunistenhand mußte einfach sicherer sein als eins von den „Konzernen“ aus Profitgier ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Menschen gebautes in der Bundesrepublik.

Der Anti-Kapitalismus hatte schon in seiner Anfangszeit immer auch anti-industrielle Züge, denn die Industrie gehörte ja den „Ausbeutern“. Nachdem die Engländer im 19. Jahrhundert mit der Dampfmaschine das industrielle Zeitalter eröffnet hatten und die deutschen Unternehmer sich beeilten, den Anschluß an die Entwicklung nicht zu verpassen, gab es schon früh auch eine anti-industrielle Bewegung. Sie fand insbesondere im Volk der Dichter und Denker Anhänger, Oberlehrer und Oberschüler, von „Des Knaben Wunderhorn“ entzückt und stets auf Suche nach der blauen Blume, warfen sich mit voller Kraft in den Kampf gegen die Maschinen. Zusammen mit den rückständigen bäuerlichen Schichten kämpften sie, wahrhaftige Vorläufer der heutigen grünen Bürgerinitiativen, gegen die erste Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth. Gegen die „gefährlichen“, zehn Kilometer in der Stunde zurücklegenden, Dampf und Ruß spuckenden Lokomotiven und das die ganze Landschaft verschmutzende Teufelswerk. Da haben wir schon den Begriff „Umweltverschmutzung“. Schmutzig ist die Industrie. Die Natur ist sauber. Die Deutschen wollten es auch sein.

Dann kamen zwei mörderische Weltkriege, die die Industrialisierung, aber auch die Massentötung in ungeahnter Weise vorantrieben. Die Schüler Rousseaus und der Jugendbewegung jedoch überlebten und gaben ihre Ideale – und Aversionen – weiter. Besonders in Deutschland. Warum gerade Deutschland? Wahrscheinlich hat noch niemand ernsthaft untersucht, warum nur bei uns die Grünen aus einer Bewegung für saubere Umwelt zu einer politisch derart einflußreichen Macht aufsteigen konnten. Dreimal dürfen Sie raten.

Gewiß, die Funktionäre wie Trittin, Bütikofer, Antje Vollmer und viele andere kamen aus den radikalkommunistischen, sogenannten K-Gruppen, die sich nach dem Zerfall der 68er gebildet hatten. Sie traten gezielt in die neugegründete Partei der Müsli-Esser und Naturschützer ein, eroberten die Macht und beherrschen die Partei bis heute. Die Basis aber ist weiterhin grün – und blauäugig. Keine Raketen, keine Atome. Zu allem Überfluß kam, wenige Jahre nach der Etablierung der Grünen, Tschernobyl. Der GAU. Es war zwar keineswegs der „größte anzunehmende Unfall“, aber es reichte auch so. Zehntausende Todesopfer. Eine mörderische Strahlendosis und erst nach Jahren auftretende tödliche Folgen für die Bewohner in der unmittelbaren Umgebung. Europaweit meßbare Strahlenschäden bei Tieren, Pflanzen, Schwangeren und Neugeborenen. Aber nicht einmal in der Ukraine und den schwer von den Folgen des Reaktor-Unglücks betroffenen Nachbarländern gab es eine solche monatelange Panik in der Bevölkerung wie ausgerechnet in Deutschland, das kein einziges Opfer der Katastrophe zu beklagen hatte. Sind Deutsche nun besonders besorgt um ihre Kinder und die anderen Völker in Europa fahrlässig?

Oder waren nicht vielmehr unsere öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehanstalten, die Zeitungen und Zeitschriften besonders fahrlässig im Verbreiten ungeprüfter Meldungen und Kommentare? Wer erinnert sich nicht an die Fernsehsendungen von Franz Alt, wo vor der Kamera Blümchen und Kräuter welk wurden, weil sie vor dem Kernkraftwerk Stade aufgewachsen waren? Vergebens wehrten sich die AKW-Betreiber gegen die Panikmache. Wenn sie nach Jahren vor Gericht recht bekamen, hatten sich die Vorurteile schon verfestigt. „Etwas muß ja dran sein“, sagten sich die Leute. Jedenfalls gab Tschernobyl den Grünen einen außergewöhnlichen Auftrieb, der dazu ausreichte, bei der Regierungsbildung von 1998 die vorzeitige Abschaltung aller Kernkraftwerke bei ihrem Koalitionspartner durchzusetzen.

Von CDU-Unterhändlern und besonnenen SPD-Politikern wurde mit viel Mühe ein zeitlich verzögerter Ausstieg ausgehandelt. Aber der Ausstieg aus der Kernenergie (auch bei den modernsten und sichersten AKWs spätestens 2021) war beschlossen und mußte sogar bei der Bildung der Großen Koalition 2005 festgeschrieben werden. Warum ausschließlich in Deutschland? Am deutschen Wesen soll die Welt genesen? War es das? Keine schmutzige Eisenbahn nach Fürth. Sauber wollten die Vorfahren der Grünen sein, nachdem sie, mehr als ein Jahrhundert lang und in immer neuen Ausgaben übersetzt, Rousseaus „Emile oder Über die Erziehung“ gelesen hatten, ein Hohelied auf die Verbundenheit mit der Natur. Sauber sollen wir bis heute sein. Dabei verschmutzen wir täglich mehr die Atmosphäre mit Kohlendioxyd. Atomkraft – nein danke! Lieber verbrennen wir weiter Kohlenstoff wie unsere Vorfahren, die Höhlenbewohner. Fossilen Kohlenstoff: Holz, Kohle, Braunkohle, Öl. Bei dieser Verbrennung entsteht Energie, aber als Abfallprodukt eben auch Kohlendioxyd, ein umweltschädliches Gas. Und das blasen wir in die Luft, in die Athmosphäre.

Und der Energiebedarf der Welt, besonders in den Schwellenländern Indien und China, wächst täglich.

Neue Untersuchungen der Internationalen Energieagentur (IEA) haben ergeben, daß der weltweit wachsende Kohlendioxyd-Ausstoß die Gefahr einer Klimaveränderung beschleunigen wird. Einziger Ausweg: der Ausbau der Kernenergie durch den Bau neuer Atomkraftwerke. Das sei ein wesentlicher Beitrag zur Vermeidung von schädlichen Klimagasen. Der immer noch gültige Ausstiegsbeschluß der Deutschen gilt den Experten der Internationalen Energieagentur als unverantwortlich.

Auf die Idee, daß nur Kernkraftwerke (weil ohne Kohlendioxyd-Emission) die befürchtete Klimaveränderung verhindern können, sind schon viele Länder gekommen, sie bauen neue Kernkraftwerke und vergrößern so den Anteil an Kernenergie. Die Deutschen aber bleiben bei dem von Trittin versprochenen und von Gabriel verheißenen Ausstieg. Warum? Vielleicht doch wegen der Abneigung gegen den Kapitalismus? Die Alternative ist eine gelenkte Wirtschaft.

Wie aber eine gelenkte Wirtschaft funktioniert, haben uns die Sowjetunion und China 60 Jahre lang gezeigt. Es war Murks, unter Berufung auf Marx. 60 Jahre waren genug, fanden die Völker der ehemals kommunistischen Staaten. Aber nicht die von den Unis der 68er kommenden guten Deutschen, mit Rousseau unter der Bettdecke und Gandhi im Herzen. Keine Raketen, keine Atome, zurück zur Natur, und der Strom – kommt aus der Steckdose.



„Atomkraft? Nein Danke“: In Deutschland lernen schon die Kleinsten, daß Atomkraft „böse“ ist. Foto: ddp

Mit großen Namen Kasse machen?

Literatur auf der Bühne – Die Dramatisierung großer Prosa zieht weite Kreise

Von R. Fiedler-Winter

Es wirkt wie ein Erfolgsrezept, wenn das Thalia-Theater in Hamburg nach ‚Effi Briest‘ und nach den ‚Buddenbrooks‘ auch noch den ‚Schimmelreiter‘ auf die Bühne bringt. Doch die Wirklichkeit ist natürlich komplizierter“, schreibt John von Düffel, Chefdramaturg des Hauses, im Schimmelreiter-Programmheft. Und recht hat er. Denn an der Alster gab es fast gleichzeitig eine „Michael Kohlhaas“-Interpretation im Deutschen Schauspielhaus zu sehen, und sogar im kleineren privaten Altonaer Theater tänzelte „Der Steppenwolf“ über die Bühne. Theodor Storm, Thomas Mann, Heinrich von Kleist und Hermann Hesse sozusagen in einem Atemzug. Die Dramatisierung großer Prosa zieht Kreise. Zeitgemäß vielgestaltig scheint sich ein fruchtbares „Spät-Beet“ für das so oft zitierte Regie-Theater aufzutun.

Denn nicht allein die großen Namen der Literaturgeschichte, auch Autoren der Gegenwart wie Julie Zeh mit ihrem Erstling und Durchbruchsroman „Spieltrieb“ oder der Däne Hoeg mit seinem durch den Film berühmten „Fräulein Smillas Gespür für Schnee“ fanden sich als Schauspiel wieder.

„Warum überhaupt und warum diese Geschichte aus ihrer endgültigen epischen Form herauslösen und auf die Bühne transferieren?“ fragte sich von Düffel anläßlich der Buddenbrooks-Uraufführung und beantwortete diese Frage selbst mit dem Hinweis, daß er das tun mußte, „um den psychologischen Kern, die zeitlose Nähe der Figuren zu entdecken“.

Dabei fiel – nicht allein, aber ganz besonders – bei der „transferierten Literatur“ auf, daß die meist überzeugenden Programmtexte eher literarisch begründeten Absichtserklärungen entsprachen als der Realität des Bühnen-Geschehens. Dennoch wurden die genannten Aufführungen fast alle Publikumserfolge. Wie kommt das?

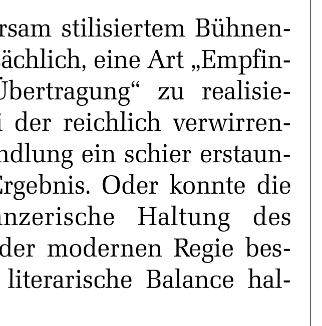
Die Frage nach der Kasse kann also so unrichtig nicht sein. Ihr sollte sich lediglich eine Erkundigung nach der literarischen und historischen Wurzel, verbunden mit einer Hinwendung zur Psychologie des heutigen Publikums anschließen. Beides wirkt zusammen und macht manche Linien – zum Nachteil der Literatur – auch unscharf. Liegt es doch auf der Hand, daß ein selbst ausgezeichnet dargebotener Theaterabend einen 700-Seiten-Roman, wie zum Beispiel Manns scharf gezeichnetes Familienporträt der Buddenbrooks, nicht voll ausschöpfen kann.

Zumal sich Stefan Kimmigs berühmte Regie auf eine vorwiegend statuarische Darstellung konzentrierte, die das Nobelpreisträger-Wort in den Mittelpunkt stellen wollte. Ergebnis: Ein gutes Schauspiel, das die Eindringlichkeit des großen Romans trotzdem nicht erreichte.

Ähnliches ergab im selben Haus Storms "Schimmelreiter", dem die Atmosphäre der selbst wie eine Meereswoge breit aufrollenden Novelle des Dichters aus Husum deutlich fern blieb. Siegfried Lenz hat sie einmal die bedeutendste des Mannes aus der grauen Stadt am Meer überhaupt genannt. Storm schrieb sie kurz vor seinem Tode. Jorinde Dröses Regie lenkte alles Licht auf die auch von der Dramatisierung John von Düffels entsprechend übersetzte Liebe des jungen Deichvogt-Paares dieser Sturmfluttragödie, in der das Unverständnis der alten Deich-Verteidiger die neuen der See ausliefert. Doch auf der Bühne kam kein Sturm auf. Die See blieb im norddeutschen Sinne – von einigen Bühnen-Planschbekken abgesehen – „außen vor“, und ein Schimmelreiter erschien überhaupt nicht, nicht einmal als Video. Auch hier, ein gut präparierter Theaterabend aber keiner von Storm.

Der „Michael Kohlhaas“ im Deutschen Schauspielhaus hatte ein ähnliches Schicksal. Kleists Verzweiflungsnovelle, in der Kohlhaas als Rächer des ihm angetanen Unrechts selbst zum Brandschatzer wird, erstickte sogar in flachen Diskussionen, die den Originaltext absterben ließen.

Aber dann gab es auch eine Überraschung: Auf der Winzigbühne des Altonaer Theaters inszenierte Gil Mehmert den ja nicht unumstrittenen Midlife-Crisis-Roman des anderen Nobelpreisträgers Hermann Hesse „Der Steppenwolf“, und es gelang ihm mit sparsam stilisiertem Bühnenbild tatsächlich, eine Art „Empfindungs-Übertragung“ zu realisieren. Bei der reichlich verwirrenden Handlung ein schier erstaunliches Ergebnis. Oder konnte die traumtänzerische Haltung des Autors der modernen Regie besser die literarische Balance halten?



Literatur-Inszenierungen sind ein Wagnis. Sie bieten einem modernen, oft zeitgehetztem, von allzu vielen Informationen ermüdetem Publikum bestenfalls die verkürzte Berührung mit einem berühmten Stoff, den ein ebenfalls Berühmter bereits einmal mit anderen Mitteln aufbereitet und damit Millionen Menschen berührt hat. Das, was der Ursprungs-Autor damit ausdrücken wollte, wird dabei kaum erreicht. Im Gegenteil, oft wird seine Aussage verdünnt. Wobei noch gesagt werden darf, daß die Prosatext-Übertragung in dramatische Formen in der Regel rücksichtsvoller unternommen worden ist als die Inszenierung weltberühmter Bühnenstücke, wonach sich mancher verblichene Autor im Grabe umdrehen würde.

Immerhin kann die Theaterkasse beweisen, daß große Literaten der Vergangenheit vom Publikum auch heute noch als Attraktion gewertet werden. Künstlerisch reizvoll bleibt deren Übertragung auf die Bühne, zumal mit der Absicht eines gegenwartsnäheren Bezugs, in jedem Fall. Die literarische Überzeugungskraft zu erlangen ist jedoch ein hehres Ziel, sofern als solches überhaupt vorhanden, das nur selten erreicht wird. Für das Schauspiel und die Schauspieler spielt dabei obendrein die heute oft mißachtete Erfahrung eine Rolle, daß bedeutende, noch immer zeitgültige Pointen in der Regel am stärksten wirken, wenn sie auch im Stil der Zeit, zu der sie gehören sollten, dargeboten werden.

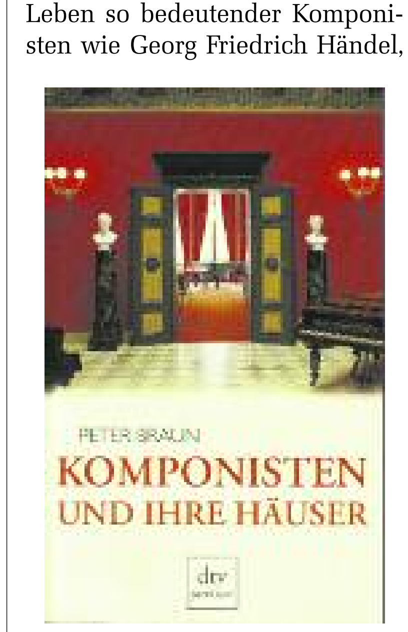


Thomas Manns „Die Buddenbrooks“ auf der Bühne: Norman Hacker als Thomas — Foto: ddp

Zu Besuch bei berühmten Komponisten

Ihr habt meine Werke – laßt mir meine Torheiten“, soll Richard Wagner einmal gesagt haben. Nun, der Torheiten gab es genügend, denkt man nur einmal an Wagners angebliche Handgranatenbestellung während des Dresdner Aufstands in der 1848er Revolution. Diese und andere Geschichten erzählt Peter Braun in seinem neuen Buch **„Komponisten und ihre Häuser“** (dtv premium, München 2007, 208 Seiten, zahlr. sw Abb., Klappbroschur, 15 Euro).

In bewährt brillanter Manier plaudert der Journalist über das Leben so bedeutender Komponisten wie Georg Friedrich Händel,



Joseph Haydn, Ludwig van Beethoven oder Franz Liszt. Viel Neues erfährt der Musikfreund, Unterhaltsames, aber auch Nachdenkliches. Ergänzt werden die amüsant zu lesenden Texte durch einen informativen Anhang, in dem der interessierte Leser wichtige Anschriften (und Öffnungszeiten) der einzelnen heute meist als Museen existierenden Geburts- oder Wohnhäuser findet. So schlägt der Autor zwei Fliegen mit einer Klappe: Zum einen liefert er eine spannende Kulturgeschichte der Musik, zum anderen gibt er Anregungen für reisefreudige Musikfreunde. *SiS*

Im Reich der wundersamen »Zezootiere«

Besuch in einem Bildhaueratelier und einer Galerie abseits der große Straßen in Berlin

Von Silke Osman

Berlin ist nicht nur Deutschlands politische Hauptstadt, es ist gleichwohl auch die Hauptstadt seiner Museen. Wohl keine andere deutsche Stadt verfügt über eine solche Vielfalt an Museen und Galerien wie die Stadt an der Spree. Da fällt die Auswahl dem Kunstfreund denn auch schwer, möchte er seinem Hobby frönen. Will er abseits der belaufenen Pfade fündig werden, ist das kein Problem. Denn in Berlin haben gerade auch in den Wohnvierteln kleine Galerien aufgemacht, die Erstaunliches zu bieten haben. Etwa in der Nähe des Savignyplatzes. Nur wenige Minuten vom belebten Kurfürstendamm entfernt eröffnet sich dort eine nahezu dörfliche Idylle.

In der Grolmannstraße 46 hat die Bildhauerin Gertraude Zebe ihr Domizil gefunden. Im vierten Stock (Achtung: Nicht nur die Liebe zur Kunst, auch Kondition ist gefragt) des Altbaus hat sie sich ein Atelier und eine kleine Galerie eingerichtet. Drei- bis viermal im Jahr veranstaltet sie dort Einzel- oder Gruppenausstellungen der von ihr vertretenen Bildhauer. Namen wie Joachim Dunkel, Richard Hess, Bucco oder auch Bernd Altenstein (geboren in Rastenburg) zeigen die Spannweite der künstlerischen Arbeiten, die oft schon ab 500 Euro zu haben sind.

„Ich möchte Plastiken besser verständlich machen“, hat sie einmal in einem Interview gesagt, „die Bildhauerkunst dem Publikum näherbringen. Insbesondere kleinere Formate werden nicht ernst genug genommen, obwohl man sich doch gerade mit ihnen eher identifizieren kann.“ Und: "Jeder Künstler muß seine eigene, erkennbare Formensprache haben. Das möchte ich zeigen." Ihren Kunden rät sie: "Leben Sie einfach mit der Kunst." Leben mit der Kunst, dieses Motto verwirklicht Gertraude Zebe jeden Tag aufs neue, denn schließlich sind in der Grolmannstraße nicht nur die Plastiken der Künstlerkollegen zu sehen, sondern auch ihre eigenen. In der aktuellen Ausstellung gibt sie einen Überblick über ihr derzeitiges Schaffen unter der Überschrift „Eisenguß und Zeichnung“ (bis 28. Juni). Vor mehr als zehn Jahren hatte Gertraude Zebe, die zuvor mit Bronze gearbeitet hatte, für sich den Eisenguß entdeckt. Die Formen wurden strenger, verführen jedoch nach wie vor zum Berühren, „Begreifen“. Die Künstlerin bezieht jetzt auch Fertigteile, sogenannte Eisenvierkantrohre, mit ein in ihr Werk, wie sie früher bereits technische Sockelteile verwandte. Ihren sogenannten „Zezootieren“ ist sie durch die Jahre treu geblieben, diesen wunderbar geheimnisvollen Mittelwesen zwischen Mensch und Tier. Schon die ersten Plastiken trugen übrigens stets ein „Ze“ (wie Zebe) vor dem Titel („Zebulle“, „Zebache“). Ihre neuen Arbeiten aus Eisenguß sind in der Form vielleicht strenger als die frühen Bronzen; der warme Ton des Materials aber gibt der künstlerischen Schöpfung jedoch wieder die besondere Ausstrahlung.

Neben den Plastiken entstanden viele kleine farbige Zeichnungen mit Bleistift und Wasserfarbe, die den plastischen Entwicklungsprozeß verraten. Einige wurden für die Ausstellung gerahmt und können zu einem Sonderpreis erworben werden.

In Gesprächen mit der Künstlerin, zu denen bei einem Ausstellungs- und Atelierbesuch immer die Möglichkeit besteht, erfährt man vieles über ihre Arbeiten, über ihre Intentionen. Vor allem aber kann man sich einfangen lassen von der zauberhaften Atmosphäre in diesem Reich der „Zezootiere“.

Mehr Informationen im Internet unter www.bildhauergalerie-berlin.de oder direkt in der bildhauergalerie, Grolmannstraße 46, 10623 Berlin, Telefon / Fax (0 30) 8 83 22 85; Öffnungszeiten: donnerstags, freitags und sonnabends 15 bis 19 Uhr und nach Vereinbarung; Sommerpause Juli bis Oktober





Die Welt der Gertraude Zebe: Gipsformen warten auf Wiederverwertung, während in der Galerie Arbeiten gezeigt werden. — Fotos: Zebe, Osman

Zukunftshoffnung mit Geschichte

Die Kartoffel gewinnt international zunehmend an Bedeutung

Von Joachim Feyerabend

Ausgerechnet im von der Welternährungsorganisation zum „Internationalen Jahr der Kartoffel” ernannten 2008 macht die Hungerkrise in der Dritten Welt Schlagzeilen: Politiker sprechen sich für eine dringende Umorientierung der Landwirtschaftspolitik aus, in einigen exotischen Staaten sind Grundnahrungsmittel inzwischen Luxusgüter, Hunderttausende hungern und selbst in den Industrienationen klettern für den Konsumenten unaufhörlich die Kosten. Ein Hoffnungsträger für die Zukunft heißt Kartoffel. Der Schweiz war sie 2008 deswegen sogar eine Sonder-Briefmarke wert.

China, das traditionelle Reis-Land, hat für seine Milliarden-Bevölkerung seit einigen Jahren den Anbau der anspruchsloseren Kartoffel entdeckt, jene nahrhafte Knolle, die nach der Entdeckung Amerikas ihren Siegeszug vor allem in Europa antrat. Heute werden im Reich der Mitte bereits 73 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet, elf sind es beispielsweise in Deutschland, Tendenz abnehmend. Denn noch 1950 aßen die Westeuropäer 225 Kilogramm Kartoffeln je Jahr und Kopf, heute sind es noch ganze 70. Von 2004 sanken die Anbauflächen von 584 000 Hektar auf 293 000.

Mehr als 4000 verschiedene Sorten wetteifern um die Gunst der Verbraucher, 3800 kultivierte und 100 wilde Arten lagern in den Gen-Banken des Internationalen Kartoffelinstituts in Peru – einem Land, das die „Entdekkung“ der nahrhaften Knollenpflanze aus der Familie der Nachtschattengewächse für sich reklamiert. Die benachbarten Chilenen beanspruchen allerdings ebenfalls diesen Ruhm. Denn die ersten Spuren des Kartoffelanbaus führen über 13 000 Jahre vor unserer Zeitrechnung auf die südchilenische Insel Chiloe. Die Zeiteinteilung einiger Andenbewohner basiert sogar auf der Dauer der Garung, und manche legen sich bis heute die vom Coniponiwurm befallenen Triebe unter das Kopfkissen. Das soll einen ruhigen Schlaf garantieren.

Der in manchen Regionen sogenannte Erdapfel hat sogar Sprachgeschichte geschrieben: Kanzlerin Merkel ließ etwa im Zusammenhang mit Bestechungsvorwürfen gegen Siemenschef von Pierer den Berater „wie eine heiße Kartoffel fallen“, ein sogenannter „Trouble-shooter“ ist ein Manager, der „die heißen Kartoffeln aus dem Feuer holt“ und nicht zuletzt „ernten die dümmsten Bauern die dicksten Kartoffeln“.

Zu Anfang war die Kartoffel in Europa umstritten

Dabei war das Gewächs in seinen Anfangszeiten in Europa umstritten. In Rußland, heute neben den USA und China der größte Anbauer, nannte man es gar „Äpfel des Teufels“, gleichwohl aber entdeckte man bald ganz neue Möglichkeiten für die unscheinbare Knolle und destilliert bis heute daraus das weltbekanntes Nationalgetränk, den Wodka.

Eine Pionierrolle bei der Einführung der Kartoffel als europäisches Grundnahrungsmittel spielte kein Geringerer als Preußenkönig Friedrich der Große. Er erkannte den Segen der geheimnisvollen Übersee-Entdeckung und verhinderte in seinem Reich damit eine durch Krieg drohende Hungersnot. Seinen Soldaten verordnete er zudem Pilsner Bier als tägliches Nahrungsmittel und sorgte für die Verbreitung dieses Brautyps und den Anbau von Kartoffeln in dem Süden. Dabei hatte es die Majestät nicht leicht, ihre dickköpfigen Bauern von der Qualität des neuen Nahrungsmittels zu überzeugen. Einer Überlieferung nach gelang das nur mit einem Trick: Der große Fritz baute auf den königlichen Feldern Kartoffeln an und ließ die Felder von Soldaten bewachen. Die Bauern spekulierten, daß die Knolle deshalb etwas ganz Wertvolles sein müsse und stahlen des Nachts die Kartoffeln des Monarchen, um sie selbst anzubauen.



Köstlich: Kartoffeln der neuen Ernte Foto: ddp

Erdäpfel, Herdäpfel, Krumbieren, Bambulen (Niederösterreich), Pataten, Knullen, sie hat viele Namen und es drohen ihr ebenso viele Schädlinge aus dem Bereich der Würmer, Insekten (Kartoffelkäfer etwa), Viren und Bakterien. Es wurden immer resistentere Sorten gezüchtet, doch gerade ihre anfängliche Anfälligkeit führte in Westeuropa in der Vergangenheit auch zu einer der größten Katastrophen, der sogenannten Potatofamin in Irland, einer schrecklichen Hungersnot, in der Tausende von Iren starben oder in die Vereinigten Staaten von Amerika auswanderten. Drei Jahre lang regierten auf der Grünen Insel Mißernten durch Pilzbefall der Farmen.

Die »Freiheitsfritten« machten in den USA keine Furore

Im Jahr 1565 brachte der Konquistador Francisco Pizzaro die ersten Kartoffeln an den Hof von Caroli Quinti nach Madrid, von wo aus sie auch den Vatikan erreichten, das Sprachrohr der damaligen Zeit. Sir Walter Raleigh schließlich und nicht, wie oft irrtümlich behauptet, Francis Drake führte die braunen Knollen auf den britischen Insel ein. Lange Zeit wurde sie wegen ihrer weißen Blüten und giftigen roten Fruchtknöllchen zunächst nur als Zierpflanze gezüchtet, bis ihre unter der Erde verborgenen Werte zu Tage traten. Seither werden die Knollen gesotten, gebraten und frittiert, zu Kartoffelpuffern, Brei, Salat oder Knödeln verarbeitet. Rund elf Millionen Tonnen weltweit werden in unseren Tagen als „Pommes Frites“, „Chips“ oder „French fries“ verzehrt. Kein „Hamburger“ ist ohne diese Beigabe zu denken. Und dabei haben die Amerikaner diese Art der Zubereitung erst nach dem Ersten Weltkrieg entdeckt. Belgien ist im übrigen die Hochburg der Kartoffel-Fritteusen. Nach der Absage der Franzosen zur Teilnahme am Irakkrieg des George Bush sollten in den USA die „French Fries“ amtlich sogar in „Freedom-Fries“ umbenannt werden, das aber machten die Konsumenten trotz aller Vaterlandsliebe nicht mit.

Die tolle Knolle ist auch in der Industrie begehrt

Die südamerikanische Knolle aus der Verwandtschaft der Tomaten und Paprikas, der Tollkirsche und des ebenfalls aus Amerika stammenden Tabaks enthält neben der Stärke Vitamin C, Eiweiß und Kalzium. Das in ihr gespeicherte Solanum wehrt Bakterien ab. Sie ist heute nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Industrierohstoff in Form von Bindemitteln, Bioethanol und bei der Herstellung von Papier und Pappe. Vor diesem Hintergrund hat sich der Import als das wahre Gold aus der Hinterlassenschaft der Inkas herausgestellt und hat während der Industriealisierung, Landflucht und Verstädterung der europäischen Gesellschaft Millionen vor einer Hungerkatastrophe bewahrt. Nun setzen die Ernährungsexperten gegen den weltweiten Hunger erneut auf die unscheinbare Knolle.

Nichts anzuziehen?

Ein perfekter Auftritt unterstreicht die Persönlichkeit mit Form und Farben

Von Susanne Holz

Die rosa Bluse macht blaß, die Jeans einen runden Po und das Hawaiihemd hatte nur einmal am Hotelpool in Spanien seinen großen Auftritt. Kurzum: Der Kleiderschrank ist prall gefüllt und trotzdem hat man nichts anzuziehen. Wer immer wieder tütenweise Fehlkäufe nach Hause trägt, sollte sich über seinen eigenen Stil Gedanken machen. „Stil ist, wenn Kleidung die eigene Persönlichkeit sichtbar macht und unterstreicht“, sagt Farb- und Typberaterin Maria Hans, Stylistin aus Hamburg.

Zusammen mit ihren Kunden führt sie auf Wunsch eine Inspektion des Kleiderschrankes durch oder geht als Personal-Shopperin mit ihnen durch Geschäfte und Kaufhäuser. Kritisch werden alle Lieblingshosen, altgediente Pullover, Blusen, Hemden und Sakkos einer ehrlichen Überprüfung unterzogen. Was sitzt, was schlabbert, was sieht aus, was hat schon bessere Zeiten gesehen? Einfache Regel zu Beginn: „Alles, was man ein Jahr nicht angezogen hat, gehört erst in den Keller, im zweiten Jahr dann doch in den Second-Hand-Shop oder Altkleidersack“, betont Hans. Selbst von Lieblingspullovern sollte man sich trennen, wenn an ihnen zwar das Herz, aber auch die Gebrauchsspuren der vergangenen Jahre hängen. Schließlich geht es um Stil, nicht um Bequemlichkeit.

Erst wenn man eine Kleiderschrank-Bilanz gezogen hat, sollte man zum nächsten Einkaufsbummel starten. Denn nur wer weiß, was eigentlich fehlt, kann zielgerichtet einkaufen. Niemand wird von einem Tag auf den anderen zur Stil-Ikone und greift nur noch zielsicher zu typgerechter Kleidung. „Das wichtigste ist anfangs, sich von alten Vorurteilen zu lösen“, sagt der Einkaufsprofi. Es mag sein, daß einem als Jugendliche Absatzschuhe nicht standen, aber das müsse mit Mitte 40 ja nicht immer noch so sein. „Mein Tip heißt: ausprobieren, ausprobieren, ausprobieren“, sagt Hans.

Wer nicht sofort seinen kompletten Kleiderschrank verändern könne oder wolle, sollte zunächst bei Accessoires experimentierfreudig sein. Mal eckige statt abgerundete Schuhe kaufen, große Lederbeutel statt kleiner Handtaschen tragen oder eine auffällige Kette, obwohl man bislang auf dezenten Goldschmuck gesetzt hat. Später könne men mutiger zu anderen Hosenformen greifen oder statt gestreifter Blusen mal einen schicken Pullover anziehen.

„Freunde oder Verwandte sind in der Experimentierphase jedoch keine guten Berater“, sagt Petra Waldminghaus, Stilberaterin der Agentur Corporate Colours aus Düsseldorf. Grund: Meistens haben sie ein sehr vorgefertigtes und starres Bild von ihrem Gegenüber und stehen Typveränderungen oft weniger aufgeschlossen gegenüber als man selbst. Nichts spreche also dagegen, allein eine Einkaufstour zu machen und Sachen mit in die Umkleidekabine zu nehmen, die man bislang eigentlich nicht für geeignet hielt. Manchmal nämlich werde aus einem kleinen Kaufhausexperiment der Beginn des neuen eigenen Stils.

Nicht jeder hat den Mut, die Zeit oder das Geld, sich einer professionellen Farb- und Typberatung zu unterziehen. Mit ein paar einfachen Regeln könne man aber selbst kleine Schritte auf dem Weg zum neuen Typ machen, sagt Waldminghaus. Die Stilexpertin weiß: Kleidung wird niemals aus einer kleinen, rundlichen Frau eine langbeinige Laufstegschönheit machen. Das soll sie aber auch nicht.

Denn jeder Mensch hat andere attraktive Seiten, die nur darauf warten, aus dem Dornröschenschlaf geweckt zu werden. Anstatt sich also täglich frustriert in Jeans und Schlabbershirt zu kleiden und die kurzen Beine zu beklagen, gelte es vielmehr, die eigenen Vorzüge zu finden und zu unterstreichen. Das können ein tolles Dekollete, blitzende Augen oder eine fantastische Taille sein.

Darüber hinaus lassen sich mit Kleidung leicht die vermeintlichen Problemzonen kaschieren. Große Frauen, die beispielsweise ein wenig kleiner wirken möchten, sollten auf eine Farbe von Kopf bis Fuß verzichten. Optisch wirke man ein paar Zentimeter kleiner, wenn man sich farblich in „Scheibchen“ zerlege. „Beispielsweise ein roter Pullover, eine schwarze Hose, rote Schuhe und ein auffälliger Gürtel“, erklärt Waldminghaus. Kleine Frauen hingegen sehen in einer Farbe nicht nur toll, sondern auch größer aus. Diesen Eindruck können sie noch durch Pumps unterstreichen. Waldminghaus' Motto: Für jedes Kleidungs- und Figurproblem gibt es eine Lösung, und jeder Mensch kann seinen eigenen Stil entwikkeln.

Stil heiße aber nicht, von Kopf bis Fuß teure Markenkleidung zu tragen. Das zeige lediglich, daß man eine strapazierfähige Kreditkarte, aber nicht automatisch Geschmack und Gespür für den eigenen Auftritt besitzt. „Seinen Stil hat man dann gefunden, wenn man in seiner Kleidung bei jedem Anlaß gut angezogen ist“, unterstreicht Maria Hans. So gehe man charmant durchs Leben und bleibe in positiver Erinnerung.

Nicht nur Worte

Großer Bär liebt kleine Venus

Von Gabriele Lins

Seit mindestens einem Vierteljahr klebt es groß und breit und weithin sichtbar an einer Autobahnbrücke, das Schild mit den zärtlichen Worten: „Großer Bär liebt kleine Venus“, und jedes Mal muß ich wieder darüber lächeln. Ob die kleine Venus das auch jeden Tag liest? Oder hat sie nicht längst einen dicken kleinen Frosch zum Freund, und die kurzen Liesbesworte des großen Bären lassen sie kalt? Ob sie jemals darauf geantwortet hat mit einem kleinen himmelblauen Briefchen oder kurz und schmerzlos im Internet?

Heute fuhren wir wieder einmal unter der Autobahnbrücke durch, es ist der nächste Weg zu unserem Supermarkt, und was sahen unsere erstaunten Augen? Das rote Liebesschild war mit einem kurzen schwarzen, aber prägnanten Satz überspüht: „Ausländer raus!“

Da dreht sich einem das Herz um! Am nächsten Tag waren diese häßlichen Worte schon wieder überschmiert, und in violetter Farbe brüllte es einem entgegen: „Kemal, zieh Leine, sonst mach wir dich Beine!“ Mein Mann und ich schüttelten die Köpfe. Was waren das nur für Menschen! Und mit der Rechtschreibung hatten es diese Rabauken auch nicht so.

Aber nun mischte sich die Natur selber ein. Mit wochenlangem Regen verwischte sie die böse Schrift und machte daraus ein graues Gemisch, das in unansehnlichen Farbtränen am Papier herunter lief, und das war gut so.

Nach ein paar Wochen wollten wir wieder einmal zu „unserem Markt“. Schon von weitem leuchtete uns auf knalligem Gelb in großen ungelenken Druckbuchstaben eine hoffnungsgrüne Schrift entgegen: „Aisha liebt Michael!“

Irgendwann trieb mich die Neugierde, auf mein Rad zu steigen und in Richtung Brücke zu fahren. Damit der Weg nicht ganz umsonst war, würde ich ein paar Äpfel kaufen; die konnte man immer gebrauchen.

Liebte die kleine Aisha ihren Michael immer noch? Und ob! In Sichtweite der Brücke stieg ich vom Rad und erfuhr, daß die Liebe bisher gehalten hatte. Und wie, denn darunter war in etwas größerer steiler Handschrift zu lesen: „Micha liebt Aisha!“ Und das riesige rote, etwas eingedellte Herz daneben bezeugte diese Worte. Na also, alles war in Ordnung. Beruhigt kaufte ich meine Äpfel. Und für meinen Mann legte ich noch eine Schachtel Nougat-Pralinen in den Einkaufswagen, denn für Nougat schwärmt er nun mal.

Tja, Liebe steckt bekanntlich an.

Schnupperkurs fürs Kreuzfahren

Mit der Color Line von Kiel nach Oslo – Luxus-Fähre gewährt Kurzurlaub auf hohem Niveau

Von Rebecca Bellano

Oh, wir fahren schon." Gleich mehrere Augenpaare blicken nach draußen. Und ja, tatsächlich, die „Color Fantasy" scheint Fahrt aufgenommen zu haben, da die Kaimauer des Kieler Hafens sich langsam entfernt. Fast geräuschlos haben sich die 74 500 Bruttoregistertonnen in Bewegung gesetzt. Das gute Essen und die angenehme Atmosphäre in der „Observation Lounge" auf dem 15. Deck der „Color Fantasy" haben zudem die Aufmerksamkeit der Gäste dermaßen getrübt, daß sie fast völlig vergessen hatten, daß sie sich auf einem Schiff befinden. Eigentlich ist die „Color Fantasy" eine Fähre, die bis zu 2750 Personen und 750 Pkw von Kiel nach Oslo und zurück befördert, allerdings ist das Schiff dermaßen luxuriös ausgestattet, daß es eher in die Kategorie Kreuzfahrtschiff fällt. Die „Color Fantasy" und ihr Schwesterschiff, die „Color Magic", fahren täglich zwischen Norwegen und Deutschland hin und her. Die Überfahrt dauert 20 Stunden. Und während das eine Schiff Gäste gen Norden fährt, kommt ihm das andere auf dem Weg nach Süden entgegen. Von der Ausstattung sind die beiden Schiffe fast identisch, deswegen ist es nahezu unmöglich, dem einen den Vorzug vor dem anderen zu geben.

Für Personen, die sich noch nie näher mit dem Thema Schiffsreise auseinandergesetzt haben, sind die beiden Fähren der norwegischen Color-Line-Reederei die ideale Möglichkeit, in Form einer Kurzreise erste Eindrücke zu sammeln, für alle anderen ist es einer der angenehmsten Wege zu reisen.

Aus deutscher Sicht sind die Preise auf dem Schiff allerdings gewöhnungsbedürftig. Die schönen, edlen Restaurants auf dem Schiff, eines davon mit einer imposanten Aussicht auf das Meer, liegen auf Fünf-Sterne-Niveau, und eine Pizza im schlichten italienischen Restaurant kostet umgerechnet rund 13 Euro. Diese Preise allerdings erscheinen auf der Rückreise wie angenehme Schnäppchen, denn wer sich in Oslo in ein Restaurant wagt, ist dort schnell um 50 Euro für zweimal Pasta mit Tomantensauce und zwei Cola – in Deutschland knapp 20 Euro – ärmer. Aus norwegischer Sicht sind die Preise auf dem Schiff also Labsal für das Portemonnaie.

Aber auch wenn die hohen Preise einen Deutschen nicht wirklich zum Einkaufsbummel in den schön gestalteten Boutiquen auf dem Schiff animieren, so gibt es trotzdem noch genügend Unterhaltungsangebote. Ob Casino, Tanzkurs, Theatervorführung, Schwimmbad, Fitness-Studio oder einfach ein Spaziergang auf dem Sonnendeck, alles vermittelt dem Reisenden eine angenehme Urlaubsatmosphäre. Die der Höhe nach drei Stockwerke einnehmende Einkaufsmeile hat zudem mehrere atmosphärisch bis leicht kitschig eingerichtete Cafés, Restaurants und Kneipen, von deren Sitzplätzen aus man die an einem vorbei flanierenden anderen Gäste beobachten kann.



Das Rathaus in Oslo: Schönheit und Imposanz gehen hier nicht Hand in Hand. Foto: Bel

Nach einem reichhaltigen Buffet mit Aussicht auf die bergig karg-grüne Küste Norwegens mit den für diese Region so typischen rot-weißen oder blau-weißen Holzhäusern läuft man gegen 10 Uhr im Hafen von Oslo ein.

Oslo selbst ist eine hübsche, 500 000 Einwohner zählende Stadt. Großstädtisches Flair oder gar der Puls einer europäischen Metropole sind hier nicht zu spüren, dafür strahlt die Stadt aber eine angenehme Ruhe ohne jegliche Hektik aus. Die Sehenswürdigkeiten sind fast alle zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Wer geradewegs vom Schloß am Nationaltheater und Parlament vorbei zur Kathedrale geht, hat das Zentrum Oslos schon schnell durchschritten. Auf dem Weg Richtung Hafen kann man die Festung Åkershus besichtigen oder sich fragen, ob man das Rathaus der norwegischen Hauptstadt nun beeindruckend oder unsagbar häßlich finden möchte. Schön ist es auf jeden Fall nicht, dieser sowjetisch anmutende Koloß mit zwei Türmen und zahlreichen Figuren, die einem Arbeiter- und Bauernstaat alle Ehre machen würden.

Vorbei am Friedensnobelpreiscenter zur Åker Brygge gegenüber der Festung laden gemütliche Restaurants zum Draußensitzen ein – wenn nur die norwegischen Preise einem nicht auf den Magen schlügen.

Die im Bau befindliche Hafen-City bietet einen angenehmen Gegenpol zu der klassischen Architektur in der Altstadt. Dieser Stadtteil wird schon jetzt berechtigterweise zu einem Szeneviertel und Touristenmagneten, da zahlreiche Restaurants mit Blick auf modernes, aber keineswegs kühles Design Abwechslung verschaffen.

Die mit öffentlichen Verkehrsmitteln schnell zu erreichende Museumsinsel Bygdoy ist ebenfalls einen Besuch wert. Die Seefahrernation Norwegen bietet hier vor allem Schiffsliebhabern so manche Einblicke in diesen Teil der Geschichte des Landes. Natürlich dürfen die Wikinger hier nicht fehlen.

Mit einer kleinen Fähre kann man von hier aus wieder zum Hafen vor dem Rathaus zurückfahren, sich vor dem Nationaltheater in die Sonne setzen und Oslo auf sich wirken lassen.

Auch eine Fahrt mit der S-Bahn zur Ski-Sprungschanze Holmenkollen ist möglich. Schon wenn man unten steht, bekommt man Höhenangst. Zwar kann man nicht ganz oben auf die Schanze hinauf, aber ein Simulator vermittelt einen Eindruck davon, in welche Tiefen sich die Sportler hinabstürzen.

Wer sich beim Anblick des Rathauses entschieden hat, das Bauwerk positiv zu bewerten, wird auch den 212 Skulpturen aus Stein und Bronze im Vigelandspark etwas abgewinnen können. Die 600 nackten, teilweise ineinander verschlungenen Figuren sind Geschmackssache.

Norwegens Hauptstadt bietet zahlreiche Eindrücke, ohne den Besucher mit Impressionen zu überfrachten. Alles geht hier seinen gemächlichen Gang, gewürzt mit „skandinavischer Exotik". Wer mit der „Color Fantasy" oder der „Color Magic" anreist, verstärkt noch den Erholungseffekt, denn der Luxus an Bord tut auch der Seele gut. Allerdings ist die viertägige Flucht aus dem Alltag mit Überfahrt in einer Doppelkabine mit Meerblick, einer Übernachtung in Oslo in einem Drei-Sterne-Thon-Hotel, jeweils mit Frühstücks-Buffet, mit rund 650 Euro für zwei Personen nicht gerade günstig, zumal die Ausgaben in Oslo und auf dem Schiff für Mittag- und Abendessen hinzukommen.

Der Preis dürfte wohl ein Grund sein, warum mehr Senioren als Familien mit Kindern auf den Schiffen zu finden sind, da es junge Leute für ähnlich viel Geld dann eher in den Süden zieht. Doch immer Türkei oder Mallorca ist auch langweilig, da bietet eine kurze, vergleichsweise luxuriöse Schiffsreise doch eine willkommene Alternative.

MELDUNGEN

Frankreich wirbt um Gäste

Sedan – An der belgischen Grenze, etwa 130 Kilometer von Aachen entfernt, liegt eines der ältesten Gebirge Europas, die Ardennen. Sechs hervorragend ausgeschilderte touristische Straßen bieten ideale Möglichkeiten, die grüne Oase im Nord-Osten Frankreichs kennenzulernen. So führt die Straße der Festungen (140 Kilometer) etwa nach Sedan, einst Europas größte Festungsanlage und heute unter anderem Hotel, erlaubt die Rimbaud-Verlaine-Straße (150 Kilometer) eine wahre Pilgertour auf den Spuren der großen Literaten, gibt die Straße der Wälder, Seen und Abteien einen tiefen Einblick in das (Wohl-)Leben der Ordensbrüder von einst. Mit hervorragenden Führern zum Wandern und Radfahren sowie Broschüren auf Deutsch und Englisch wirbt die Region um ausländische Gäste. Kostenlos erhältlich beim deutschsprachigen Tourismusbüro CDT Ardennes, 22-24 Place Ducale BP 419, F-08107 Charleville-Mézières Cedex, www.ardennes.com. *H. S.*

Mit dem Rad durch Meck-Pom

Schwerin – Mit 2300 Kilometern Fernwegen und 5500 Kilometern Radrundtouren von 100 bis 400 Kilometern ist Mecklenburg-Vorpommern ein wahrer Liebling der Radler. Neu ist der rund 350 Kilometer lange Radfernweg Berlin–Usedom zu den Kaiserbädern Ahlbeck, Bansin und Heringsdorf, eine besondere Empfehlung der Schlösser-Rundweg. Die neue Broschüre „Mit dem Rad durch den Norden" gibt neben den Tourempfehlungen auch Tips zu Sehenswürdigkeiten entlang der Strecken und nennt Übernachtungsstätten. Die Radbroschüre kann beim Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern unter der Rufnummer (01 80) 50 00 223 kostenlos bestellt werden. Weitere Informationen unter www.auf-nach-mv.de/radwandern. *H. S.*

Seekonzert mit Buffet

Dessau – Bis September erwartet Besucher im Gartenreich Dessau-Wörlitz in Sachsen-Anhalt ein „Fest der Sinne". An den Wochenenden stehen in den Parks und Schlössern der von der Unesco unter Schutz gestellten Kulturlandschaft Veranstaltungen auf dem Programm. Die Palette reicht vom Seekonzert mit Büfett über den italienischen Abend im Barockschloß bis zu einem Wandelkonzert. *ddp*

Essen im Flugzeug

Nicht immer ist die Verpflegung kostenlos

Die Bordverpflegung im Flugzeug genießt keinen besonders guten Ruf. Es gibt zwar von Fluggesellschaft zu Fluggesellschaft einige Unterschiede – kulinarische Höhepunkte darf man jedoch nicht erwarten. Trotzdem: Wer frühzeitig am Flughafen sein mußte und dann noch mehrere Stunden im Flugzeug sitzt, bekommt irgendwann Hunger und Durst. Dabei ist die kostenlose Verpflegung keine Selbstverständlichkeit mehr. „Vor allem bei den als Billigflieger bekannten Airlines müssen Wasser, Brötchen und Co. grundsätzlich bezahlt werden", sagt Christian Krause, Vorstand beim Deutschen Reisering e.V.

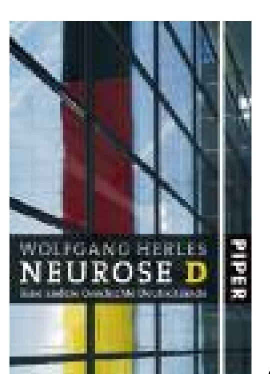
Dafür muß man dann recht tief in die Tasche greifen: Eine kleine Flasche Mineralwasser kostet schon mal drei Euro, ein Sandwich sogar fünf Euro. Auch bei den Chartergesellschaften ist schon länger nicht mehr alles umsonst, vor allem alkoholische Getränke müssen fast immer bezahlt werden. Und bei manchen ist auf Kurzstrecken die Verpflegung ebenfalls nicht mehr inklusive.

Doch das muß kein großes Problem sein, denn „es ist nicht verboten, sich selbst Proviant mitzubringen", sagt Krause. Wer sich allerdings für eine Langstrecke zum Beispiel Obst einpackt, sollte dieses vor der Ankunft verzehrt haben: In vielen Ländern ist die Einfuhr von bestimmten Lebensmitteln verboten.

Schwieriger ist es schon, wenn man nichts für teure Getränke ausgeben will, denn eine volle Wasserflasche bekommt man nicht durch die Sicherheitskontrolle. Tipp: „Gegen leere Flaschen hat niemand etwas. Und zumindest in Deutschland kann man diese nach dem Sicherheitscheck mit Leitungswasser auffüllen."

Manche Fluggäste können oder wollen aus gesundheitlichen, ethischen oder religiösen Gründen die übliche Bordverpflegung nicht essen. Vor allem Linienfluggesellschaften bieten für diesen Fall kostenlos besondere Menüs an. „Diese muß man jedoch rechtzeitig vor dem Flug bestellen", sagt Reiseprofi Krause. Je nach Airline gelten dafür Fristen von 24 bis 72 Stunden vor dem Abflug.

Wer sich auf dem Flug auch in der Economy-Class ein wenig Luxus gönnen möchte, kann sich bei manchen Airlines sogenannte Gourmet-Menüs servieren lassen. Sie sind jedoch nicht ganz billig und müssen ebenfalls vor dem Flug bestellt werden. Diese Bestellungen übernehmen oft die Reisebüros – teilweise gegen eine geringe Gebühr. Man kann sie aber auch selbst direkt bei der Airline anfordern. *ddp*



Nur eigene Meinung

ZDF-Herles enttäuscht

Dies ist ein überflüssiges und enttäuschendes Buch. Überflüssig, weil uns „Neurose D“ zwar eine „andere Geschichte Deutschlands“ verspricht, aber lediglich altbekannte Gemeinplätze verbreitet. Enttäuschend, weil man von dem Autor, dem Leiter und Moderator des Kulturmagazins „aspekte“ im ZDF, eigentlich Erfrischenderes gewohnt ist. Insbesondere sein letztes Werk „Nun wählt mal schön“ hat man mit deutlich größerem Vergnügen gelesen.

Herles erzählt auf knapp 300 Seiten noch einmal die Geschichte von der Besatzungszeit 1945 bis 1949, über die Bonner hin zur Berliner Republik. Irgend etwas Neues, das man in anderen Büchern über diese Zeit nicht finden könnte, liefert der Autor nicht – er beglückt uns nur mit seiner Meinung.

Schlecht gelaunt versucht Herles darzulegen, daß die vergangenen 50 oder 60 Jahre eben keine Erfolgsgeschichte gewesen seien. Nun gut, alles ist sicher nicht prima gelaufen. Doch wenn man gerecht bleibt und die alte und um die neuen Länder erweiterte Republik mit dem Kaiserreich, der Weimarer Republik oder dem „Dritten Reich“ vergleicht, dann ist eben doch nicht alles schiefgelaufen in dieser Zeit. Herles gibt hier nicht den viel bemühten „Querdenker“, sondern den journalistischen Besserwisser, der zu allem eine Meinung hat – und selbstverständlich die richtige.

Allzu bemüht ist auch seine These, daß die Deutschen quasi im Kollektiv allesamt neurotisch seien. Herr Herles hat sich irgendwann hingesetzt, nach einer originellen These gesucht und dann auf Biegen und Brechen sein Büchlein auf diese These hin geschrieben. Zumindest hat man den Eindruck beim Lesen, das einem von Seite zu Seite schwerer fällt. Ja, wir wissen, daß „die“ Deutschen ein komisches Verhältnis zum Staat haben, die Freiheit oft geringer achten als Sicherheit und Gerechtigkeit. Wir wissen, daß bei der Reform des Rentensystems einiges aus dem Ruder gelaufen ist, daß Helmut Kohl bei der Herstellung der deutschen Einheit nicht alles richtig gemacht hat und daß wir ein demographisches Problem haben. Doch das haben wir alles an anderer Stelle schon wesentlich origineller und vor allem nicht so oberflächlich gelesen. Und mit der Nation haben wir selbstverständlich ein Problem, wobei einen manchmal der Eindruck beschleicht, daß dies vor allem für Journalisten und sogenannte Intellektuelle gilt.

Und selbst so richtig böse und polemisch wird der an den deutschen Neurosen leidende Herles nicht. Am Ende schreibt er zum Beispiel: „Deutschland prämiert also hohe Geburtenraten in der Unterschicht“. Taugt das zum Aufreger? Wohl kaum, weil die meisten Leser auf Seite 268 schon eingeschlafen sein werden. Und letztlich wird man auch den Verdacht nicht los, daß der erfahrene Publizist, Buchautor und Fernsehmann dieses Werk nur zu Ende geschrieben hat, weil er es irgendwann mal angefangen hat. Der Piper-Verlag hat das Buch gedruckt. Er hätte es nicht tun müssen. Wer viel freie Zeit hat, mag es lesen. *A. Lange*

***Wolfgang Herles: „Neurose D – Eine andere Geschichte Deutschlands“**, Piper-Verlag: München 2008. 303 Seiten, 19,90 Euro*



Überall nur Anarchie

H.-J. Löwer bereiste Simbabwe und sprach auch mit enteigneten Weißen

„Dieses Buch verstößt gegen die political correctness“, mit diesen Worten beginnt der Journalist Hans-Joachim Löwer sein neuestes Buch „Im Land des Hasses – Undercover durch Simbabwe“. Und er fährt fort: „Es bedient nicht die vertrauten Denkmuster, wonach das Elend Afrikas eine Folge des Sklavenhandels und der kolonialen Ausbeutung, der willkürlichen Grenzziehungen und der politischen Entmündigung durch weiße Eroberer ist. Stattdessen beschreibt es einen ‚clash of cultures‘, in dem Schwarze die Täter und Weiße die Opfer sind. Dieses Buch ist auch nicht ausgewogen. Das kann es schon deswegen nicht sein, weil Simbabwe eine freie, ungehinderte Recherche nicht möglich macht.“

Dem Autor ist in vielen Punkten zuzustimmen. Ja, sein Buch ist keineswegs ausgewogen, da die meisten seiner Gesprächspartner enteignete Weiße waren, die natürlich ihre eigene Sicht auf die Dinge haben. Allerdings hatte Hans-Joachim Löwer auch keine Möglichkeit, offiziell in seiner Funktion als Journalist Interviewpartner zu suchen, denn dann wäre er vermutlich früher oder später wohl im Gefängnis gelandet. Angesichts der angespannten Lage in dem Land, das 2007 immer noch vollständig unter der Fuchtel von Robert Mugabe stand, sogar eher früher. Also reiste Löwer offiziell als Rucksacktourist durch das Land, was ihn allerdings auch schon verdächtig machte, denn Touristen sind in dem krisengeschüttelten Land eine Rarität geworden.

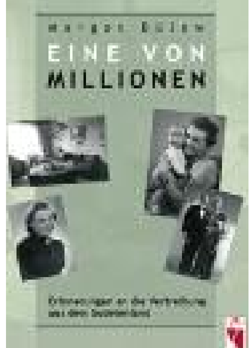
Spannend wie in einem Krimi schildert der 60jährige die Geschichte Simbabwes. Er beginnt mit einem Besuch des monumentalen „Heroe’s Acre“, einem riesigen Bronzerelief, das die Befreiung Simbabwes aus weißer Hand durch Robert Mugabe nachzeichnet. Der Ruhmesplatz vor den Toren der simbabwischen Hauptstadt Harare stellt Mugabe als weisen, mächtigen, alles überragenden Mann dar, doch die Bilanz seiner über ein Vierteljahrhundert währenden Regierungszeit ist deutlich weniger glorreich, als es die Gedenkstätte Glauben machen will. Löwers chronologische Nacherzählung der geschichtlichen Ereignisse Simbabwes wird immer wieder von Reportagen über Löwers Reiseetappen unterbrochen. Meistens trifft er jedoch nur auf verwaiste Farmen, wildüberwucherte Felder, arbeitslose Schwarze, frustrierte, enteignete Weiße und wenig Hoffnung. Die verschiedenen Enteignungsschicksale lassen den Leser immer wieder vor Wut die Fäuste ballen, und wenn Löwer dann nachzeichnet, daß Mugabe lange als Hoffnungsträger galt und man ihn fast bis vor wenigen Jahren ohne internationale Kritik hat gewähren lassen, dann kommt Unglaube hinzu. Denn Mugabe stürzte mit seiner Enteignungspolitik ja nicht nur die Weißen, sondern auch die Schwarzen ins Elend, da die wenigsten der neuen Inhaber wußten, wie sie Ertrag aus ihrem neuen Besitz ziehen konnten. So verkamen die Ländereien und die Landarbeiter wurden arbeitslos.

Die wenigen Farmen, die im Besitz von Weißen verblieben sind, werden ausgequetscht, indem die Inhaber stets gebeten werden, zu Parteifesten und ähnlichem Produkte kostenlos zu liefern. Zudem fehlt es an Arbeitern, da die einen der Meinung sind, sie hätten es nicht nötig, für Weiße zu arbeiten, und sich alles zum Leben Nötige durch gelegentliche Übergriffe auf Farmen illegal beschaffen. Die anderen sind ins Arbeitsplätze bietende Südafrika ausgewandert oder zählen zu dem Drittel der Bevölkerung Simbabwes, der an Aids erkrankt ist und eher zur Belastung denn zur Hilfe auf den Plantagen geworden ist.

Löwer schildert zudem erschreckende Ergebnisse, die die Anarchie im Lande mit sich bringt: spontane Gewaltattacken gegen Farmer, aber auch Schwarze. Der Autor spricht unter anderem mit einer 19jährigen, die mehrfach vergewaltigt wurde und infolgedessen mit HIV infiziert wurde.

Ja, Hans-Joachim Löwers spannendes Buch „Im Land des Hasses“ ist keineswegs ausgewogen, aber das krisengeschüttelte Simbabwe selbst ist auch alles andere als ausgewogen. *Rebecca Bellano*

***Hans-Joachim Löwer: „Im Land des Hasses – Undercover durch Simbabwe“**, Herbig, München 2008, geb., 234 Seiten, 19,90 Euro*



Einmaliges Massenschickal

Sudetendeutsche erinnert an ihre überstürzte Flucht aus der Heimat

„Eine von Millionen“, der Titel ist bereits Aussage genug. Margot Bülow berichtet in ihrem Buch wie sie den Zweiten Weltkrieg, die Flucht aus dem Sudetenland und die Zeit danach erlebte.

„Nun ist es soweit. Der Morgen graut, es dämmert leicht. Lieber Gott, das kannst du doch nicht von uns verlangen. Tu etwas, laß ein Wunder geschehen! Es geschah keines, Gott hörte nichts. Schicksalstag 6. Februar 1945! ... Über der linken Schulter die prall gefüllte Reisetasche, im rechten Arm den Sprößling, der den Teddy ganz fest an sich drückt, so stehe ich vor der Tür, möchte laut schreien, alles kurz und klein schlagen, am liebsten zurückkaufen und daheim bleiben ... Das Barometer zeigt 22 Grad Minus an. Durch hohen Schnee stapfen wir dem Ostbahnhof entgegen. Wir sprechen kein Wort, jeder hängt seinen eigenen Gedanken nach. Die bittere Kälte läßt uns im Eisnebel frösteln.“

Voller Mitgefühl verfolgt der Leser die Flucht der jungen Mutter aus ihrer Heimat, dem Sudetenland. Die überfüllten Züge, die schlechte Lebensmittelversorgung und die mangelnde Hygiene, kaum einer vermag es sich so etwas heute noch vorzustellen wie Margot Bülow es beschreibt.

Über Brünn ging die Fahrt nach Südböhmen zum Schloß Neuhaus, dem Besitz ihrer Tante Else.

Der Aufenthalt auf dem mit Flüchtlingen überfüllten Schloß sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Als Margot Bülow für eine Besorgung in die Stadt ging, bemerkte sie einen Anschlag am Rathaus der Stadt Neuhaus.

„Es dauerte eine geraume Zeit, bis ich mich durch die Menge vorgedrängt hatte. Da stand neben der Eingangstür eine große schwarze Schiefertafel, auf der mit weißer Kreide in Riesenlettern zu lesen war, daß alle Deutschen bis spätestens zwölf Uhr Mitternacht die Stadt Neuhaus zu verlassen hätten und die Grenze überschritten werden müsse. Wer sich weigerte, werde standrechtlich erschossen.“

In Windeseile jagte Margot Bülow damals zurück aufs Schloß und die Flucht ins rettende Österreich begann.

Wie Margot Bülow es schreibt, ist ihre Geschichte nur eine von Millionen, Millionen Menschen, die Ähnliches erlebten. Doch es ist auch ihre persönliche, berührende, individuelle Geschichte, die sie dem Leser in diesem Buch anschaulich darlegt. *A. Ney*

***Margot Bülow: „Eine von Millionen – Erinnerungen an die Vertreibung aus dem Sudetenland“**, Frieling Verlag, Berlin 2007, broschiert, 126 Seiten, 11,80 Euro*



Bildung als Rettungsanker

Wie Deutschland die Integration von Ausländern besser bewerkstelligt

In der jüngsten Vergangenheit haben Vorkommnisse wie die in der Berliner Rütli-Schule oder wie das Auftreten des türkischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik den allermeisten Deutschen die Erkenntnis vermittelt, daß man von dem Multikulti-Wahn Abschied nehmen muß; die Ausländerpolitik steckt in einer tiefen Integrationskrise. Was die Schönredner gepredigt hatten von der angeblichen Bereicherung unserer Kultur durch unkontrollierte Einwanderung, hat sich als ideologisch gesteuerte Propaganda entlarvt.

Wer das immer noch nicht wahrhaben will, der möge zu dem neuen Buch von Stefan Luft, Politikwissenschaftler an der Uni Bremen, vorher Pressesprecher und persönlicher Referent beim Senator für Inneres der Hansestadt Bremen, greifen. „Abschied von Multikulti – Wege aus der Integrationskrise“, so der Titel.

Luft hat sich bereits früher mit dem Buch „Ausländerpolitik in Deutschland – Mechanismen, Manipulationen, Mißbrauch“ als Wissenschaftler und Politiker erwiesen, der den von vielen Medien und Politikern verbreiteten Nebel über die Einwandererpolitik zu durchstoßen unternommen hat, um klare Sicht zu schaffen.

Sein neues Werk bietet zunächst eine kühle Bestandsaufnahme. Mit Recht schreibt er, man hätte die unerfreuliche Entwicklung des Einwanderungszustroms voraussehen können, wenn unsere Regierungen mehr Selbstbewußtsein und daraus sich ergebende Ziele der Ausländerpolitik entwickelt hätten. Verursacht ist die Masseneinwanderung durch die Forderung der Wirtschaft nach billigen Arbeitskräften. Sie wurde von den verschiedenen Bundesregierungen unterstützt und seltsamerweise auch von den Gewerkschaften. Die Türkei war froh, ihren Bevölkerungsüberschuß loszuwerden und dafür Devisen zu erhalten, die von den Auslandstürken, heute auch „Deutschländer“ genannt, von ihrem Lohn in die Türkei überwiesen werden. Die zunächst nur für einen begrenzten Zeitraum in Deutschland vorgesehenen Gastarbeiter wurden dann, ohne daß die Regierungen eingriffen, Einwanderer. Sie ließen ihre Familien nachkommen. Heute besteht der größte Teil der in der Bundesrepublik lebenden Türken aus nachgeholten Familienangehörigen. Zu großzügig wurde auch die Asylgewährung gehandhabt mit der Folge, daß Deutschland 38 Prozent aller nach Europa gekommenen Asylanten aus der Türkei beherbergt.

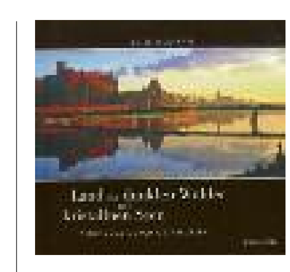
Eine weitere Konsequenz der von den Regierenden auf Druck linker Kräfte immer mehr ausgeweiteten Einwanderung: Während von den Deutschen nur acht Prozent ohne jeden Schulabschluß blieben, sind es bei den ausländischen Schülern fast 20 Prozent. Die Ungelerntenquoten der 15- bis 29jährigen betragen bei ausländischen Staatsangehörigen fast 30 Prozent. bei deutschen nur 8,6 Prozent. Die Arbeitslosenquote bei Ausländern lag 2005 bei 25,5 Prozent.

Begriffen hat man es in Deutschland endlich auch, daß ein großer Teil der Eingewanderten überhaupt nicht die Absicht hat, sich zu integrieren oder gar sich zu assimilieren. Sie leben vielmehr in einer türkischen Parallelgesellschaft, und der türkische Staat unterstützt sie dabei.

Luft empfiehlt als Heilmittel, den Ausländern Bildung, Bildung und noch einmal Bildung zu vermitteln. Das setzt allerdings voraus, daß sie bildungsfähig und bildungswillig sind, was offenbar vielen abgeht. Der Autor verlangt, daß endlich in Deutschland offen über diese Probleme diskutiert werden darf und nicht jeder Kritiker als ausländerfeindlich oder gar als „Neonazi“ diskriminiert wird. Wenn der Frieden in der Bundesrepublik erhalten werden soll, dann müssen die Einwanderer viel mehr eigene Integrationsleistung erbringen, was aber nur Erfolg verspricht, wenn Bundes- und Länderregierungen eine Ausländerpolitik betreiben, die auf einem soliden deutschen Selbstbewußtsein basiert

Ein wirklich exzellentes Buch, dem man weiteste Verbreitung wünscht! *H.-J. von Leesen*

***Stefan Luft: „Abschied von Multikulti – Wege aus der Integrationskrise“**, Verlag Dr. Ingo Resch, Gräfelfing 2007, broschiert, 480 Seiten, 19,90 Euro*



Brillanz der Farben

Ostpreußen als Geschenk

Leuchtend blau spiegelt sich der endlose Himmel im Wasser des Schilling-Flusses und verleiht ihm damit ein königliches Tiefblau. Im herrlichen Kontrast dazu erscheint das Grün des Ufergrases noch intensiver, und die Sonne, die das im Wasser schwimmende Boot bestrahlt, scheint von einer Strahlkraft, die neben Licht eine wollige, aber nicht gleißende Hitze mit sich bringt. Gut, es ist nie einfach, Fotos zu beschreiben, doch dieses Foto von der Elchniederung zeugt von einer Brillanz der Farben der ostpreußischen Landschaft, wie man sie nur selten sieht.

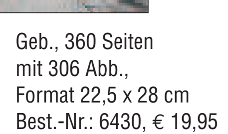
Luise Wolfram, die sich bereits in ihrem im März auch als Hörbuch erschienen Buch „Störche kennen keine Grenzen“ und dem Titel „Unter dem hohen ostpreußischen Himmel“ mit Ostpreußen befaßt hat, kann auch dieses Mal nicht von diesem Landstrich lassen. Und so ist das beschriebene Foto nur eines von vielen, das auf Hochglanzpapier gedruckt, in dem Geschenkbuch „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen – Streifzüge durch Ostpreußen“ einen bleibenden Eindruck der Region hinterläßt. Gedichte und Psalmen sind den schönen Farbfotos beigefügt.

„Freu dich des Tages / der licht beginnt – / blühender Gärten / Birken im Wind. Lied einer Lerche / himmelwärts / überall Leben / noch schlägt das Herz. Wart nicht auf morgen / schau nicht zurück – / genieße der Stunde / greifbares Glück.“ Dieses lebensbejahende Gedicht „Vom Glück des Augenblicks“ von Eva M. Sirowatka steht neben einem herrlichen Foto, das ein älteres Paar auf Gartenstühlen, ein Schiff im Hebewerk auf dem Oberlandkanal in Masuren beobachtend, zeigt. Das einzige, was dem dünnen Geschenkband noch fehlt, wäre vielleicht ein kleines Nachwort zu den Dichtern und den Gründen, warum die Herausgeberin sich gerade für jene Zeilen entschieden hat. *R. Bellano*

***Luise Wolfram: „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen – Streifzüge durch Ostpreußen“**, Brunnen, Gießen 2008, geb., 32 Seiten, 7,95 Euro*

Arno Surminski
Das alte Ostpreußen

Es geschieht nicht alle Tage, dass verloren geglaubte Bilder plötzlich auftauchen und eine vergangene Welt mit ihren Denkmälern, Städten, Kirchen, Landschaften und Menschen zeigen. Dieses „Wunder" ist der früheren Provinz Ostpreußen widerfahren. In den Archiven in Warschau und Allenstein fand man Fotos, die im Auftrag des Königsberger Denkmalamtes Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts angefertigt wurden. Da die Fotografen sich nicht streng an den Auftrag hielten, Kulturdenkmäler abzubilden, sondern auch spielende Kinder und Menschen bei ihrer Alltagsarbeit oder ihren Festen festhielten, entstand ein lebendiges Kaleidoskop jener Zeit. Die schönsten der über 6000 Fotos sind in diesem Band vereinigt. Der in Ostpreußen geborene Schriftsteller Arno Surminski hat dazu erklärende und verbindende Texte geschrieben.



Geb., 360 Seiten
mit 306 Abb.,
Format 22,5 x 28 cm
Best.-Nr.: 6430, € 19,95



Helmut Bachmann
Die Lüge der Klimakatastrophe

Dieses Buch ist nicht nur ein Wirtschafts- und Polit-Krimi, sondern gleichzeitig ein Beleg dafür, wie skrupellose Ausbeuter und Egoisten aus Wirtschaft und Politik Menschen manipulieren und ängstigen, um sie dann auszubeuten.

4. Auflage!

Kart., 254 Seiten
Best.-Nr.: 6314, € 18,90





Ostpreußen-Anstecker-Elchschaufel

Format: 2,5 cm hoch, 2 cm breit
Best.-Nr.: 6604, € 3,95



Astrid von Menges
Orangen für Königsberg

Die dagebliebene
Elvira Syroka erzählt
Geb., 202 Seiten
Best.-Nr.: 6601, € 14,95



Melodien von Memel und Weichsel I



1. Memelland-Lied
2. Es dunkelt schon in der Heide
3. Ach Lieske, komm doch ...
4. Ostpreußen-Marschlied
5. Abend am Haff
6. Ermland-Lied
7. Brunokreuz (Lötzen)
8. Zogen einst fünf wilde Schwäne
9. Gerdauer Lied
10. Reiter, schmuck und fein

Laufzeit: 38:57 Min
Best.-Nr.: 6615, € 15,00

Ostpreußen-/Preußen Schlüsselanhänger

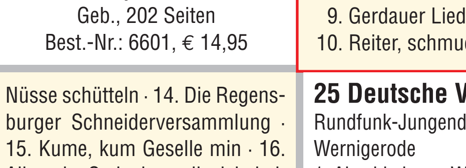
NEU

Ostpreußen-Schlüsselanhänger

Best.-Nr.: 6603, € 4,95

Patricia Clough
In langer Reihe über das Haff

Die Flucht der Trakehner aus Ostpreußen, Geb., 216 Seiten
Best.-Nr.: 4033, € 19,90



Wenn alle Brünnlein fließen

Der Mädchenchor des Rundfunk-Jungendchores Wernigerode singt bekannte Volkslieder

1. Wach auf, meins Herzens Schöne · 2. Drei Laub auf einer Linden · 3. Das Lieben bringt groß Freud · 4. Wenn alle Brünnlein fließen · 5. Die Bäume im Laube · 6. Ich hört ein Sichelein rauschen · 7. Es dunkelt schon in der Heide · 8. Dort niedn in jenem Holze · 9. Es geht ein dunkle Wolk herein · 10. Loreley · 11. Und in dem Schneegebirge · 12. Alle Birken grünen in Moor und Heid · 13. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln · 14. Die Regensburger Schneiderversammlung · 15. Kume, kum Geselle min · 16. All mein Gedanken, die ich hab aus dem „Lochamer Liederbuch", um 1640 · 17. Ich fahr dahin aus dem „Lochamer Liederbuch", um 1640 · 18. Über den Berg ist mein Liebster gezogen 2:19 Volkslied aus Finnland · 19. Soweit die weißen Wolken Volkslied aus Finnland · 20. Green sleeves · 21. Auld lang syne · 22. O du stille Zeit · 23. Abend wird es wieder · 24. Kein schöner Land in dieser Zeit · 25. Der Mond ist aufgegangen

CD

Best.-Nr.: 6618, € 12,95

25 Deutsche Volkslieder

Rundfunk-Jungendchor Wernigerode

1. Abschied vom Walde 0 Täler weit o Höhen, 3.10 · 2. Heidenröslein Sah ein Knab ein Röslein stehn, 1.47 · 3. Ännchen von Tharau, 2.05 · 4. Es flog ein klein-s Waldvögelein, 1.59 · 5. Horch, was kommt von draußen rein, 1.17 · 6. Das Lieben bringt groß Freud, 1.57 · 7. Mein Mädel hat einen Rosenmund, 1.42 · 8. Flieg hin, flieg her, Waldvögelein, 1.59 · 9. Wenn alle Brünnlein fließen, 1.57 · 10. Rätsellied Ach, Jungfer, ich will ihr was auf zu raten geben, 4:13 · 11. Ich armes Käuzlein kleine 2.34 · 12. Spinn, spinn, meine liebe Tochter, 2.37 · 13. Geh aus mein Herz, und suche Freud, 2.20 · 14. Wohlan, die Zeit ist kommen, 3.07 · 15. Kein schöner Land in dieser Zeit, 2.17 · 16. Im schönsten Wiesengrunde, 2.17 · 17. Es waren zwei Königskinder, 2.35 · 18. Wiegenlied Guten Abend, gut Nacht, 1.41 · 19. Wenn ich ein Vöglein wär, 1.23 · 20. Der Lindenbaum Am Brunnen vor dem Tore, 2.18 · 21. Wahre Freundschaft, 1.37 · 22. Kein Feuer, keine Kohle, 1.20 · 23. Der Mond ist aufgegangen, 3.46 · 24. Sandmännchen Die Blümelein, sie schlafen, 2.11 · 25. Ade zur guten Nacht, 4.18

CD

Laufzeit: 59:13 Min.,
Best.-Nr.: 6617, € 12,95

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

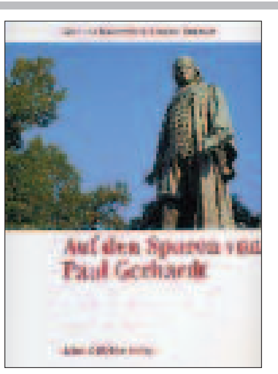
Oliver Reckmann empfiehlt

Peter Ploog
Ostpreußische Küche

Hat's geschmeckt? – Ja.
Bist du satt? – Ja.
Willst du mehr? – Ja.

Dieses alltägliche Fragespiel zwischen Ostpreußen lässt schon erahnen, wie schwer dem Genießer die Zurückhaltung fällt angesichts der vielen köstlichen Speisen, mit denen die Küche Ostpreußens aufwartet. Betenborschtsch, Königsberger Klopse, Quarkklößchen, Kümmelfleisch, Buttermilchflinsen, Mohnstriezel, Glumstorte – mit diesem kleinen Kochbuch wird der Versuch unternommen, etwas scheinbar unwiederbringlich Verlorenes festzuhalten. Alte Rezepte wurden wiederentdeckt und zum Teil unserer Zeit angepasst. Ziel dieses Buches ist es, die Wiederbegegnung mit einer untergegangenen Welt möglich zu machen, eine Feinschmeckerreise in die Vergangenheit zu unternehmen und dabei auch ein wenig Landeskunde zu betreiben. Letztlich sind es die Menschen und ihre Heimat, die auch in überlieferten Rezepten ihre Spuren hinterlassen und weiterleben. Begleiten Sie uns auf eine Reise in die kulinarische Vergangenheit!

Gebunden,
durchgehend farb. Abbildungen,
128 Seiten,
Format: 19 x 24 cm
Best.-Nr.: 6233,
€ 7,95



Gert von Bassewitz/
Christian Bunners
Auf den Spuren von Paul Gerhardt

Eine Bildreise, Geb., 96 Seiten mit 50 Abb., Format: 24 x 32 cm
Best.-Nr.: 6088, € 14,95



Michael A. Hartenstein
Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie

„Westverschiebung" und „Umsiedlung" – Kriegsziele der Alliierten oder Postulat polnischer Politik?
Best.-Nr.: 5996, € 24,90

Henning von Löwis of Menar
Mythos Königsberg oder alle Wege führen zu Kant, Hörbuch

Dieses Hörbuch vereint erstmals die Produktionen »Alle Wege führen zu Kant«, »Die Geheimnisse von Fort Nr. 3«, »Das verschüttete Herz von Königsberg« und »60 Jahre am Pregel – Leben und Überleben im russischen Königsberg«, die vom Deutschlandfunk zuerst ausgestrahlt wurden. Sie erscheinen zum 750-jährigen Jubiläum der Stadt Königsberg im August 2005.
Musik: Instrumental Knut Bekker/Jens Naumilkat »Ännchen von Tharau« aus »Reise durch Ostpreußen«/Johann Gottfried Walther (1684-1748) »Schmücke dich, liebe Seele« und »Christus, der ist mein Leben« aus »Die Orgel des Doms in Kaliningrad klingt wieder«. Interpret: Kantpreisträger Witalij Wassiljew.

Hörbuch

1 CD Gesamtspieldauer
1:16:19, 7 Tracks
Best.-Nr.: 6616, € 9,80

ANDREAS KOSSERT
Kalte Heimat

Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945



Nicht willkommen. Die Vertriebenen nach 1945 in Deutschland.
Mit diesem Buch bricht der Autor ein Tabu: Er erschüttert den Mythos der rundum geglückten Integration der Vertriebenen nach 1945. Erstmals erhalten wir ein wirklichkeitsgetreues Bild von den schwierigen Lebensumständen der Menschen im »Wirtschaftswunderland«.
Nach dem Zweiten Weltkrieg flohen mehr als 14 Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten, der überwiegende Teil in die westlichen Besatzungszonen. Diejenigen, die Flucht und Vertreibung überlebt hatten, fühlten sich von ihren deutschen Landsleuten aber nicht aufgenommen, sondern ausgegrenzt. Während die einen schon alles verloren hatten, sahen sich die anderen nun dem gewaltigen Zustrom der »Fremden« ausgesetzt, der das soziale Gefüge Restdeutschlands auf den Kopf stellte. Vorurteile und der mit dem Lastenausgleich aufkommende Neid zogen einen tiefen Graben durch die deutsche Gesellschaft. Ohne die Vertriebenen, die mit Nichts begannen, hätte es jedoch ein »Wirtschaftswunder« nicht gegeben, sie waren ein wichtiger Motor der Modernisierung in der Bundesrepublik. So wurden sie zwar als Wähler heftig umworben und politisch von allen Seiten instrumentalisiert, zugleich aber mit ihren tiefen Traumatisierungen alleingelassen.
Andreas Kossert hat die schwierige Ankunftsgeschichte der Vertriebenen umfassend erforscht und beleuchtet erstmals diesen blinden Fleck im Bewusstsein der deutschen Nachkriegsgeschichte. In seinem Buch beschreibt er eindrucksvoll die Erfahrungen derjenigen, die durch den Krieg entwurzelt wurden und imOmense Verluste erlitten haben, und fragt nach den materiellen und seelischen Folgen für die Vertrieben und deren Nachkommen.

Gebundenes Buch,
432 Seiten
Best.-Nr.: 6558, € 24,95

Unsere Musikempfehlung

Schlaf, Kindlein, schlaf,

Schlummerlieder für Klein und Groß

Schlaf, Kindlein, schlaf · Sandmann, lieber Sandmann · Schlafe, mein Prinzchen · Leise, Peterle, leise · Kindlein mein · Der Mond ist aufgegangen · Guter Mond, du gehst so stille · Wer hat die schönsten Schäfchen · Wo schlafen die Hasen · Suse, liebe Suse · Summ, summ, summ · Laterne, Laterne · Wiegenlied (Guten Abend, gut? Nacht) · Heidschi Bumbeidschi · In einem kleinen Apfel · Ich geht mit meiner Laterne · Susuu, mei Kind, deck de Baaneln schie zu · Abend wird es wieder · Schlafe, schlafe, holder süßer Knabe · Weißt du, wieviel Sternlein stehen · Ade zur guten Nacht · Die Blümelein, sie schlafen
RUNDFUNK-KINDERCHOR BERLIN, Leitung: Manfred Roost; RUNDFUNK-JUGENDCHOR, WERNIGERODE, Leitung: Friedrich Krell; PHILHARMONISCHER KINDERCHOR DRESDEN Leitung: Jürgen Becker
Best.-Nr.: 6582, € 12,95

CD

Hopp, Hopp, Hopp

Lieder für unsere Kleinsten
Hopp, hopp, hopp, Pferdchen, lauf Galopp, Ward ein Blümchen mir geschenket (Taler, Taler, du musst wandern), Der Vogel singt, die Katze schnurrt, Kommt ein Vogel geflogen, Kuckuck, ruft?s aus dem Wald, Die Sieben Mücklein, Es tanzt ein Bi-Ba-Butzemann, Ringelringelreihe, Liebe Schwester, tanz mit mir, Seht alle her - wir tanzen, Tanz, tanz, Gretelein, Widewenne heißt meine Puthenne, Ich war mal auf dem Dorfe, Ei, ei, ei ihr Hühnerchen, Käfer, du gefällst mir sehr, Auf dem Karussell, Hampelmann, Strampelmann, Der Kleine Musikant, Frau Tausendfuß heut Wäsche hat, Zeigt her eure Füße, In der kleinen Waschmaschine, Die Wäsche tanzt im Sommerwind, Der Schuster, Was ist das für ein Wetter heut, Ich bin ein Bäumchen winzigklein, Tausendschönchen blühn nicht mehr, Gestern abend ging ich aus, Mein Püppchen ist müde, Der Wolf und die sieben Geißlein, Ein Männlein steht im Walde, Juchhe, ich bin ein Schulkind !
RUNDFUNK-KINDERCHOR BERLIN , Dirigent: Manfred Roost, RUNDFUNK-KINDERCHOR LEIPZIG, Dirigent: Hans Sandig, KINDERCHOR DER MUSIKSCHULE BERLIN-LICHTENBERG, Dirigentin: Karola Marckardt
Laufzeit: 42:44 Min
Best.-Nr.: 6461, € 12,95



Alle Vögel sind schon da

25 Frühlings- und Wanderlieder
Alle Vögel sind schon da, Der Winter ist vergangen, Jetzt fängt das schöne Frühjahr an, Nun will der Lenz uns grüßen, Wohlauf, die Luft geht frisch und rein, Komm, lieber Mai, und mache Der Mai ist gekommen, Der Frühling hat sich eingestellt, Frühlingszeit, Die Zither lockt, die Geige singt, Es zogen auf sonnigen Wegen, Kuckuck, Kuckuck, ruft's aus dem Wald, Der Frühling zündet die Kerzen an, Leise zieht durch mein Gemüt, So sei gegrüßt vieltausendmal, Ich ging durch einen grasgrünen Wald, Dieser Kuckuck, der mich neckt, Kommt in den Wald, Es tönen die Lieder (Kanon-Quodlibet), Das Wandern ist des Müllers Lust, Auf, du junger Wandersmann, Es geht eine helle Flöte, Wenn die bunten Fahnen wehen, Jetzt kommen die lustigen Tage, Nun ade, du mein lieb Heimatland
RUNDFUNK-JUGENDCHOR WERNIGERODE, Dirigent: Friedrich Krell, DRESDNER KREUZCHOR, Dirigent: Martin Flämig, RUNDFUNK-KINDERCHOR BERLIN, Dirigent: Manfred Roost STUDIOCHOR BERLIN, Dirigent: Rolf Lukowsky
Best.-Nr.: 6584, € 12,95

CD

Die schönsten Traditions-Märsche

CD 1: 1. Tölzer Schützen Marsch (Musikkapelle Wallgau), 2. Erzherzog-Albrecht-Marsch (Blaskapelle Bad Bayersoien), 3. Der Zauber der Montur (Orig. Hoch-und Deutschmeister), 4. Alte Kameraden (Musikkapelle Wallgau), 5. Flieger Marsch (Blaskapelle Bad Bayersoien), 6. Gruss an Kiel (Oberammergauer Blasmusik), 7. Jetzt geht's los (Orig. Hoch-und Deutschmeister), 8. Wien bleibt Wien (Marktmusik Ostermiething), 9. Furchtlos und treu (Musikkapelle Kiefersfelden), 10.Generalstabs-Marsch (Militärmusik Steiermark), 11. Einzug der Gladiatoren (Orig. Hoch-und Deutschmeister), 12. Die Regimentskinder (Grenzlandtrachtenkapelle Mureck), 13. Mir san die Kaiserjäger (Militärmusik Tirol), 14. Castaldo-Marsch (Militärmusik Steiermark), 15. Von der Tannmusik Marsch (Oberammergauer Blasmusik), 16. Kärntner Liedermarsch (Musikkapelle Wallgau), 17. Bozner Bergsteiger Marsch (Blaskapelle Bad Bayersoien), 18. Der alte Dessauer (Patscherkofel Buam), CD 2: 1. Florentiner Marsch (Blaskapelle Bad Bayersoien), 2. Unter der Admiralsflagge (Musikkapelle Wallgau), 3. Schönfeld Marsch (Musikkapelle Kiefersfelden), 4. Schneidig vor (Musikkapelle Mittenwald), 5. Radetzky-Marsch (Orig. Hoch-und Deutschmeister), 6. Dem Land Tirol die Treue (Musikkapelle Villnöss), 7. Graf Zeppelin Marsch (Oberammergauer Blasmusik), 8. Bayerischer Defiliermarsch (Blaskapelle Bad Bayersoien), 9. Mussinan Marsch (Musikkapelle Wallgau), 10. Mein Regiment (Musikkapelle Böbing), 11. 92er Regimentsmarsch (Marktmusik Ostermiething), 12. Oh, du mein Österreich (Militärmusik Steiermark), 13. Unter dem Doppeladler (Orig. Hoch-und Deutschmeister), 14. Deutschmeister-Regimentsmarsch (Militärmusik Steiermark), 15. 83er Regimentsmarsch (Orig. Hochund Deutschmeister), 16. Bruckerlager Marsch (Zollwachmusik Steiermark), 17. 99er-Regimentsmarsch (Orig. Hoch- und Deutschmeister), 18. Tiroler Holzhackerbuab'n (Blaskapelle Bad Bayersoien)

2 CDs

Laufzeit: 1.41.39 min
Best.-Nr.: 6578, € 19,95



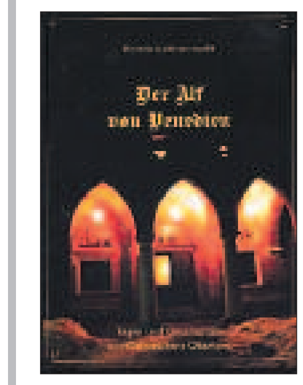
Kersten Radzimanowski
Schalgendorfer Chronik

Geb., 263 Seiten,
mit zahlreichen Fotos
und Abbildungen
Best.-Nr.: 6599, € 43,00



Kersten Radzimanowski
Wir vom Geserich – Aus Ostpreußens Oberland

Geb., 368 S., m. Fotos, Karten, Ortsplänen u. Einwohnerlisten
Best.-Nr.: 6592, € 53,00



Kersten Radzimanowski
Der Alf von Venedien

Sagen und Geschichten
Geb., 220 Seiten, mit zahlr. Fotos und Lageplänen
Best.-Nr.: 6600, € 37,00

Achtung! Neue Adresse Achtung!

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 22/08
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4,00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

Marinebegeisterter Preußenprinz

Friedrich Wilhelms IV. am 6. Juni 1873 verstorbener Vetter Adalbert gilt als der Gründer der deutschen Marine

Von MANUEL RUOFF

Prinz Adalbert war anders als andere Prinzen aus dem Herrscherhaus der traditionellen Landmacht Preußen. Er war marinebegeistert. Natürlich stellt sich bei dieser Besonderheit die Frage nach dem Warum. In die Wiege gelegt war ihm seine Leidenschaft nicht. Am 29. Oktober 1811 kam Heinrich Wilhelm Adalbert wie viele andere Preußenprinzen vor und nach ihm im Berliner Schloß zur Welt. Seine Eltern waren Prinz Wilhelm, der jüngste Bruder von König Friedrich Wilhelm III., und Prinzessin Marianne von Hessen-Homburg .

„Wenn er den Stift braucht, ward's gewöhnlich ein Schiff“, heißt es vielsagend über den jungen Adalbert. Im Jahre 1820 erwarb die Familie das Schloß Fischbach im schlesischen Riesengebirge. Zu dem Anwesen gehörte auch ein etwa 100 mal 100 Meter großer Teich, auf dem Adalbert mit Vorliebe eine Spielzeugflotte schippern ließ. Zu seinen Spielgefährten gehörte der junge Graf Julius von der Groeben, der wohl auch das eine oder andere Mal von den Seeabenteuern seines berühmten Ahnen Otto Friedrich von der Groeben, dem Gründer von Groß-Friedrichsburg, erzählt haben mag. Viel Verständnis für seine Marinepassion fand Adalbert bei einem berühmten Nachbarn seiner Eltern, August Neidhardt von Gneisenau. Der preußische Militärreformer und Stratege, der das benachbarte Schloß Erdmannsdorf bewohnte, wußte um die Bedeutung einer Flotte für eine Großmacht.

Für Adalbert war Großbritannien ein Vorbild

Adalberts militärische Ausbildung begann bei der Infanterie. Nach einigen Jahren landete er schließlich bei der Artillerie – ein Zufall? Von allen Infanterieerkenntnissen sind die eines Artilleristen zweifellos noch am ehesten auf hoher See zu verwenden. Hier stieg er bis 1843 bis zum „Ersten General-Inspekteur der Artillerie“ auf. Neben dem Artilleriedienst blieben Adalbert auch ohne Flotte diverse Gelegenheiten, zur See zu fahren. 1834 fuhr er mit seinem Vetter, dem Kronprinzen, auf Einladung des Zaren auf einer russischen Korvette von Memel nach Kronstadt. Auf einem österreichischen Kriegsdampfer fuhr er mit Erzherzog Johann von Sewastopol über Konstantinopel, Smyrna, Athen und Korfu bis Triest. Die Möglichkeit zu einer Überseereise bot die Verleihung des höchsten preußischen Ordens, des Schwarzen Adlerordens, an Kaiser Peter II. im Jahre 1842. Angesichts der Bedeutung dieser Auszeichnung und des Ausgezeichneten war als Überbringer ein Prinz gerade gut genug. Adalbert war begeistert, als die Wahl auf ihn fiel: „Eine größere Seereise war das Hauptmotiv, das mich hinaus ins Weite trieb, denn eine solche gehörte fast von Kindheit an zu meinen Lieblingswünschen, während meine rege Phantasie von den Wundern der Tropenwelt angezogen, diesem Streben eine bestimmtere Richtung gab.“ Für die Überfahrt bedienten sich die Preußen der freundlichen Dienste der Italiener, in concreto des Königs von Sardinien, der ein Schiff zur Verfügung stellte.

Ähnlich dem gleichfalls flotteninteressierten Peter dem Großen hatte auch Adalbert bereits als junger Prinz im Jahre 1832 mit den Niederlanden eine gestandene Seefahrernation zu Studienzwecken aufgesucht. Viel mehr noch als schon zu Zeiten des Zarewitschs hatte Großbritannien jedoch den Holländern den Rang als führende Seehandelsnation abgelaufen. Noch im selben Jahr machte Adalbert auch den Briten seine Aufwartung. Zu dieser Zeit beherrschte Britannien die Weltmeere. Und es war Adalbert ein großes Vorbild. Die britische Prägung der späteren preußisch-deutschen Seestreitkräfte geht nicht zuletzt auf Adalbert zurück. Das fängt bei der Übernahme des britischen Marineblaus bei den Marineuniformen statt des in Anlehnung an die Landstreitkräfte bei der russischen Marine üblichen Grüns an und hört bei der Betonung seefahrerischen Könnens gegenüber stumpfen Exerzierens bei der Ausbildung auf. Ganz Mariner, war für Adalbert die Marine nicht ein Anhängsel der Landstreikräfte, sondern eine eigenständige Waffengattung mit eigenen Zielen, Tugenden und Uniformen.

Zwar nicht als Mitglied, aber immerhin als Sachverständiger konnte Adalbert 1836 in einer vom König einberufenen Kommission für die Beratung der Flottenfrage teilnehmen. Über den ebenfalls marineinteressierten Kronprinzen gelang es ihm, eine Denkschrift dem König zukommen zu lassen, die von einem britischen Kapitän verfaßt war, aber seiner Meinung entsprach. Bemerkenswert vorausschauend enthält dieses Promemoria bereits ein Plädoyer für die Verwendung der Dampfkraft bei der Schiffahrt – und das zu einer Zeit, als jenseits des Kanals noch viele auf die Segelkraft setzten.

Ein Schlüsselerlebnis für die Deutschen war der Schleswig-Holsteinische Krieg (1848–1853). Schon kurz nach Kriegsausbruch gelang es den Dänen mit einer zweitklassigen Flotte, Deutschlands Seehandel existentiell zu bedrohen. Dieses Schockerlebnis führte in Deutschland bereits Jahrzehnte vor dem Regierungsantritt Wilhelms II. zu einer ersten Marineeuphorie. Der Ruf nach einer Flotte erschall, und wer schien für deren Aufbau besser geeignet als Adalbert? So wurde der Prinz 1848 an die Spitze einer „Commission zur Vertheidigung der Ostseeküsten“ berufen. Hier ging Adalbert in die Offensive: „Es genüge nicht mehr, das Landen an der Küste, das Einlaufen feindlicher Schiffe in die Häfen und Binnengewässer zu verwehren, es müsse deren Blokade auch offensiv gegenübergetreten werden, und endlich eine deutsche Kriegsmarine auf offenem Meere dem deutschen Seehandel Schutz, der deutschen Flagge Achtung verschaffen“, so der Prinz.

Auch in der Frankfurter Paulskirche, also auf deutscher, nationaler Ebene sah man nun die Notwendigkeit einer Kriegsmarine – und war Adalbert ein gefragter Mann. So schrieb der Reichsverweser Erzherzog Johann dem Preußenkönig am 13. Oktober 1848: „Der reiche Schatz von Kenntnissen und Erfahrungen, welche der Prinz Adalbert von Preußen im Gebiet der Technik und Nautik besitzt, läßt mich in ihm den einzigen Mann erkennen, welcher mir bei diesem schwierigen Geschäfte zur Seite stehen, mich mit seinem erleuchteten Rathe erfolgreich zu unterstützen vermöchte.“ In Frankfurt übernahm Adalbert den Vorsitz in der „technischen Marinecommission“.

In Admiralsuniform: Prinz Adalbert von Preußen Foto: Archiv

Diese Zeit dürfte ein Höhepunkt im Wirken Adalberts gewesen sein. Nie zuvor und nie danach in seinem Leben wurde in Preußen und Deutschland dem Aufbau von Seestreitkräften eine derartige Bedeutung beigemessen. Die damals geschaffene deutsche Marine nahm jedoch ein ähnlich trauriges Schicksal wie die 48er Revolution und das Paulskirchenparlament, denen sie ihre kurze Existenz zu verdanken hatte. Auch in Preußen war die Marineeuphorie bald vorbei, doch begann hier nun ein langsamer Aufbau einer eigenen Flotte. Im Jahre 1849 wurde Adalbert zum „Oberbefehlshaber über sämmtliche ausgerüstete Kriegsfahrzeuge“ ernannt; 1853 wagte man es schon, von einer Marine zu sprechen, denn nun wurde er „Oberbefehlshaber der Marine“. 1854 wurde Adalbert standesgemäß Admiral. Das Problem war, daß Admirale gemeinhin eine Flotte beziehungsweise ein Geschwader kommandieren. Preußen verfügte jedoch über weder das eine noch das andere. So wurde der Prinz zum „Admiral der preußischen Küsten“, denn Küsten besaß Preußen wenigstens. 1859 glaubte man in Preußen dann soweit zu sein, den Zusatz „der preußischen Küsten“ weglassen zu können.

Der Prinz-Admiral war, wie ein preußischer Seekadett berichtet, der Überzeugung, „daß nichts die Wurzeln und das Wachstum des von ihm gepflanzten, noch so zarten Bäumchens mehr kräftigen könne als eine kriegerische Tat der jungen Marine“. Die Möglichkeit hierzu bot Adalbert der Überfall einer preußischen Handelsbrigg durch marokkanische Piraten der Rifkabylen im Mittelmeer. Adalbert plädierte sofort für eine Strafaktion durch preußische Seestreitkräfte, konnte sich allerdings nicht durchsetzen – zumindest vorerst. 1856 erhielt er jedoch seine Chance – beziehungsweise er nahm sie sich. In jenem Jahr befand er sich mit einem Geschwader zu einem Manöver im Seegebiet von Madeira. Nach dem Ende des Manövers wurde das Geschwader aufgelöst. Die „Danzig“ fuhr mit ihm an Bord nun an jenen Küstenabschnitt, an dem dreieinhalb Jahre zuvor die preußische Brigg überfallen worden war, und ließ solange Boote der Radkorvette an der Küste entlang fahren, bis endlich eines beschossen wurde. Es folgte ein preußisches Landeunternehmen durch 68 Mann, das jedoch von den Einheimischen zurückgeschlagen wurde. Das Ergebnis waren sieben tote sowie zwölf schwer und zehn leicht verletzte Preußen. Zur ganzen Wahrheit gehört jedoch auch, daß der Admiral selber sich an dem Unternehmen beteiligte und auch leichte Blessuren davontrug. General Leopold von Gerlach verteidigte Adalberts ebenso eigenmächtiges wie militärisch erfolgloses Vorgehen gegenüber dem damaligen preußischen Bundestagsgesandten Otto von Bismarck: „Ich kann in die vielseitige humane Verurtheilung des Prinzenadmirals nicht einstimmen. Einige Tropfen königliches Blut befruchten die Ehre der Armee, und es ist besser, daß unsre jungfräuliche Flagge mit Anstand, wenn auch mit Unglück, Pulver gerochen hat. Unsre Marine muß von sich hören lassen, damit man ihr den kleinen und langsamen Anfang verzeiht.“

In der Folgezeit verliert Adalbert Macht und Einfluß. Für viele gehört zur Tragik die tragische Schuld. Eine derartige Schuld kann in Adalberts vom Regenten angenommenen Vorschlag gesehen werden, Oberkommando und Verwaltung zu trennen. Dadurch und durch sein Begnügen mit dem Oberkommando schuf er selber die Voraussetzung zu seiner allmählichen Marginalisierung. Erschwert wurde seine Position zusätzlich dadurch, daß „seiner“ Marine in den Einigungskriegen kriegsentscheidende Taten versagt blieben. Im Deutsch-Dänischen Krieg spielte Preußens Marine eine untergeordnete Rolle. Selbst beim militärisch entscheidenden Übergang der Armee auf die dänischen Inseln kam sie wegen starken Sturmes nicht zum Zuge. Im Deutschen Krieg von 1866 blieb sie ohne Bedeutung, da Österreichs Flotte bereits im Mittelmeer von der italienischen neutralisiert wurde. Beim Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 verzichtete die preußische Marine auf ein Kräftemessen mit der französischen, da diese ihr haushoch überlegen war. In seinem Tatendurst sah der Admiral offenkundig keine andere Möglichkeit, als sich sowohl im Zweiten als auch im Dritten Einigungskrieg der Armee anzuschließen, was seine Stellung in der Marine zusätzlich schwächte. Nach der Reichsgründung trat an die Stelle der königlich-preußischen die kaiserlich-deutsche Flotte, an deren Spitze nun nicht mehr Adalbert stand. Am Ende seiner Laufbahn und seines Lebens war der Admiral „nur“ noch „Generalinspecteur der Marine“. In dieser Funktion bestand seine Aufgabe darin, die Befolgung von Anweisungen zu kontrollieren, die andere formuliert hatten. Knapp zweieinhalb Jahre nach der Reichsgründung, am 6. Juni 1873, erlag der Prinz-Admiral in Karlsbad einem Lungenschlag.

Er wünschte die Gleichberechtigung der Marine

Straßenbahnmodelle in Schwerin ausgestellt

Die Geschichte der »Elektrischen« ist aufs engste mit den Preußenstädten Berlin und Halle verbunden

Von HANS LODY

Die Geschichte der elektrischen Straßenbahn ist noch gar nicht so alt – jedenfalls nicht viel länger als die von U-Bahn und S-Bahn. Kein Wunder, denn alle drei gehen auf Werner von Siemens zurück, der auf einer Industrieausstellung in Preußens Hauptstadt Berlin 1876 eine elektrische Lokomotive vorstellte und 1881 in Berlin Lichterfelde eine etwa vier Kilometer lange Versuchsstrecke für den Fahrgastbetrieb baute. Zehn Jahre später wurde dann im ebenfalls preußischen Halle die erste regelmäßig nach Fahrplan verkehrende Straßenbahn in Betrieb genommen.

Wie auch schon zuvor bei der Eisenbahn dauerte es nicht lange bis sich auch Liebhaber fanden, die das Verkehrsmittel als Modell nachbauten, um es zu betrachten und damit zu spielen. Die Hersteller von Straßenbahnmodellen haben nie die Bedeutung jener von Eisenbahnen – man denke an Firmen wie Märklin, Fleischmann, Trix oder Poko – erlangt. Dafür sind die Straßenbahnfans kreativer, denn fast an allem wird herumexperimentiert sowie um- und weitergebaut.

Die bislang größte Straßenbahnmodellausstellung fand letztes Wochenende in Schwerin statt. Auf 2500 Quadratmetern zeigten 100 angemeldete private Aussteller aus Brandenburg, Berlin, Nürnberg, Rostock, Schwerin, Hamburg, Hannover, Magdeburg, Dresden und Halle, aber auch kommerzielle, professionelle Modellhersteller wie Hermann & Partner aus Dresden, die Firma Tillig / Navemo aus Sebnitz oder auch Wolfgang Fröwis aus Berlin und MBmodely aus Prag ihr Angebot sowie Dioramen, wo Modelle im „Betrieb“ zu sehen waren.

Schwerin war deshalb als Ausstellungsort gewählt worden, weil dort vor 100 Jahren der Betrieb von pferdegezogenen Straßenbahnen auf elektrischen Betrieb umgestellt worden ist.

In letzter Zeit kann man geradezu von einer Renaissance der Straßenbahn in Deutschland sprechen. Gab es um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in 100 deutschen Städten Straßenbahnen, so verdrängten Busse und U-Bahnen dieses Verkehrsmittel in der Nachkriegszeit. Nunmehr hat sich aber in Zeiten knapper Kassen erwiesen, daß die Straßenbahnen einerseits billiger als U-Bahnen und andererseits aufgrund ihres eigenen Schienenkörpers viel schneller als Busse sind. Viele Stadtväter haben daher wieder ihr Herz für die „Tram“ entdeckt. Mit einer verstärkten Repräsentanz im Straßenbild haben sich viele jüngere Modellbauer gefunden, die sich diesem Hobby verschrieben haben.

2009 soll die nächste – dann noch größere – Ausstellung in Nürnberg stattfinden.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 22 – 31. Mai 2008

MELDUNGEN

Luftfahrt-Ausstellung

Angerburg – „Mit Windkraft und Propeller – Bilder aus Ostpreußens Luftfahrtgeschichte“ – so lautet der Titel einer geplanten Ausstellung im „Muzeum Kultury Ludowej“ (Volkskulturzentrum in Angerburg). 54 Text-Bild-Tafeln werden dort die Besucher informieren. Die Eröffnung der Ausstellung wird am Donnerstag, dem 12. Juni, 15 Uhr, stattfinden. Nach einer kurzen Ansprache der Direktorin des Museums, Krystyna Jarosz, wird Christoph Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg in das Thema einführen. Um 16 Uhr soll ein musikalischer Höhepunkt die Eröffnungszeremonie beschließen. Die beteiligten Museen in Angerburg und Lüneburg würden sich insbesondere über die Anwesenheit von Angerburgern und an der Luftfahrtgeschichte Ostpreußens Interessierten bei der Eröffnung freuen. Auch danach lohnt sich ein Besuch der Ausstellung im Volkskulturzentrum in Angerburg. Heimatreisende sind ebenfalls ganz herzlich zum Besuch der Ausstellung eingeladen.

Biber leisten Wühlarbeit

Angerburg / Benkheim – Polens Grenzdienst beklagt die Taten beziehungsweise Untaten von Bibern entlang der innerostpreußischen Grenze zum Königsberger Gebiet. Schätzungsweise rund 50 Kilometer der insgesamt 210 Kilometer langen Grenze sind von den Umtrieben der Tiere betroffen, die in dem Grenzstreifen ihre Burgen bauen. Die meisten Sorgen mit den putzigen Gesellen haben die Grenzbeamten in Angerburg und Benkheim. Auf einem Abschnitt von 22 Kilometer Länge haben die Nager 38 Gräben gegraben und etliche große Wasserflächen erzeugt, die man noch nicht einmal mit einem Traktor durchfahren kann. Sorgen mit den Nagetieren haben aber auch die Grenzbeamten in Schippenbeil, Bartenstein und Goldap. Der Kommandant der Ermländisch-Masurischen Grenzwacht wandte sich an die Landräte der betroffenen polnischen Grenzgebiete mit der Bitte um „Regulierung der Situation“, appellierte aber auch an die russische Seite, von dort aus zur Beseitigung des Problems beizutragen.

Abitur in Ostpreußen

Allenstein – Im südlichen Ostpreußen sind die Abiturarbeiten geschrieben worden. Schriftliche Prüfungen gab es in Polnisch, einer Fremdsprache und maximal drei weiteren vom Prüfling auszuwählenden Unterrichtsfächern. Die meistgewählte Fremdsprache ist nach wie vor Englisch. An zweiter Stelle steht Deutsch. Einige wählen aber auch Italienisch, Russisch, Französisch und Spanisch. Im südlichen Ostpreußen haben sich mehr als 18000 Schüler zu den Abiturprüfungen gemeldet.

»Europa-Zentrum« eröffnet

Nicht alle sind von Königsbergs neuem Konsumtempel begeistert

Von Jurij Tschernyschew

In Königsbergs Zentrum hat mit dem „Europa-Zentrum“ ein neues Einkaufsparadies eröffnet. An der Eröffnungsfeier nahmen fast alle politischen Repräsentanten des Gebietes und der Stadt teil; aus St. Petersburg kam sogar Ilja Klebanow, der bevollmächtigte Stellvertreter des Präsidenten für den Nord-Westen der Russischen Föderation. Alle auf der Feier auftretenden Gäste beteuerten, daß dieses Zentrum einzigartig sei und, daß die Pregelmetropole dank des Zentrums nun eine richtige europäische Stadt werde. Im Laufe des Tages traten verschiedene Künstler und Musikgruppen aus Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und Spanien auf, es gab verschiedene Ausstellungen und ein großes Feuerwerk.

Die Besucher des „Europa-Zentrums“, – das 60000 Quadratmeter groß ist und drei Attrien mit den Städtebezeichnungen „Moskau“, „London“ und „Paris“ beinhaltet –, konnten am Eröffnungstag 92 verschiedene Geschäfte und Boutiquen international bekannter Marken besuchen. Am 1. September sollen dann ein großes Unterhaltungszentrum sowie acht Restaurants und ein Bürotrakt mit einer Fläche von 12000 Quadratmetern eröffnet werden.

Die Bauzeit für den Neubau auf dem Gelände des ehemaligen Stadtparks neben dem Kinotheater „Rossija“ („Rußland“) betrug nur 18 Monate. 150 Subunternehmen waren beteiligt, und mehr als 100 Millionen Dollar hat der Bau verschlungen.

Schon zu Beginn der Bauarbeiten waren viele Königsberger dagegen. Das Volk nannte das Zentrum „Mega-Scheune“, „Hangar“ oder einfach „Bedarfsartikellager“, und als an den Fassaden die Schriftzüge „London“, „Berlin“ und die Namen anderer europäischer Städte angebracht wurden, nannten die Königsberger es ironisch „Internationaler Bahnhof“. Mit dem kleinen Unterschied, daß man von diesem Bahnhof nicht abfahren kann, und die Königsberger sowieso Probleme mit dem Visum für die Europäische Union haben.

Ein Grund, warum so viele Stadtbewohner das Einkaufszentrum negativ aufnehmen, ist, daß mit dem Bau die Vernichtung der Parkanlagen der Stadt begonnen hat. Wo jetzt das „Europa-Zentrum“ steht, wuchsen vorher im Park einzigartige Bäume, Sträucher und Blumen. Diese Parkanlage war der beliebteste Erholungsort der Stadtbewohner und der Gäste der Stadt. Nun ist er komplett bebaut.



„Europa-Zentrum“: Die Städtenamen an der Fassade brachten dem „Bedarfsartikellager“ die spöttische Bezeichnung „Internationaler Bahnhof“ ein. Foto: Tschernyschew

Während der Aushebung wurde viel Grünfläche vernichtet und man hat vergessen, alles wieder in Ordnung zu bringen, so wie man das eben auf russisch macht. Nun sind alle Kinderspielplätze und der Rasen in den Höfen komplett mit Autos versperrt, weil die Autofahrer keine Parkgebühr in Höhe von fast einem Euro pro Stunde bezahlen möchten, und der Parkplatz sowieso nur für 350 Autos gedacht ist. Die Autofahrer können dafür noch nicht bestraft werden, weil es das entsprechende Gesetz frühestens ab Ende Mai gibt.

Eines der Hauptprobleme der Stadt ist der Verkehr, verbunden mit schlechter Luft, die der Gesundheit der Königsberger schadet. Um aus einem Teil der Stadt in einen anderen zu gelangen, muß man den Siegesplatz passieren, wo sich das „Europa-Zentrum“ befindet. Die Einrichtung wird noch mehr Verkehr in das Zentrum der Stadt hineinziehen. Die Gefahr von Verkehrsstaus hat sich durch das Einkaufszentrum mitten im Verkehrsknotenpunkt um ein Vielfaches erhöht, befürchtet der Gebietsleiter der staatlichen Verkehrsüberwachung, Jurij Kasakow.

Aber nicht nur die Bewohner der Stadt, sondern auch viele Abgeordnete des Stadtrates waren gegen den riesigen Bau. Der frischgewählte Bürgermeister Alexander Jaroschuk sagte in einem Interview, daß er nie die Erlaubnis für den Bau unterschrieben hätte.

Viele fragen sich, ob es überhaupt notwendig war, dieses „Europa-Zentrum“ zu bauen, da es in der Nähe des Zentrums schon mehrere Kaufhäuser gibt, wie das „Königsberg-Plaza“, das „Mega-Center“ mit einer Fläche von 105000 Quadratmetern, den Supermarkt „Akropol“, das „Epizentrum“, die „Ostrow Sokrowischtsch“ („Schatzinsel“), die „Königsberger Passage“, und gegenüber das große Geschäft „Majak“ („Leuchtturm“). Bald wird, 100 Meter vom „Europa-Zentrum“ entfernt, ein Städtisches Handelszentrum „Clever-House“ („Königsberg-750“) eröffnet. Königsberg steht jetzt schon ganz vorne, was die Menge an Einkaufshäusern betrifft.

Schon vor dem Bau des „Europa-Zentrums“ gab es zu viele Geschäfte in Königsberg. Außer großen Einkaufshäusern existieren noch sehr viele kleine, aus der Perestrojka-Ära stammende Läden, die sich in den Erdgeschossen der Wohnhäuser befinden. Diese Kleinhändler haben es nun schwer, weil sie nicht mit dem „Europa-Zentrum“ konkurrieren können. Eines der ersten Themen, denen sich der frischgewählte Präsident Dmitrij Medwedjew widmen will, ist die Entwicklung des Mittelstandes, weil der in Rußland viel schlechter als in den anderen europäischen Ländern entwickelt ist. Das hängt sicherlich mit dem Konzentrationsprozeß auf dem Markt zusammen.

Doch auch größere Unternehmen kann es treffen, wie das Schicksal von „Wester“ zeigt. Vor kurzem noch war der Supermarkt in der Innenstadt das meistbesuchte Einkaufszentrum in Königsberg. Mit der Zeit wurde die Zahl der Besucher kleiner. Um gegenzusteuern wurden den Kunden ab 23 Uhr Rabatte gewährt. Doch auch dieser Versuch, den Menschen einen Kaufanreiz zu bieten, konnte das Blatt nicht mehr wenden. Letztes Jahr mußte das Geschäft schließen. Jetzt hängt am Gebäude ein Schild „Zu Vermieten“. Noch hat sich kein Interessent gefunden.

5000 Arbeitsplätze gefährdet

Moskau will Produktion bei Avtotor deckeln – Betroffene gehen in Königsberg auf die Straße

Von Jurij Tschernyschew

Das Weiterbestehen eines der größten Unternehmen im Königsberger Gebiet ist gefährdet. Es handelt sich um den Autohersteller Avtotor, das Vorzeigeunternehmen des Königsberger Gebiets seit der Einführung der Sonderwirtschaftszone. Der Grund der Gefährdung ist eine geplante Verordnung des Ministeriums für Wirtschaftsentwicklung und des Ministeriums für Industrie und Energie, der zufolge Avtotor nicht mehr als 10000 Autos pro Jahr produzieren darf. Eine solche Begrenzung könnte das Unternehmen unrentabel machen.

Hinter den Moskauer Regierungsplänen steckt die Lobby einheimischer Automobilproduzenten – allen voran die den Lada produzierendeFirma AvtoWAZ –, die sich schon seit Jahren über die Benachteiligung der in Rußland hergestellten Fahrzeuge russischer Marken gegenüber den in Königsberg steuerbegünstigt hergestellten Autos nichtrussischer Marken beklagt. Seitdem von Avtotor montierte Fahrzeuge der nichtrussischen Billigmarken KIA und Cherry zum gleichen Preis wie russische Autos angeboten werden, erhöht die Lobby den Druck auf die Regierung.

Avtotor wurde 1996 gegründet und baut neben KIA und Cherry auch Autos anderer ausländischer Marken wie BMW, Hummer, Cadillac und Chevrolet in Königsberg zusammen. Zur Zeit werden bei Avtotor 22 Modelle von neun Automarken gefertigt. Vergangenes Jahr wurden 108000 Autos produziert. Vor Jahren galt Avtotor als Symbol der wirtschaftlichen Wiedergeburt des Königsberger Gebiets. Das Unternehmen entstand aus dem Nichts und entwickelte sich bald zu einem der größten Steuerzahler. Im vergangenen Jahr entrichtete das Unternehmen Steuern in Höhe von fast sieben

Fortsetzung auf Seite 16

5000 Arbeitsplätze gefährdet

Fortsetzung von Seite 15

Milliarden Rubel (rund 190 Millionen Euro). Gegenwärtig arbeiten etwa 2000 Menschen dort. Laut dem US-amerikanischen Wirtschaftsmagazins „Forbes Magazine“ nahm die Aktiengesellschaft im Jahre 2006 unter den 200 größten russischen Privatfirmen den Platz 69 ein.

Avtotor ist also durchaus von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung für das Königsberger Gebiet. So stoßen die Avtotor-feindlichen Bestrebungen im Kreml auch nicht nur auf den Widerstand der Mitarbeiter dieses Unternehmens. Nicht einverstanden sind auch die Zulieferbetriebe, die zu 50 Prozent von Avtotor abhängig sind. Geschätzte 5000 Arbeitsplätze stehen bei „Avtotor“ und seinen Zulieferern auf dem Spiel.

So versammelten sich auf einer Protestkundgebung auf dem Königsberger Siegesplatz über 1000 Menschen. Sie kritisierten, daß die Einführung von Produktionsquoten mit fairem Wettbewerb nicht zu vereinbaren seien und warfen Moskau vor, daß es die Quotierung einführen wolle, weil Avtotor im vergangenen Jahr der führende Produzent ausländischer Marken geworden sei. An der Einführung von Quoten seien allein die Lobbyisten russischer Konzerne interessiert.



Demonstranten auf dem Siegesplatz: Kämpfen für ihre Arbeitsplätze und gegen deren Gefährdung durch Moskau Foto: Tschernyschew

MELDUNGEN

Neue Warntafeln

Allenstein – An den masurischen Seen sind elektronische Warntafeln aufgestellt worden, die über den aktuellen Stand des Wetters informieren. Sie wurden in den neun Häfen und in der Nähe der Schleusen von Guschienen und Karwik aufgestellt. Die Tafeln sollen vor gewaltigen Wetterveränderungen warnen, besonders vor sich nähernden gefährlichen Wolkenmassen. Dann ist auf den Tafeln ein Blinklicht zu sehen, das zwei Kilometer weit sichtbar ist. Zusätzlich werden die aktuellen meteorologischen Verhältnisse auf den Seen angezeigt, darunter die Lufttemperatur, die Geschwindigkeit des Windes und der Luftdruck.

Skandal bei der Feuerwehr

Königsberg – Dem stellvertretenden Leiter der Feuerwehr wird vorgeworfen, Direktor von vier und Beisitzer bei sechs kommerziellen Unternehmen zu sein. Staatsbediensteten sind kommerzielle Nebenjobs jedoch verboten. Die Staatsanwaltschaft hat deshalb vom Dienstherren die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Oberstleutnant gefordert.

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,
in den fast 30 Jahren, in denen ich unter dieser Anrede unsere Leserinnen und Leser anspreche, habe ich die Weichen für die Lösung unendlich vieler Fragen und Wünsche stellen müssen. Oft sind wir auf dem richtigen Gleis gelandet, wir haben Schicksale aufhellen können, an deren Aufklärung eigentlich niemand mehr geglaubt hatte, aber viele blieben doch im Dunkeln. Trotzdem brachten uns die manchmal unwahrscheinlichen Erfolge das Attribut „wundervoll“ ein. Das verpflichtet auch weiterhin, obgleich die Wahrscheinlichkeit einer Lösung der immer schwieriger werdenden Suchfragen geringer wird. Trotzdem könnte ich auch heute die ganze Seite mit positiven Ergebnissen füllen, aber da wurde mir ein Brief zur Veröffentlichung übergeben, der alle bisherigen Suchaktionen in den Schatten stellt. Sollte sich bewahrheiten, was der Schreiber vermutet, dann könnten wir wohl von dem bisher ungewöhnlichsten Erfolg sprechen, aber ich kann und will noch nicht daran glauben – nur hoffen. Und auch das ist schon viel.

Ruth Geede Foto: Pawlik

Die E-Mail kommt aus Hamburg, der Absender ist Herr **Wolf Hofmann**. Er steigt gleich mit dem Anlaß zu seinem Schreiben ein: „Wir haben im Fernsehen den zweiten Teil des ZDF-Filmes ‚Meine Heimat, Deine Heimat‘ von Wolf von Lojewski gesehen. In einem Ausschnitt, der eine Taufe in der Auferstehungskirche in Kaliningrad zeigte, sahen wir einen Mann, welcher der Bruder meiner Schwiegermutter beziehungsweise Onkel meiner Frau sein könnte. Es könnte sich um **Horst Jastrau** handeln, * 12. September 1924 in Königsberg, der als Soldat seit 1943 in Rußland vermißt ist. Das ZDF stellte uns freundlicherweise eine Kopie des Filmes zu, dem ich das mitgeschickte Standfoto entnommen habe. Es handelt sich um den Mann in der Mitte mit dem blauen Hemd. Dem Film haben wir weiter entnommen den Namen des Pfarrers – Probst Heye Osterwald –, der die Taufe durchgeführt hat, den Namen des Täuflings – **Elisabeth Gorbatschova** –, daß der Vater aus Kaliningrad stamme, die Mutter aus Leipzig sei und daß das Paar dort auch wohne. Weiter wurde gesagt, daß bei der Taufe Gäste aus Deutschland und Deutschrussen aus Sibirien, dem Ural, dem Wolgagebiet und Kasachstan anwesend gewesen seien.“

Herr Hofmann konnte die Mail-Adresse des Probstes feststellen und ihm ebenfalls ein Standfoto zusenden. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Der Geistliche teilte mit, daß die gefilmte Taufe von Elisabeth Gorbatschova am 12. August 2007 stattgefunden habe und er bei der Suche nach dem besagten Mann gerne behilflich sei, aber keine große Hoffnung habe. Die Familie des Täuflings in Leipzig konnte Herr Hofmann bisher nicht ausfindig machen. Das ist ein Grund, weshalb sich Herr Hofmann an uns wendet, aber es gibt noch weitere. Die Großeltern seiner Frau stammen ja auch aus Königsberg oder haben zeitweise dort gewohnt, wie die Geburt des Sohnes beweist. Sie haben ihr Leben lang nach ihm gesucht, 1973 erhielten sie vom Deutschen Roten Kreuz die Mitteilung, daß die Suche eingestellt worden sei. Und noch ein Grund zur Veröffentlichung in unserer Zeitung kommt hinzu: Es könnte sein, daß sich Leserinnen und Leser im vergangenen August in Königsberg aufhielten, vielleicht als Kirchenbesucher an der Taufe teilnahmen oder dem abgebildeten Herrn irgendwie begegnet sind. Es ist ein markantes Gesicht, das sich auch bei flüchtiger Begegnung einprägt. Aber man muß sich doch fragen: Kann man nach 65 Jahren einen Menschen nach seinem Aussehen auf einem Foto wiederfinden? Trotz des weißen Haares erscheint der Abgebildete auch jünger, aber da kann man sich schon täuschen. Jedenfalls muß die Ähnlichkeit mit dem vermißten Horst Jastrau schon frappierend sein, sonst würde die Familie nicht diese Vermutungen stellen. Ich hoffe, daß wir von irgendeiner Seite Aufklärung bekommen, vielleicht meldet sich ja auch der Abgebildete selber und stellt alles richtig. Jedenfalls wäre das schon ein großer Erfolg. (Prof. Dr. Wolf Hofmann, Quickborner Straße 6, 22844 Norderstedt, Telefon 0 40 / 5 22 69 62, E-Mail: hofmann@math.uni-hamburg.de)

Horst Jastram? Eine Antwort auf die Frage sucht Prof. Dr. Wolf Hofmann. Foto: privat

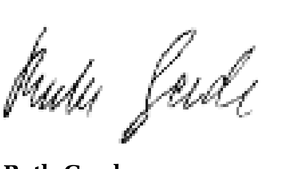
Auf eine andere Sendung weist Frau **Johanna Roggatz** aus Berlin hin. Die gebürtige Danzigerin, die sich uns Ostpreußen eng verbunden fühlt, sah bei „Phönix“ Ende Februar / Anfang März eine Sendung, die privat gedrehte Filme des Generals **von Rothkirch** zeigte. Schon vor 1933 hatte der General die ersten Filme gedreht, die letzten im Fluchtwinter 1944/45. Die TV-Aufnahmen, bei denen der heute etwa 80jährige seine Filme vorführte und kommentierte, wurden in der Wohnung seines Sohnes, **Sebastian** von Rothkirch, gemacht. Frau Roggatz prägte sich einer der letzten Filme besonders ein, weil er Menschen aus der Elchniederung zeigte, die in Heinrichwalde auf die Flucht gingen. An einem der vollbepackten Treckwagen war deutlich das Schild „Heinrichswalde / Elchniederung“ zu erkennen. Frau Roggatz war dieser ostpreußische Ortsname vertraut, denn sie hatten in ihrer Gothaer Kirchengemeinde nach dem Krieg eine Katechetin aus Heinrichswalde mit Namen **Fri(e)da Möller** gehabt. Nun meint die aufmerksame Leserin, daß dieser privat gedrehte Film ehemalige Heinrichswalder interessieren müßte, weil es sich bei den gezeigten Personen um heute noch lebende Vertriebene oder um Verwandte – vielleicht um die Großeltern – handeln könnte. Dann wären diese Aufnahmen eine wertvolle Dokumentation für die Familiengeschichte. Frau Roggatz gibt auch eine weitere Hilfestellung, denn sie hat sich bei dem betreffenden Sender erkundigt und gibt die Adresse weiter, an die sich Interessierte wenden könnten: ARD-Hauptstadtstudio, Phönix Ereignis- und Dokumentationskanal, Wilhelmstraße 87 A, 10117 Berlin, Telefon 0 30/ 22 88 27 00. Wir danken zuerst einmal Frau Roggatz für ihr Mitdenken und aktives Handeln für unsere Leserschaft.

Und nun komme ich doch noch zu den eingangs erwähnten positiven Ergebnissen, wie sie Frau **Irene Blankenburg-Kurbjuhn** verzeichnen kann: Ihre Fragen wurden alle beantwortet „auf geradezu wundersame Weise“, wie sie schreibt. Und dabei hatten wir schon einmal nach jener „**Erika Trakehnen**“ gefragt, die in lyrischer Form das Vertriebenenschicksal der Familie **Schweizer** schildert, das Sterben und Überleben auf der Flucht, das Hoffen und Bangen, ein sehr einfühlsames Gedichtbändchen, das unsere Leserin immer fasziniert hat. Wer verbarg sich hinter dem vermuteten Pseudonym? Damals gab es kein Echo – aber jetzt! Lassen wir sie selber sprechen:

„Gleich nach meiner Rückkehr vom Deutschlandtreffen aus Berlin erhielt ich Anrufe von zwei Damen, die Frau Trakehnen gekannt hatten. Den Anruf von der ältesten Tochter der Familie Schweizer, die ja mit dem Vater auf der Flucht war. Sie ist die einzige von der Familie, die noch lebt und das Bändchen auch besitzt. Vom Vater getrennt erlebte sie eine Odyssee, ehe sie ihn im Westen wiederfand und auch die Geschwister. Der Vater war dann mit Frau Trakehnen befreundet. Daher erfuhr sie die Geschichte der Familie, die sie in dichterischer Form verarbeitet hat. Das geschah in St. Augustin / Bonn. Frau Trakehnen ist Frau **Erika Hitz**, geborene **Moritz** aus Königsberg. Auch sie lebt nicht mehr …“ Wie Herr Schweizer und die Geschwister von Frau **Lili Konopasek**, die dies alles Frau Blankenburg-Kurbjuhn am Telefon erzählte, und die sich nun bei allen bedankt, die mitgeholfen haben, dies kleine Kapitel ostpreußischer Lyrik zu enträtseln: „Die Ostpreußische Familie ist einfach fabelhaft!“

Denselben Fluchtweg über das Frische Haff ist auch die damals achtjährige **Christa Koller** gegangen, die nun die einzelnen Abschnitte aufarbeiten will, wie sie in Folge 19 berichtete. Einer, der ihr dabei helfen will, ist Herr **Martin Coch**, Erster Kirchspielvertreter von Heiligenbeil-Land. Frau Koller erinnerte sich an eine Mühle, auf deren Stufen sie und ihre Großmutter eine Nacht bei eisiger Kälte verbracht hatten und sich irgendwie geborgen vorkamen. Herr Coch meinte, daß es sich entweder um die Windmühle in Thomsdorf bei Heiligenbeil oder um die Wassermühle des großen Gutes Karben, nordwestlich der Stadt handeln müßte, legte seinem Schreiben – das ich als Kopie erhielt – Ansichten und Lagepläne bei. Danke, lieber Herr Coch, Ihre präzisen Angaben werden die Erinnerung von Frau Koller auffrischen, bleibt zu hoffen, daß sie auch noch weitere so informative Zuschriften bekommt.

Eure



Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Borkowski, Hermann, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Ringstraße 7, 66916 Breitenbach, am 3. Juni

Neumann, Kurt, aus Lötzen, jetzt Moltkestraße 17, 73312 Geislingen / Steige, am 2. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Plauschinat, Meta, geb. **Danielowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Auf dem Dudel 50, 47228 Duisburg, am 5. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Burkatzki, Martha, geb. **Skischalli**, aus Neidenburg, jetzt Beethovenstraße 47, 42655 Solingen, am 5. Juni

Holldack, Else, geb. **Meier**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Schweriner Straße 15, 21614 Buxtehude, am 8. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Töller, Emma, geb. **Glaubitz**, aus Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Südstraße 124, 47918 Tönisvorst, am 2. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Greiner, Frieda, geb. **Kloss**, aus Ortelsburg, jetzt Am Knill 58, 22147 Hamburg, am 7. Juni

Schemborski, Ella, aus Lyck, jetzt Baeckerberg 25, 24220 Flintbek, am 6. Juni

Zander, Lene, geb. **Rutkowski**, aus Petzkau, Kreis Lyck, jetzt Flutgraben 15, 53227 Bonn, am 4. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Ahrens, Dora, geb. **Kudszus**, aus Sensburg, jetzt Hermannstraße 14, 45479 Mülheim an der Ruhr, am 6. Juni

Bruweleit, Elfriede, geb. **Bruweleit**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, jetzt Freiburger Straße 35, 69126 Heidelberg, am 4. Juni

Kaukel, Martha, geb. **Jedamzik**, aus Lyck, jetzt Pestalozzistraße 41, 17348 Wolgast, am 6. Juni

Prostka, Adolf, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Ochsenkoppel 3, 24796 Bovenau, am 4. Juni

Warda, Lotte, aus Lyck, jetzt Breslauer Straße 11, Pfarrer-Braun-Haus, 51789 Lindlar, am 3. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bökens, Gertrud, geb. **Braun**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, jetzt Urdenbacher Allee 37, 40593 Düsseldorf, am 2. Juni

Fortak, Ottilie, geb. **Latza**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Hoferstraße 42, 08606 Oelsnitz, am 1. Juni

Seidel, Heinz, aus Lyck, jetzt Clemens-Cassel-Straße 2, 29223 Celle, am 6. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Birkner, Edith, geb. **Lorenz**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Van Delten Straße 12, 48883 Ahaus, am 2. Juni

Donnerstag, Alfred, aus Wehlau, jetzt Rotdornring 1, 26725 Emden, am 7. Juni

Kloss, Gertrud, geb. **Haupt**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, jetzt Kluse 7, 58636 Iserlohn, am 5. Juni

Krolzik, Martha, aus Napierken-Wetzhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Dr.-Heinrich-Jasper-Straße 3 A, 37581 Bad Gandersheim, am 8. Juni

Lückert, Hildegard, geb. **Granzow**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Lutherplatz 8, 99817 Eisenach, am 5. Juni

Mischorr, Heinz, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Elsterweg 6, 75382 Althengstett, am 1. Juni

Mrotzek, Gertrud, geb. **Przytulla**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Wiesestraße 35, 32052 Herford, am 6. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Borchert, Karl, aus Steinhof, Kreis Sensburg, jetzt Dalienweg 8, 79312 Emmendingen, am 2. Juni

Eggert, Georg, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, jetzt Deister Allee 14 A, 31785 Hameln, am 8. Juni

Gallus, Ursula, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Goethestraße 46, 04924 Bad Liebenwerda, am 1. Juni

Kraska, Ernst, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, jetzt Putzbrunner Straße 51, 85521 Ottobrunn, am 4. Juni

Roehr, Erna, geb. **Bobrowski**, verw. **Dudda**, aus Treuburg, jetzt Am Alten Weiher 17, 41460 Neuss, am 8. Juni

Stadie, Herta, geb. **Burscheid**, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Burgheim Ring 4, 35396 Giessen, am 6. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bednarz, Ernst, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, jetzt Gneisenauerstraße 19, 46535 Dinslaken, am 6. Juni

Burde, Ruth, geb. **Lill**, aus Lötzen, jetzt Parkstraße 18, 14913 Jüterbog, am 8. Juni

Cornelsen, Charlotte, geb. **Philipp**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, jetzt Hamburger Straße 71, 28205 Bremen, am 5. Juni

Nowitzki, Helmut, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Möllner Landstraße 119 C, 22117 Hamburg, am 3. Juni

Schweiger, Erich, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, jetzt Siegener Straße 29, 56477 Rennerod, am 5. Juni

Stanko, Waldtraut, geb. **Großfeld**, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt Tennenweg 8, 44149 Dortmund, am 29. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Delventhal, Anna, geb. **Wielgar**, aus Groß Heidenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Plattenkamp 5, 29643 Neuenkirchen, am 6. Juni

Engler, Eva, geb. **Proplesch**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Erikastraße 8, 53881 Euskirchen, am 1. Juni

Felten, Gerda, geb. **Busslapp**, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, jetzt Melanchthonstraße 7, 40597 Düsseldorf, am 7. Juni

Gade, Edith, geb. **Maleyka**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, jetzt Bergstraße 6, 29549 Bad Bevensen, am 3. Juni

Genzen, Erna, geb. **Plietzka**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, jetzt Clever Höhe 4, 23611 Bad Schwartau, am 4. Juni

Hansen, Gertrud, geb. **Mrowka**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, jetzt OT Rickelsbüll, 25924 Rodenäs, am 6. Juni

Hemberger, Hildegard, geb. **Wölke**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Ferienpark E8-2, 23774 Heiligenbeil, am 2. Juni

Kegel, Ruth, geb. **Schwiedrowski**, aus Ukta, Kreis Sensburg, jetzt Nienburgerstraße 46, 39240 Calbe, am 7. Juni

Kehreit, Helene Gertrud, geb. **Girgsdies**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Straße des Friedens 7, 07336 Könitz, am 3. Juni

Klotzbücher, Irmgard, aus Kreis Ebenrode, jetzt Jonasbach 10, 37247 Großalmerode, am 2. Juni

Koschorrek, Günther, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Rheiener Straße 2, 58640 Iserlohn, am 7. Juni

Neumann, Hildegard, geb. **Räder**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, jetzt Schievenstraße 62, 45891 Gelsenkirchen, am 6. Juni

Pulpanek, Anna, geb. **Meschkat**, aus Kreis Elchniederung, jetzt Körnerstraße 10, 44534 Lünen, am 4. Juni

Rasch, Helmut, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Kleiststraße 21, 38440 Wolfsburg, am 7. Juni

Schiminowski, Ruth, geb. **Krolzik**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Landstraße 15, 23738 Altratjensdorf, am 2. Juni

Schwarte, Magdalene, geb. **Dullisch**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, jetzt Wallstraße 18 B, 45701 Herten, am 5. Juni

Stein, Günther, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Haubahn 24, 42119 Wuppertal, am 2. Juni

Thiel, Lieselotte, geb. **Bübel**, aus Königsberg, am 30. Mai

Weber, Arno, aus Grünwiese, Kreis Heilgenbeil, jetzt Hauptstraße 30, 38559 Wagenhoff, am 4. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arndt, Erna, geb. **Puchert**, aus Noiken, Kreis Elchniederung, jetzt Am Helfenberger Park 8, 01328 Dresden, am 8. Juni

Bartöck, Günther, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Hauptstraße 19, 02699 Königswartha, am 7. Juni

Bialojan, Felix, aus Lyck, jetzt Oberburg 64, 9141 Eberndorf, Österreich, am 4. Juni

Both, Gertrud, geb. **Jeromin**, aus Ortelsburg, jetzt Im Streb 8, 44894 Bochum, am 8. Juni

Bott, Gerda, geb. **Sembritzki**, aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt Sommerweg 3, 70771 Leinfelden-Echterdingen, am 4. Juni

Bürger, Irene, geb. **Schwittay**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, jetzt Virchowstraße 22, 45886 Gelsenkirchen, am 4. Juni

Diehl, Agnes, geb. **Jurkat**, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, jetzt Rheinstraße 4, 55278 Mommenheim, am 3. Juni

Drews, Irene, geb. **Schwarznekker**, aus Dorschen, Kreis Lyck, jetzt Futterkamp Hadorn 5, 24327 Blekendorf, am 7. Juni

Duddeck, Günther, aus Tannau, Kreis Treuburg, jetzt Schillerstraße 1 A, 13156 Berlin, am 3. Juni

Findeklee, Klaus, aus Lyck, jetzt V. Gartenreihe 2, 66740 Saarlouis, am 4. Juni

Fuchs, Ulrich, aus Hindenburg, Kreis Treuburg, jetzt Leineweberweg 18, 65191 Wiesbaden, am 6. Juni

Gehlhaar, Ursula, aus Königsberg-Ponarth, jetzt Reichenhaller Straße 39 A, 70372 Stuttgart, am 5. Juni

Glass, Wilhelm, aus Ortelsburg, jetzt Nürnberger Straße 86, 48529 Nordhorn, am 6. Juni

Goebel, Johanna, geb. **Braunsberg**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Weyersfelder Straße 64, 97783 Karsbach, am 7. Juni

Gohlisch, Hildegard, geb. **Nowitzki**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Bongert 10, 47906 Kempen, am 5. Juni

Graschtat, Herbert, aus Baitenberg, Kreis Lyck, jetzt 21 Rue Principal, 67270 Ingenheim (Elsass), Frankreich, am 2. Juni

Gürtler, Hanna, geb. **Kossack**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Berliner Straße 201, 45144 Essen, am 2. Juni

Höff, Elfriede, geb. **Wiwianka**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Auf dem Kamp 11, 58675 Hemer, am 5. Juni

Markert, Margarete, geb. **Kutzborski**, aus Neidenburg, jetzt Wasserlooser Weg 35, 24944 Flensburg, am 7. Juni

Marquardt, Christa, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Einsteinstraße 25, 10409 Berlin, am 6. Juni

Olias, Herbert, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Kronenstraße 37, 42697 Solingen, am 4. Juni

Püschner, Siegfried, aus Argental, Kreis Elchniederung, jetzt Pillauer Weg 34, 38642 Goslar, am 2. Juni

Raufeisen, Christa, aus Ernstwalde, Kreis Insterburg, jetzt Mensingstift 28, 28865 Lilienthal, am 3. Juni

Reinoss, Siegfried, aus Gailau, Kreis Lyck, jetzt Kronsforder Koppel 17, 23560 Lübeck, am 6. Juni

Schlicht, Artur, aus Diewens, Kreis Samland, jetzt Zum Beelande 10, 49744 Geeste, am 8. Juni

Scholz, Gerda, geb. **Kumpat**, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Fritz-Reuter-Platz 4, 30890 Barsinghausen, am 3. Juni

Sillack, Margot, geb. **Mikus**, aus Berlin, jetzt Friedensfelser Straße 13, 12279 Berlin, am 6. Juni

Skotzek, Alfred, aus Ortelsburg-Albertshof, jetzt Langmannskamp 46, 45276 Essen, am 8. Juni

Staschinski, Paul, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Dommelsberg 5, 55239 Gau-Odernheim, am 3. Juni

Tauscher, Vera, geb. **Grawitter**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Neuplanitzer Straße 24, 08062 Zwickau, am 6. Juni

Tell, Dr. Irmhilt, geb. **Wagenführ**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Löherweg 17, 80997 München, am 6. Juni

Walitzki, Heinz, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, jetzt Tassiloweg 15, 44139 Dortmund, am 6. Juni

Wallat, Helmut, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt Winkerstraße 22, 76327 Pfinztal, am 6. Juni

Wisotzki, Horst, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Schützenstraße 15, 27442 Gnarrenberg, am 3. Juni

Zacharias, Hildegard, geb. **Dziedo**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, jetzt Johanniterstraße 13, 79400 Kandern, am 7. Juni

Zachrau, Fritz, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Zur Waldwiese 15, 23521 Aumühle, am 2. Juni

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 31. Mai, 20.05 Uhr, N24: Das letzte Gefecht der Bismarck.

Sonnabend, 31. Mai, 21.10 Uhr, n-tv: Der Erste Weltkrieg in den Dolomiten.

Sonntag, 1. Juni, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Montag, 2. Juni, 20.15 Uhr, 3sat: Die Billigheimer.

Donnerstag, 5. Juni, 22.05 Uhr, N24: N24-History – Tod im Führerbunker.

Freitag, 6. Juni, 0.35 Uhr, VOX: Jugend in Deutschland.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2008

2. August: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen.)

26. bis 28. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10. bis 12. Oktober: 6. Kommunalpolitischer Kongreß in Allenstein

13. bis 19. Oktober: 54. Werkwoche in Bad Pyrmont

24. bis 26. Oktober: Seminar der Schriftleiter in Bad Pyrmont

8. / 9. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Jahr 2009

7. / 8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

25. / 26. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine südliches Ostpreußen

1. August: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

Nähere Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26. Auf die einzelnen Veranstaltungen wird in der *PAZ / Das Ostpreußenblatt* noch gesondert hingewiesen (Änderungen vorbehalten).

Ostheim – Sommerakademie Sticken

Das Ostheim führt auch dieses Jahr wieder eine Sommerakademie-Sticken in Bad Pyrmont durch. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das siebentägige Seminar beginnt am Montag, 21. Juli, 15 Uhr, mit der Einführung und endet am Montag, 28. Juli 2008 nach dem Mittagessen (12 Uhr).

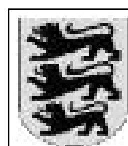
Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 376 Euro im Doppelzimmer, 418 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension, die Seminargebühr (ohne Material) und die Tagungskurkarte für sieben Tage.

Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden.

Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen, entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm / kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (0 52 81) 9 36 10, Fax: (0 52 81) 93 61 11, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



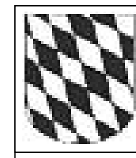
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

Schwenningen – Donnerstag, 5. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Senioren im Restaurant Thessaloniki. Es werden Geschichten von Agnes Miegel vorgelesen.

Stuttgart – Mittwoch, 11. Juni, 13.30 Uhr, Besuch des „Blühenden Barocks“ in Ludwigsburg. Fahrt mit der S-Bahn ab Stuttgart Hauptbahnhof mit der S4 oder S5. Treffpunkt ab 13.15 Uhr in der Klett-Passage vor dem Abgang zur S-Bahn. Bitte bei Urbat anmelden bis 5. Juni, Telefon (07 11) 72 35 80, Lüttich, Telefon (07 11) 85 40 93, oder Okun, Telefon (07 11) 4 89 88 79.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 12. Juni, 13 Uhr, Treffen der Frauengruppe am Hauptbahnhof Ulm. Fahrt nach Blaubeuren.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Ansbach – Sonnabend, 14. Juni, 15 Uhr, Treffen in der Orangerie zum gemeinsamen Ausflug nach Heilsbronn. Lassen Sie sich begeistern von dem schönen Marktgrafenstädtchen.

Dinkelsbühl – Sonnabend, 14. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Grillfest bei Frau Tietke.

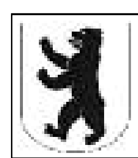
Hof – Dienstag, 3. Juni, 17 Uhr, Vorstandssitzung im Restaurant am Kuhbogen, Hof. – Sonnabend, 14. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kuhbogen. Thema: „Masuren – Land und Leute“. – Zur Muttertagsfeier hatte die Gruppe eingeladen. Der Erste Vorsitzende Christian Joachim dankte für das zahlreiche Erscheinen der Mitglieder und Gäste, die bunt geschmückten Tische und freute sich über die Ausgestaltung des Nachmittags durch die Tanzgruppe. Nach einem gemeinsam gesungen Lied gedachte Hildegard Drogomir dem bekannten Dichter Ernst Wiechert, der am 18. Mai 1887 in der Försterein Kleinort (Kreis Sensburg) geboren wurde und 1950 in der Schweiz verstarb. Mit einem starken abwechslungsreichen Programm trat die Tanzgruppe auf. Mit Vorträgen zum Muttertag, aber auch zum Vatertag, Frühlingslieder auf der Flöte gespielt und heimatlichen Tänzen, dieses Mal in schlesischer Tracht, boten die Vortragenden einen Einblick in ihre Vielseitigkeit. Großer Beifall war der Dank für diese gekonnte Darbietung unter Leitung von Jutta Starosta. In seinen Gedanken zum Muttertag erinnerte Christian Joachim an die Einführung dieses Tages zu Ehren der Mütter. Besonders die großen Fernsehproduktionen über Flucht und über die Tragödie mit der Gustloff haben eigentlich wieder einmal die außerordentlichen Leistungen der Frauen und der Mütter von damals herausgestellt. Ohne Rücksicht auf sich selber standen sie ein für ihre Kinder und gaben den mütterlichen Schutz, überspielten die Sorgen um das Essen für den kommenden Tag und gaben alles. Ein Grund mehr, diesen Müttern – ob nun den eigenen oder den vielen fremden – zu danken für unermüdliche Sorge um das Leben derer, die noch nicht alleine für sich sorgen konnten. Was wäre wohl aus den Deutschen geworden, wenn es nicht diese tapferen, umsichtigen und fleißigen Frauen gegeben hätte. Dank gilt aber auch den jungen, den neuen Müttern dieser Zeit. Als symbolisches Zeichen des Dankes zum Muttertag erhielt jede Mutter ein ostpreußisches Marzipanherz. Ebenso wurden die Blumensträuße und Blumentöpfe als Überraschung verteilt. Der Erste Vorsitzende dankte der Tanzgruppe für die wunderbare Ausgestaltung und bat um Vormerkung der nächsten Termine.

Kempten – Sonnabend, 7. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Pfarrheim Sankt Anton, Immerstädter Straße 50 (Klosterkirche).

München Nord / Süd – Freitag, 13. Juni, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Freitag, 13. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Tucherbräu am Opernhaus. Es steht die Jahreshauptversammlung mit einem zusätzlichen Bericht zum Deutschlandtreffen an.

Starnberg – Donnerstag, 12. Juni, Tagesfahrt ins Blaue.



BERLIN

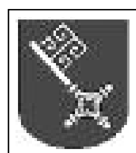
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, telefon (0 30) 2 54 73 43 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (0 30) 7 71 23 54



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 11. Juni, 9.30 Uhr, Berlin-Stadtrundfahrt ab Deutschlandhaus, Stresemannstraße 90. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (0 30) 7 71 23 54.



Gumbinnen – Donnerstag, 12. Juni, 14 Uhr, bei Frau Livert in der Schmiede“, Gutsstraße 1-3, 14089 Berlin. Anfragen: Joseph Lirche, Telefon (0 30) 4 03 26 81.

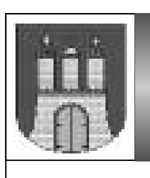


BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremen – Dienstag, 10. Juni, 14 Uhr, Treffen der Wandergruppe beim Roten Turm auf der Domsheide. Auskünfte und Kontakt bei Frau Kunz, Telefon 47 18 74. – Freitag, 13. Juni, 11 Uhr, Spargelessen im „Bollener Krug“, Bollen / Weser. Dazu lädt die Frauengruppe alle Mitglieder und Freunde herzlich ein. Es gibt Suppe, Spargel, Schinken und Schnitzel satt sowie Nachtisch. Nach dem Essen besteht Gelegenheit zu einem Spaziergang an die Weser, in die Marsch oder auf dem Deich. Auch der Kaffeegarten steht zur Verfügung. Preis für Busfahrt (Abfahrt 11 Uhr ab ZOB, Breitenweg) und Essen: 30 Euro. Anmeldungen an Frau Richter, Telefon 40 55 15 oder der Geschäftsstelle. Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (04 21) 3 46 97 18, erbeten. Der Preis ist bei Anmeldung auf das Konto 125 26 919, BLZ: 290 501 01 (Sparkasse Bremen), zu überweisen.

Bremerhaven – Auf dem letzten Heimatnachmittag der Gruppe, der diesmal unter der Leitung der Frauengruppe stand, trug die stellvertretende Vorsitzende Barbara Sandmann ihr Ausarbeitungen über „Luise, Königin von Preußen (1776–1810)“ vor. Diese außergewöhnliche Frau, eine geborene Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz, war seit 1793 Gattin des preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm (1770-1840), der seit 1797 als König Friedrich Wilhelm III Preußen in einer politischen schwierigen Zeit regierte. Mit ihm zusammen erlebte sie die Niederlagen der Jahre 1806 und 1807 gegen Napoleon, die Flucht bei Eis und Schnee nach Königsberg und später bis Tilsit, wo sie ohne Erfolg mit Napoleon über die Zukunft Preußens verhandelte. Die Königin Luise war sehr beliebt bei den Untertanen und galt als der „Engel Preußens“. Durch zehn Schwangerschaften und mehrere Krankheiten geschwächt, starb sie am 19. Juli 1810 in den Armen ihres Mannes. Die Vorsitzende der Frauengruppe, Marita Jachens-Paul, hatte zu Beginn fast 40 Mitglieder und Gäste begrüßen können, und den sechs Geburtstagskindern der letzten vier Wochen das Gedicht „Frühling in der Heimat“ gewidmet. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel mit gefülltem Streuselkuchen kam die kalte Dusche: Jachsens-Paul erklärte, daß es zumindest bei nächsten Heimatnachmittag keinen Kuchen geben wird! Kaum die Hälfte aller Erschienenen hätte sich vorher angemeldet, so daß viel zuwenig Kuchen eingekauft wurde. Um zukünftig allem Ärger deswegen aus dem Wege zu gehen, möge sich jeder am kommenden Heimatnachmittag (30. Mai) selbst etwas mitbringen. Kaffee und Tee sind im „Barlachhaus“ erhältlich. Der Vorstand werde sich überlegen, ob es bei dieser neuen Regelung bleiben wird oder nicht. Die Vorsitzende berichtete dann über den „Frühling in Franzrode“: ihre Mutter Lore Jachens hatte auf ihre humorvolle Art beschrieben, daß die Arbeit in ihrer Heimat im Kreis Labiau schon begann, als der letzte Schnee noch nicht geschmolzen war. Ställe ausmisten, Dung aufs Feld fahren und unterpflügen, danach Kartoffelstücke mit mindestens drei „Augen“ in die Erde setzen und hoffen, daß sie gut gedeihen. Dieses waren im Frühjahr die ersten Arbeiten im Moosbruch, dem von den Vorfahren urbar gemachten Moor.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (0 40) 5 22 43 79

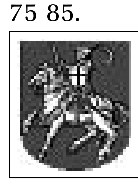
HEIMATKREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 25. Juni, 15 Uhr, Sommertreff der Gruppe in den ETV-Stuben, Bundestraße 96, Ecke Hohe Weide, Hamburg-Eimsbüttel (U-Bahnstation Christuskirche). Nach dem Kaffee soll in gemütlicher Runde mit Musik, Vorträgen und frohen Liedern an die Frühsommerzeit in der Heimat erinnert werden. Eintritt 2 Euro. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



Insterburg – Mittwoch, 4. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Versammlungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg. Auf der Tagesordnung stehen ein gemütliches Beisammensein und Schabbern. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon und Fax (0 40) 58 75 85.

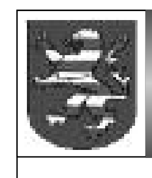


Osterode – Sonnabend, 14. Juni, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit gemütlichem Beisammensein im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg-Ohlsdorf. Ansprechpartner: Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt.

Sensburg – Sonntag, 8. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPEN

Hamburg / Billstedt – Dienstag, 3. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Ärztehaus, Restaurant, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Gäste willkommen. Anmeldung bei Amelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Darmstadt – Sonnabend, 14. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt. Nach der Kaffeetafel hält Dieter Leitner einen Vortrag über die Beziehungen zwischen Wilhelm Busch und Arthur Schopenhauer.

Frankfurt / Main – Eine Neuwahl des Vorstandes stand an. Satzungsgemäß besteht der neue Vorstand aus dem Vorsitzenden Martin-Georg Kragenings, den Stellvertretern Manfred Kilper und Elisabeth Grünzner, dem wiedergewählten Schatzmeister Sieghard Drews, der stellvertretenden Schatzmeisterin Helga Huhn, den Beisitzern Alwin Bockwoldt und Irmgard Lickmann, der Protokollführerin Cornelia Podehl und der Stellvertreterin Alma Bockwoldt sowie den Kassenprüfern Katrina Hegemer und Heinz Csallner. Der neue Vorstand hat sich vorgenommen, das Gemeinschaftsleben zu intensivieren und zusätzlich zu den regelmäßigen Monatstreffen jeden Monat künftig eine Aktivität durchzuführen wie zum Beispiel kleine Ausflüge in die Umgebung von Frankfurt am Main zu unternehmen, Museen und kulturelle Veranstaltungen zu besuchen. Die für den Juli geplante Bootsfahrt auf dem Main bis Aschaffenburg wird mit besonderer Spannung erwartet. Außerdem ist ein kleines Sommer-Grillfest geplant. Um die „landsmannschaftliche Verbundenheit“ mit Leben zu erfüllen, wird zu den Mitgliedern und Landsleuten, die aus gesundheitlichen Gründen an den Monatstreffen und Aktivitäten nicht immer teilnehmen können, durch Besuche und Telefonkontakte die Verbindung gehalten.

Gießen – Eine zahlenmäßige kleine Gruppe ist nicht gleichzusetzen mit Nachlassen der kulturellen Tätigkeiten. So referierte die Erste Vorsitzende Erika Schmidt über die Entstehung des Ostpreußenliedes. Es war für alle sehr interessant zu erfahren, wie dieses Lied – Text und Melodie – entstand. Beim monatlichen Treffen im April, hörte die Gruppe von Heinz Schmidt einen Vortrag zur Entstehung des Deutschen Ritterordens. Es war schon eine lange Entstehungszeit des Ordens bis zu seinen heutigen sozialen und diakonischen Tätigkeiten. Auch ein Teil der kleineren Orden sind zum Teil erhalten geblieben. Diese versorgen bis heute noch ihre Mitmenschen. Es sind dies der Malteser Hilfsdienst, die Johanniter-Unfallhilfe und die Templer. Aus das Deutsche Kreuz und die Sozialstation der Arbeiterwohlfahrt schöpfen ihr Gedankengut aus dem hilfreichen Konzept des Deutschen Ordens.

Hanau – Mittwoch, 11. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

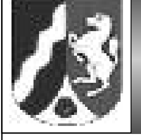


NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68.

Helmstedt – Donnerstag, 5. Juni, 8.30 Uhr, Treffen zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Nähere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (0 53 51) 91 11. – Donnerstag, 12. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Parkhotel Albrechtstraße 1, 38350 Helmstedt. Nähere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (0 53 51) 91 11.

Rinteln – Donnerstag, 12. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, großer Saal, Klosterstraße 42, Rinteln. Im Mittelpunkt der Veranstaltung wird der Bericht des Vorsitzenden über das Deutschlandtreffen in Berlin stehen. Außerdem werden Termine für das zweite Halbjahr besprochen. Mitglieder und Freunde sowie interessierte Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen geben Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (0 57 51) 30 71, oder Joachim Reuschat, Telefon (0 57 51) 53 86. – Montag, 16. Juni, 19 Uhr, Auftritt des russischen Kammerchors Credo aus Gumbinnen in der evangelischen Stadtmissionsgemeinde, Waldkaterallee 1a, Rinteln. Dieser Chor bringe klassische und geistliche Werke, russische, weißrussische und ukrainische Folklore sowie Lieder der Romantik zu Gehör. Jedermann ist herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei, es darf aber ein freiwilliger Obolus entrichtet werden.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Landesgruppe – Sonntag, 13.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Juli, 11 Uhr, Kulturveranstaltung der Landesgruppe auf Schloß Burg, Solingen, auf der Freifläche vor der Gedenkstätte des Deutschen Ostens. Die Kundgebung beginnt um 14 Uhr.

Bielefeld – Donnerstag, 12. Juni, 15 Uhr, „Ostpreußisch Platt" in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Düsseldorf – Mittwoch, 11. Juni, 15 Uhr, Filmvorführung: „Im Westen nichts Neues" im Eichendorff-Saal, GHH. – Freitag, 13. Juni, 18 Uhr, Stammtisch mit Erich Pätzel im Restaurant Akropolis, Immermannstraße 40.

Gütersloh – Montag, 2. Juni, 15 Uhr, Treffen Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt: Ursula Witt, Telefon 3 73 43. – Dienstag, 3. Juni, 15 Uhr, Treffen der Ostpreußischen Mundharmonika-Gruppe in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt: Bruno Wendig, Telefon 5 69 33.

Haltern – Die Delegiertenversammlung des BdV fand in der Gaststätte Kolpingtreff statt. Die Delegierten der Gruppen: Ost- und Westpreußen, Schlesien und Pommern sowie der Deutschen aus Rußland bestätigten bei der Jahreshauptversammlung den Vorstand in seinen Ämtern. Erster Vorsitzender Kurt Peters, Stellvertretende Vorsitzende Tanja Rüdiger, als Schriftführerin wurde Eva-Maria Delitsch, als Pressesprecher Adolf Nowinski wiedergewählt. In diesem Jahr lädt der BdV-Haltern zu zwei öffentlichen Veranstaltungen ein: „Tag der Heimat" (30. August) und das Erntedankfest in der Lipramsdorfer „Alten Mühle" (12. Oktober). Zum Abschluß der Veranstaltung dankte der Vorsitzende Kurt Peters Maria Matuszczyk, die die Arbeit des Vorsitzenden der Schlesier Gerhard Adolph (der 2007 verstarb) und Elke Nagorny, die die Arbeit des Vorsitzenden der Pommern Günter Wegener (der 2007 verstarb) fortführt. Somit bleibt das Weiterbestehen der einzelnen Gruppen gesichert.

Lengerich – Die letzte Zusammenkunft stand ganz im Zeichen des traditionellen Grützwurstessens der Gruppe. Als Beilage gab es Kartoffelbrei und Sauerkraut. Man schwelgte gemeinsam in Erinnerungen, wobei auch einige Kochrezepte ausgetauscht wurden. Es war ein sehr harmonischer Nachmittag. – Auf der Jahreshauptversammlung ließ man das abgelaufene Jahr Revue passieren. Die Vorsitzenden Irmgard Werlich begrüßte die Mitglieder. Nach dem Kaffeetrinken wurde die Tagesordung zur Jahreshauptversammlung zügig abgewickelt. Bei den Vorstandswahlen wurden zwei zusätzliche Positionen geschaffen: die der Frauenwartin (Hanni Rohrmoser) sowie die eines Schriftführers (Werner Bohnenkamp). Der alte Vorstand wurde einstimmig in seinem Amt bestätigt. Dies sind: Irmgard Werlich (Erste Vorsitzende), Helmut Borkowski (Zweiter Vorsitzender), Gisela Hohmann (Kassenwart) und Günther Vongehr (Kulturwart). Die Vorsitzende bedankte sich besonders bei der Kassenwartin Gisela Hohmann für ihren unermüdlichen Einsatz mit einem Blumenstrauß. Eine Anerkennung galt unserem Lm. Claus Thierbach für seinen Bereitschaft, immer wieder neue und interessante Filme über die Heimat zu zeigen. Als Dank erhielt er ein echt ostpreußisches Getränk.

Mönchengladbach – Montag, 2. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Bürgerklause".

Neuss – Das Frühlingsfest der Kreisgruppe Neuss stand unter keinem guten Stern, denn es waren wieder einmal auch andere große Veranstaltungen in Neuss. Auch war es einer der ersten schönen Frühlingstage, und da hatte der Vorsitzende der Gruppe, Peter Pott, große Bedenken, daß das Marienhaus nicht voll würde. Diese Sorgen haben sich schnell zerschlagen, denn der Saal füllte sich zusehends. Es konnten auch einige Ehrengäste durch den Vorsitzenden begrüßt werden. Wie die 1. Stellvertretende Bürgermeisterin von Neuss, Angelika Quiring-Perl, die Ratsfrau Ursula v. Nollendorf, der Ehrenvorsitzende der Gruppe, Kurt Zwikla, der Vorsitzende der örtlichen Schlesier, Theo Jantosch, der Vorsitzende des Neusser Eifelvereins, Karl-Heinz Steinbeck, sowie Gustav Obereiner vom BdV Kaarst-Büttgen. Das Frühlingsfest ist eine alte ostpreußische Tradition, das landauf, landab groß gefeiert wurde. Nach langer Winterzeit freute man sich auf den nahenden Frühling, und die Natur begann zu leben. Diese Tradition wird auch bei den Ostpreußen fortgesetzt. Man wird und darf die ostpreußische Kultur nicht verdrängen oder vergessen, sondern wird diese immer hoch halten, solange es eine Landsmannschaft Ostpreußen gibt, so Pott. In Neuss sprießen schon die ersten Bäume vom Heimatwald der Landsmannschaften. Mit Bildern, die einige Tage vor dem Frühlingsfest gemacht wurden, dokumentierte Pott das Anwachsen der Bäume, speziell der beiden Eichen aus Masuren, die die jetzige Bürgermeisterin der Stadt Lötzen, Jolante Piotrowska, zum Pflanzen persönlich mitgebracht hatte. In seiner Begrüßungsansprache sprach Pott auch über das Dokumentationszentrum über Flucht und Vertreibung (Zentrum gegen Vertreibungen), das jetzt im Deutschen Haus in Berlin entstehen soll. Es soll und muß eine Mahnung sein, daß Flucht und Vertreibung sich nicht widerholen lassen und daß so ein Geschehen geächtet werden muß. Bei Kaffee und Kuchen und ostpreußischen Spezialitäten erfreuten sich alle Besucher. Es war wieder viel Zeit zum Schabbern. Es ist erstaunlich, wie jung die Ostpreußen in Neuss bleiben, denn zu den Klängen von Achim Heik und Alfred Schulz wurde wieder sehr viel getanzt. Es gab auch eine große Tombola mit 350 Preisen. Diese wurden in mühevoller Kleinarbeit gesammelt und verpackt. Für die Tombola-Aktion müssen die Aktivsten hervorgehoben und gelobt werden, besonders Frau Brunhilde Weise und ihre Schwester Frau Elvira Drewes. Beide haben Neusser Geschäftsleute angesprochen und Preise gesammelt. Auch hat Frau Drewes viele Sachpreise in handwerklicher Kleinarbeit selbst angefertigt. Manfred Skirlo übernahm die Wahl der Maikönigin und es wurde in diesem Jahr das Mitglied, Hedwig Sokoll. An dieser Stelle muß allen gedankt werden, die das Frühlingsfest mit organisiert haben und durch ihre Aktivität zum großen Gelingen beitragen. So klang ein froher und gemütlicher Nachmittag aus, und alle Beteiligten konnten voll Freude und Zufriedenheit ihren Heimweg antreten.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

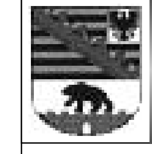
Neustadt a. d. W. – Sonnabend, 14. Juni, 9.20 Uhr, Ausflug der Gruppe in das Storchenzentrum (mit Führung) in Bornheim bei Landau. Treffpunkt ist der Bahnhofsvorplatz in Neustadt a. d. W. An den Besuch bei den Störchen schließt sich ein gemütliches Beisammensein mit Mittagessen in Dammheim an. Teilnehmer melden sich verbindlich umgehend bei Lm. Schusziara, Telefon (0 63 21) 1 33 68, an.



SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (03 72 92) 2 20 35, Fax (03 72 92) 2 18 26. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag, 9 bis 15 Uhr.

Dresden – Dienstag, 3. Juni, 14 Uhr, Treffen in der BdV-Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3, 01309 Dresden. Es wird der Dokumentarfilm über Pommern „Meiner Mutter Land" von Michael Majerski gezeigt.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

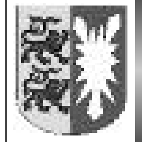
Aschersleben – Donnerstag, 12. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Bestehornhaus", Hechnerstraße 6, 06449 Aschersleben. Es gibt einen Vortrag über Albert Schweizer.

Dessau – Montag, 9. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof".

Gardelegen – Freitag, 13. Juni, Sommerfest auf dem Dampfer „Die Queen" in Arendsee.

Magdeburg – Sonntag, 8. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Sommerbeginn in der Gaststätte Post, Spielhagenstraße.

Schönebeck – Freitag, 30. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus Luise, Behindertenverband Schönebeck, Moskauer Straße 23. Der Heimatnachmittag ist verbunden mit einer Ausstellung „60 Jahre nach Flucht und Vertreibung und die Eingliederung in der neuen Heimat". Alle Heimatfreunde und Mitglieder sind herzlich eingeladen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Bad Oldesloe – Donnerstag, 12. Juni, Treffen der Gruppe im DRK-Haus, Lübecker-Straße. – Die Gruppe war mit Gästen im schönen Norden Schleswig-Holsteins unterwegs. Aus dem Bus schweiften die Blicke über das frische Grün und das satte Gelb der blühenden Rapsfelder. Ziel der Fahrt war zunächst die malerische Kleinstadt Kappeln. Von dort aus ging es mit der „Schlei Princess", einem historisch nachempfundenen Raddampfer, vorbei an Arnis, Karschau, Bienebeck und dem historischen Sieseby nach Lindaunis. Anschließend ging es zurück nach Kappeln. Bei der Schlei handelt es sich um eine Förde, die während der Eiszeit entstand und eine Länge von 42 Kilometern aufweist. Die Rückfahrt erfolgte über die Autobahn. Georg Baltrusch, der die Fahrt organisiert hatte, hatte auch das passende Wetter dazu bestellt. Er und seine Frau wurden mit einem herzlichen Dankeschön verabschiedet.

Bad Schwartau – Mittwoch, 11. Juni, Treffen der Gruppe mit Rudolf Scheffler. Dieser unternimmt auf eigene Kosten seit 1992 humanitäre Hilfstransporte nach Nord-Ostpreußen. Er hat die Organisation „Brücke nach Domnau" initiiert, über die nun die jährlichen Hilfsfahrten geplant und durchgeführt werden.

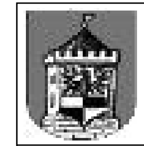
Kiel – Zahlreiche Mitglieder der Ostpreußen-Hilfsgemeinschaft waren erschienen, um gemeinsam einige Stunde zu verbringen. Der Zweite Vorsitzende E. Libuda eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die Anwesenden. Geplant war eigentlich ein größeres Fest mit Gästen, denn man konnte das 60jährige Bestehen der Gruppe feiern. Doch die Geschäftsführerin Margarete Beyer mußte leider mitteilen, daß die Vorsitzende Hannelore Berg aufgrund einer schweren Erkrankung ihre Tätigkeit im Moment nicht ausüben kann. Deshalb wird das 60jährige Bestehen der Gemeinschaft erst nach ihrer Genesung gefeiert. Auf diesem Wege wünscht die Gruppe ihrer Vorsitzenden alles Gute und baldige Genesung. Nach dem Kaffeetrinken sang man erst zwei Frühlingslieder und I. Kolberg erzählte eine erlebte „lustige" Geschichte: wie zwei Ostpreußinnen – damals nach der Flucht –, denen das holsteinische Platt nicht geläufig war, in die Irre geschickt wurden. Auch Herr v. Gottberg erzählte eine Geschichte aus seiner Jugendzeit. Als er mit seinem Vater von Pommern nach Königsberg gereist war und die Besichtigung des Dimes und des Grabmals Immanuel Kants einen bleibenden Eindruck bei ihm hinterließ. Frau Henke erfreute die Teilnehmer mit einer lustigen ostpreußischen Geschichte, und E. Jaursch las ostpreußische Späßchen, so daß die Stunden wie im Fluge vergingen.

Neumünster – Mittwoch, 11. Juni, 9 Uhr, Treffen am Busbahnhof hinter dem Finanzamt. Abfahrt zum Jahresausflug nach Burgtiefe auf Fehmarn. Anmeldungen bitte umgehend (bis spätestens 3. Juni) an Brigitte Profé, Telefon (0 43 21) 8 23 14. Dort erhält man auch nähere Auskünfte zur Fahrt. – Die 1. Vorsitzende Brigitte Profé konnte bei der letzten Veranstaltung der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Neumünster, zahlreiche Mitglieder begrüßen. Rechtsanwalt und Notar Peter Steinbach verstand es wieder die Teilnehmer mit seinem ausführlichen und anschaulichen Vortrag „Erbrecht" zu fesseln. Ein so vielschichtiges Thema wie zum Beispiel Aufsetzen eines Testaments, Nachlaß vorbereiten, erben, vererben, Pflichtteil, Erbvertrag, Erbfolge, Erbausschlagung, verdeutlicht er durch einige Beispiele, und machte es dadurch sehr verständlich. Für Fragen und Aussprache nahm sich Peter Steinbach genügend Zeit und alle dankten ihm für die

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (0 42 61) 80 14, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme)

Angerburger Kulturpreisträger gestorben – Der Volkskundler, Oberstudienrat a. D. Alfred Cammann ist am 20. April 2008 im hohen Alter von 98 Jahren verstorben. Für sein literarisches Werk „Die Masuren" wurde er 1995 vom Landkreis Rotenburg (Wümme) mit dem Angerburger Kulturpreis ausgezeichnet. Mit diesem Werk hat er der Landschaft Masuren und ihren Menschen ein bleibendes Denkmal gesetzt. Als gebürtiger Niedersachse hat Alfred Cammann nach dem Ersten Weltkrieg und der damit verbundenen Trennung Ostpreußens vom Deutschen Reich ein Ostsemester (Sommersemester 1930) an der Universität Königsberg absolviert, wobei der 21jährige von Land und Leuten fasziniert war. So verbrachte er nach seinem Staatsexamen in Göttingen das erste Jahr seines Referendariats als zukünftiger Lehrer am Gymnasium in Stallupönen. Seinen Wehrdienst leistete er in Tilsit und verlebte das zweite Referendariatsjahr am Hufengymnasium in Königsberg. Bereits 1935 zeigte er seiner späteren Frau auf einer Exkursion Masuren. Weit über 1000 Interviews mit Angehörigen deutscher Minderheiten in Ungarn, Rumänien, der Ukraine, Bessarabien, Wolhynien sowie aus Ost- und Westpreußen, Schlesien und Pommern hat er aufgenommen. Weiter sind aus seiner Feder erschienen: „Märchen des Preußenlandes" und „Westpreußische Märchen". Das 1984 übergebene Cammann-Archiv befindet sich im Institut für Heimatforschung in Rotenburg (Wümme), es umfaßt 311 Tonbänder und rund 12 000 Datensätze, fast 900 umfangreiche Mappen mit Dokumenten und Erzählungen, Tausende von Bildern sowie eine Bibliothek mit rund 3000 Bänden. 1961 wurde Alfred Cammann in die historische Kommission für Ost- und Westpreußen berufen. 1997 wurde seine wissenschaftliche Arbeit in der Kommission mit der Ehrenmitgliedschaft gewürdigt. Der Umfang und die Bedeutung seiner literarischen Tätigkeit sind außerordentlich beachtlich. Die Erzählforschung hat ihm viel zu verdanken, besonders für Ost- und Westpreußen und nicht zuletzt für Masuren. Alfred Cammann wird den Angerburgern als Geschichtsschreiber besonderer Art unvergessen bleiben.

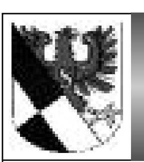
Ausstellung zur Luftfahrtgeschichte in Angerburg (Wegorzewo) – „Mit Windkraft und Propeller – Bilder aus Ostpreußens Luftfahrtgeschichte", so lautet der Titel einer Ausstellung im „Muzeum Kultury Ludowej" (Volkskulturzentrum in Wegorzewo). 54 Text-Bild-Tafeln werden dort die Besucher informieren. Die Eröffnung der Ausstellung in Angerburg wird am Donnerstag, 12. Juni 15 Uhr, stattfinden. Nach einer kurzen Ansprache der Direktorin des Museums, Krystyna Jarosz, wird Dr. Christoph Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg in das Thema einführen. Um 16 Uhr soll ein musikalischer Höhepunkt die Eröffnungszeremonie beschließen. Die beteiligten Museen in Angerburg (Wegorzewo) und Lüneburg würden sich insbesondere über die Anwesenheit von Angerburgern und Interessierten an der Luftfahrtgeschichte Ostpreußens bei der Eröffnung freuen. Auch danach lohnt sich ein Besuch der Ausstellung im Volkskulturmuseum in Angerburg. Heimatreisende sind ebenfalls ganz herzlich zum Besuch der Ausstellung eingeladen.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Tel.: (0 41 01) 2 20 37 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

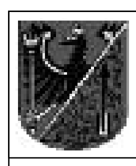
Klarstellung – In Folge 19, Seite 15, der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* vom 10. Mai 2008 bezeichnet sich der vor vier Jahren abgewählte ehemalige Kreisvorsitzende Louis-Ferdinand Schwarz als „Ehrenvorsitzender der Kreisgemeinschaft Fischhausen". Hierzu stellen wir, der Vorstand der Kreisgemeinschaft Fischhausen e.V., berichtigend fest: Der Ortsvertreter Schwarz ist nicht Ehrenvorsitzender der Kreisgemeinschaft Fischhausen! Eine Ernennung zum „Ehrenvorsitzenden" war in der gültigen Satzung der Kreisgemeinschaft nicht vorgesehen. Die seiner Zeit vorgenommene „Wahl" zum Ehrenvorsitzenden war zudem nicht rechtsverbindlich! Selbst wenn über eine „Ernennung" (nicht Wahl!) hätte abgestimmt werden sollen, wäre es aus formaljuristischen Gründen zwingend erforderlich gewesen, dieses zuvor als Tagesordnungspunkt in der Einladung zur Sitzung der Ortsvertreter aufzuführen, um allen Ortsvertretern die Möglichkeit einzuräumen, ihren Willen zu äußern (ggf. auch schriftlich bei Abwesenheit). Während der Vorstandswahl – als eigenständige Handlung im Rahmen der Sitzung der Ortsvertreterversammlung – eine solche Abstimmung zu lancieren und vom Wahlleiter durchführen zu lassen, war somit rechtsunwirksam. Der Wahlleiter war nicht Sitzungsleiter und somit nur für die Durchführung der Vorstandswahl zuständig. Darüber hinaus hatte er keinerlei „Leitungsfunktion" und führte deshalb diesen „angeblichen Wahlakt" anmaßend und rechtswidrig durch. Der gesamte Vorgang war aus den vorstehenden Gründen bedeutungslos und ohne Rechtskraft. Der Gesamtvorstand hat seiner Zeit, nach eingehender Prüfung und Beratung mehrheitlich beschlossen und schließlich mit Schreiben vom 23. Dezember 2005 Louis-Ferdinand Schwarz mitgeteilt, daß die Zuerkennung des Titels nicht rechtmäßig war und er nicht den Titel „Ehrenvorsitzender" führen darf. Gegen diesen Vorstandsbeschluß hat Schwarz ständig schriftlich (unter anderem in Visitenkarten und Briefkopf) und mündlich wie letztlich durch seine Veröffentlichungen in oben angeführten Ausgabe, verstoßen. Der Vorstand betrachtet das erneute, zeitgleiche Reiseangebot „in den Kreis Fischhausen", neben der offiziellen Veranstaltung der Kreisgemeinschaft, als bewußte vereinsschädigende Handlung. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Fischhausen



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (0 52 31) 3 71 46, Fax (0 52 31) 2 48 20, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (0 41 42) 35 52, Telefax (0 41 42) 81 20 65, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de

Dorftreffen Schuiken (Spechtsboden) – Vom 7. bis 10. August 2008 findet in Plau am See (Mecklenburg) das nächste Dorftreffen von Schuiken (Spechtsboden) / Kreis Goldap statt. Ansprechpartner sind Walter Kentreit, Telefon und Fax (0 69) 69 18 49, E-Mail wkentreit@tiscalinet.de, und Herbert Tchorrek, Telefon (03 57 53) 1 41 09.



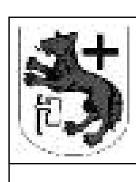
GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

Heimattreffen in Lüneburg – Landsmann Gaudszuhn hatte zum 8. Heimattreffen in Lüneburg eingeladen, das wieder von vielen Landsleuten aus Stadt und Land Gumbinnen besucht wurde. – Um 10 Uhr hatte sich der heimatlich geschmückte Saal überraschend schnell gefüllt, so daß Günter Gaudszuhn alle Anwesenden herzlich begrüßen konnte. – Frau Banse, die stellvertretende Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Gumbinnen, übermittelte ein Grußwort von Eckard Steiner, dem Ersten Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Gumbinnen, und begrüßte die Teilnehmer des Treffens. Frau Banse hatte im Februar dieses Jahres Gumbinnen besucht und berichtete nun von ihren Eindrücken. Als eine Reisemöglichkeit begrüßte sie die Tatsache einer schnelleren Anreise per Flugzeug (Kosten 280 Euro) und Weiterreise per Bus nach Gumbinnen. Zunächst fielen ihr in Gumbinnen die sauberen Straßen und Wege auf, sie fand viele neue Baumaßnahmen, aber leider auch die nicht zu übersehende Tatsache: die Kluft zwischen arm und reich vergrößert sich. Die dreimal in der Woche erscheinende Zeitung beschäftigt sich auf einer Seite mit der Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit. Das große Fresko in der ehemaligen Friedrichschule konnte freigelegt und nach Beseitigung der Übertünchung endlich restauriert werden. Die Kosten für diese große Arbeit können gedeckt werden von Spenden und auch von der Öetker-Stiftung. Wer kann sich nicht an die anschauliche Darstellung erinnern: Die Einwanderung der Salzburger, die wegen ihres Glaubens verfolgt wurden und in Ostpreußen, zum großen Teil im Raum Gumbinnen, eine neue Heimat fanden. Eine auf diesem Bild festgehaltene Erinnerung an unsere deutsche Vergangenheit. Von einem Teil der Spenden konnte auch der große Kronleuchter restauriert werden. Im Mai 2008 soll diese aufwendige Arbeit fertig sein, und beim Stadtgründungsfest wird die Einweihung stattfinden. Frau Banse machte auch auf das große Deutschlandtreffen der Ostpreußen zu Pfingsten in Berlin aufmerksam, wo auch Gumbinnen mit einem Stand vertreten sein wird. Sie berichtete auch von der Neugestaltung des Gumbinner Heimatarchivs in Bielefeld und bat, jede Art von Nachlaß, der an die Heimat erinnert, dahin abgegeben wird, damit er dort eine neue Bleibe findet und nicht vernichtet wird.

Nach wie vor sind viele Äcker nicht bestellt, die Dörfer in einem schlechten und ärmlichen Zustand. Günter Gaudszuhn zeigte anschließend den Film „Balga, eine Dokumentation", die von einem jungen Kriegsberichterstatter gedreht wurde. Balga, in den letzten Monaten des Krieges Februar / März / April 1945 – Der Endkampf eines sinnlosen Krieges! Grausame Bilder von Tod und Sterben, Verwundete, junge Menschen, die im Sterben nach der Mutter riefen! Kampf – wofür? Tiefe Erschütterung bei den Zuschauern.

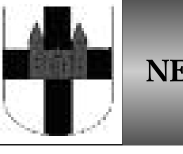
Das gemeinsame Mittagessen löste dann ein wenig die Spannung. Aber was wäre so ein Heimatreffen ohne die kleinen Geschichten aus der Heimat, die, wie so oft, von Frau Schulzke, unserer Alterspräsidentin vorgelesen wurden, aber auch von anderen. Die Anwesenheitslisten, die von den Besuchern ausgefüllt worden waren, wurden abschließend vorgelesen. Von den rund 40 Teilnehmern waren erstaunlich viele jüngere Jahrgänge dabei. Landsmann Gaudszuhn schloß das Treffen mit dem Dank an seine Helfer Ingeborg Hirsch und Herrn Marchel. An die erkrankte Eva Grumblat wurden Grüße übermittelt. Lm. Gaudszuhn wies noch darauf hin, daß das 9. Heimattreffen am 11. Oktober 2008 stattfindet, und bat, sich diesen Termin zu notieren und das Treffen wieder zu besuchen.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Georg Jenkner, Lenauweg 37, 32758 Detmold, Telefon (0 52 32) 8 88 26, Fax (0 52 32) 69 87 99, E-Mail: Georg.Jenkner@mx.de

Neues aus dem Lehrter Rathaus – Bürgermeisterin Voß und Bürgermeister Baxmann stellten sich der örtlichen Presse. Gemeinsam mit Bürgermeister Alfred Baxmann aus Burgdorf berichtete Jutta Voß über die Reise vom 24. bis 29. April nach Heiligenbeil. Ein Teil des Kreises Heiligenbeil unterliegt der russischen Verwaltung. Von Lehrtes Paten, dem Vorstand der Kreisgruppe Heiligenbeil und den russischen Behörden gleichermaßen gut geführt und unterrichtet, konnten sie sich ein umfassendes Bild von dem jetzigem Land und den freundlichen Bewohnern machen. Der gewonnene Eindruck war positiv. Es wurden die offizielle Termine in Heiligenbeil, Zinten, Bladiau, Balga, Morren, Lichtenfeld, Schönwalde und Eichholz wahrgenommen. Die langsam gewachsenen Beziehungen sollen auf einigen Gebieten (Schulen und Vereine sowie auch Geschäftsleute, Jäger und Touristen) vertieft werden. Die Landschaft (sie galt seit jeher als Kornkammer Deutschlands) ist fruchtbar. Das ertragreiche Land ist nur zum Teil unter dem Pflug. Vielfach erinnert der achtlos entsorgte viele Müll an Neapel, wie es uns dieser Tage das Fernsehen in eindringlichen Bildern zeigte. Die nebulösen russischen Geschäftemacher und Geldleute investieren punktuell und schaffen somit begehrte Arbeitsplätze. Ebenso der bekannte Baby-Nahrungshersteller Hipp, der hier im Rahmen der Globalisierung billige Arbeitsplätze schaffte. 1000 Hektar wurden ihm zur Verfügung gestellt. Die Entfernung zu Moskau beträgt über 1400 Kilometer und die schöne Ostseeküste mit dem Frischen Haff läßt das Heimweh vieler Vertriebener erahnen und verstehen. Die „Neubürger" – die meisten sind hier schon geboren – zeigen großes Interesse für Geschichte und Kultur der früheren Bewohner und suchen deren Bekanntschaft und auch Freundschaft. Heiligenbeil hat heute 8000 Einwohner, während in Zinten nur noch wenige leben. Eine sehr schöne Stadt ist Königsberg (Kaliningrad) das Tor „Ostpreußens" zur Welt. Mit seinen historischen Gebäuden und den gepflegten Parkanlagen für jeden Besucher eine Augenweide. Am 25. April wurde eine Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen den Städten Mamonowo (Heiligenbeil) und Lehrte abgegeben. Beide Städte bekundeten den Willen ‚diese Patenschafsbeziehung aufrechtzuerhalten, weiter zu entwickeln und zu fördern in gegenseitiger Freundschaft. ... Im Geist der Freiheit und des Friedens, einen Beitrag zur Verständigung der Bürger untereinander zu leisten ..., so Jutta Voß und Oleg. V. Schlyk (Gastgebender Bürgermeister) von Mamonowo (Heiligenbeil).



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (0 28 50) 10 17

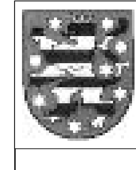
Gerhard Toffel wird 80 Jahre – Einen besonderen Geburtstag kann am 30. Mai unser Kreisältester, ehemaliger stellvertretender Kreisvertreter, Schriftleiter, langjähriges Mitglied des Kreistages und Kreisausschusses sowie seit Jahrzehnten Ansprechpartner zur Patenstadt Bochum, Gerhard Toffel, feiern. Lm. Toffel wurde 1928 in Kleinkosel, Kreis Neidenburg, geboren. Nach Schulbesuch und Antritt einer Verwaltungslehre bei der Stadtverwaltung Löbau (Westpreußen) mußte auch er am 18. Januar 1945 die Heimat verlassen. In der Lüneburger Heide angekommen, wurde er für die letzten Kriegsmonate noch zur Wehrmacht einberufen. Durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse bedingt, fand er erst 1956 eine Anstellung in der Verwaltung unserer Patenstadt Bochum, bevor er 1963 zum Landschaftsverband Westfalen-Lippe überwechselte. Dort war er zuletzt 20 Jahre lang in verantwortlicher Funktion im Personalwesen bis zum Erreichen der Altersgrenze tätig. Im Rahmen seiner ehrenamtlichen Tätigkeit für unsere Kreisgemeinschaft oblagen ihm seit 1965 der Aufbau und die Führung der umfangreichen Neidenburger Bilddokumentation. Daneben übernahm er 1970 die Organisation und Ausgestaltung unserer Heimattreffen in Bochum. Außerdem gehörten zu seinen Aufgaben die Betreuung und der Ausbau der Heimatstube, in deren Mittelpunkt die Bewahrung und Pflege der Tradition, des Brauchtums und Kulturgutes unserer Heimat in Wort, Bild und Ton stand. Hier hat dich Gerhard Toffel in besonderer Weise verdient gemacht. Im Zusammenwirken mit dem damaligen Kreisvertreter Wolf-Joachim Becker hat er in mühsamer Kleinarbeit die beiden Bildbände über den Kreis Neidenburg erstellt und herausgegeben. Von 1985 bis 1993 war er

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 21

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

interessanten Erläuterungen, die dazu anregen, sich rechtzeitig mit diesem wichtigen Thema zu befassen.

Pinneberg – Donnerstag, 19. Juni, 8 Uhr, Busfahrt der Gruppe. Ziel sind die Hansestadt Wismar und die Insel Poel. Information: R. Schmidt, Waldenauer Marktplatz 11, 25421 Pinneberg, Telefon (0 41 01) 6 26 67.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga / Elster, Telefon (03 66 23) 2 52 65.

Landesgruppe – Der Künstler Helmut Bednarek stammt aus Schlesien und ist seiner Heimat sehr verbunden. In mehreren Festsälen in der Heimat hängen vom ihm geschaffene Porträts von Eichendorff und Hauptmann sowie auch andere Bilder. Mit der Übergabe des Porträts von J. G. Herder an den Vorsitzenden des BdV-Thüringen, Egon Primas (MdL), möchte der Maler auch die Verbundenheit zu Ostpreußen zeigen. Herr Primas bedankte sich beim Künstler für dieses gelungene Werk und versicherte Herrn Bednarek, daß er sich dafür einsetzen wird, daß dieses Bild einen würdigen Platz in Mohrungen bekommt. Primas will mit dem Bild die Arbeit der Arbeitsgruppe „Jugend und Schule" und somit ein geplantes Projekt unterstützen, das in der ehemaligen Herderschule (heute Leon-Kruczowskij-Lyzeum) von Mohrungen vorgesehen ist. Den Künstler hat schon zur Jugendzeit stets fasziniert. Seinem Lehrer ist es immer wieder gelungen die besondere Rolle Herders im Weimarer Viergestirn Wieland, Herder, Goethe und Schiller herauszustellen. Für ihn ist Herder in seiner Weltanschauung sozusagen der deutsche Rousseau. Er formulierte das neue Lebensgefühl, das damals offenbar eine ganze Generation von Mitteleuropäern erfaßt hatte. Es bestand in einer erneuerten religiösen und philosophischen Auffassung der Natur, einer Auffassung, die die Entgötterung der Welt beklagte und sie durch eine neue Religiosität wieder beseelen wollte, eine Weltanschauung, die auch heute ihre Gültigkeit besitzt.

Erfurt – Auch in diesem Jahr diente der Europatag auf dem Hauptfriedhof in Erfurt dem Gedenken der Toten des Zweiten Weltkriegs. Eingeleitet durch ein Posaunen-Quartett, setzte der Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) und CDU-Abgeordnete des Landtages (MdL), Egon Primas, Zeichen gegen Flucht und Vertreibung. Wies aber mit diesem Gedenken auch den Weg in die Zukunft. Die SPD-Landtagsabgeordnete Birgit Pehlke schloß sich mit einfühlsamen Worten dem Vorredner an. Der Dompfarrer der Stadt Erfurt kennt das Vertreibungsschicksal aus dem eigenen Erleben seiner Eltern. Eindringlich verwies er auf die große Kraft des Glaubens und schloß mit gemeinsamen Gebet und Segen die Veranstaltung. Die Sandsteinsäule mit den Emblemen der Vertreibungsgebiete leuchtete durch zahlreiche Kränze und Blumengebinde, die von den Anwesenden niedergelegt worden waren.

Niemand flieht mit einem Ölgemälde

Ein Bild und seine wechselvolle Geschichte

Von GÜNTER HAUGWITZ

Häuser, Höfe, ganze Ortschaften in Ostpreußen sind beim und nach dem Einfall der Russen im Zweiten Weltkrieg verschwunden. Sie wurden in den letzten Kriegstagen von einer erbarmungslosen Kriegsmaschine einfach ausradiert oder, wenn nicht mehr bewohnbar, nach dem Kriegsende als Baumaterial abgetragen. Das ehemalige samländische Gut Amalienhof gehört zu den vielen, die aufhörten zu existieren und die heute auf keiner neueren Karte unter einem russischen Namen zu finden sind.

Wo lag das Gut Amalienhof, das zum Dönhoffschen Besitz gehörte? Wenn man einen Kartenausschnitt vom Landkreis Königsberg im Maßstab von 1:25 000 aus den 40er Jahren des vorherigen Jahrhunderts zu Rate zieht, kann man es lokalisieren. Zugestanden: Nur auf einem Meßtischblatt, wie eine solche Karte hieß, waren das Gut und selbst seine größeren Gebäude zu erkennen. Amalienhof lag an der Chaussee von Löwenhagen nach Königberg, dicht vor dem Dorf Steinbeck. Aber wie sah Amalienhof, das zum Hauptgut Friedrichstein mit dem bekannten Schloß gehörte, aus?

Ein Ölgemälde gibt Auskunft. Das vorliegende Bild vom Gut Amalienhof im Samland wurde nach keiner Vorlage, keiner Fotografie oder einer Skizze später nach der Flucht gemalt. Es entstand 1942 an einem sonnigen Junitag. Das Ölgemälde zeigt einen Hof, wie er wohl häufig im nördlichen Ostpreußen zu finden war. Von hier aus wurde das Gut Amalienhof selbst und auch der landwirtschaftliche Betrieb Fasanerie und landwirtschaftliche Nutzflächen des Gutes Friedrichstein von meinem Vater verwaltet. Das Gemälde des regional bekannten Malers Kreis, der in Löwenhagen lebte, war ein Geschenk des Pächters für meinen Vater. Obwohl es nicht zur großen Kunst gerechnet werden kann, muß man dem Ölgemälde zugestehen, es fängt die schlichte Schönheit des Hofes ohne Überhöhung ein.

Ein weiter Weg liegt hinter ihm

Man erkennt auf dem Bild Stallungen, Scheunen und im Vordergrund das Haus, in dem der Verwalter der drei landwirtschaftlichen Betriebe sein „Hauptquartier“ hatte. Ein schlichtes weißes Gebäude. Ohne Balkone, Säulen und andere schmückende Elemente. Alle Fenster unten im Erdgeschoß von gleicher Größe, und darüber unter dem Dach wohl etwas kleinere. Eine dunkelgrüne Veranda an der einen Schmalseite des Hauses nahm dem Gebäude etwas von seiner preußischen Strenge. Eine dicke, stets sauber geschnittene Lindenhecke umgab das Wohnhaus und damit auch einen Gemüsegarten, einige Obstbäume und ein kleines Gartenhäuschen.

Wenn wir Amalienhöfer Kinder uns dem Hof näherten, erkannten wir seine Wahrzeichen schon aus der Ferne. Es waren drei große Birken, die sich vor dem Wohnhaus des Verwalters postierten. Ob wir nun aus Löwenhagen aus der Schule kamen und Jahre später vom Löwenhagener Bahnhof, von dem aus die wenigen Fahrschüler zum Hauptbahnhof in Königsberg fuhren und von dort nach Hause starteten – wenn wir die Birken ausmachen konnten, waren wir in wenigen Minuten am häuslichen Tisch, der die Familie vereinigte. Amalienhof war unser Zuhause und das vieler Familien, die auf dem Hof arbeiteten und wohnten.

Das Bild regt die Erinnerung an Tage an, die randvoll von kleinen und großen Jugenderlebnissen waren. Während die Männer und Frauen des Hofes die jahreszeitlich vorgegebene Feldarbeit erledigten und den vielfältigen Tätigkeiten in den landwirtschaftlichen Gebäuden nachgingen, hatte der quirlige, neugierige Nachwuchs, der auf dem Gut heranwuchs, seinen eigenen Aktionsradius mit eigenem Jahreskalender. Die Lindenhecke steckte dabei den inneren Raum unserer frühen Jugend ab. Später kam der große Gutshof mit seinen Arbeitsflächen zwischen den Wirtschaftsgebäuden hinzu. Dort wurden nach Feierabend, wenn Fahrzeuge und Vieh in den Stallungen waren, von den Jugendlichen und den Kindern wilde Spiele und Wettkämpfe ausgeheckt und bis zum Dunkelwerden oder dem Rückruf der Eltern mit vollem Eifer ausgetragen – vor allem Rutenkämpfe, Völkerball, Treibball und ansatzweise auch Schlagball. Im Sommer bauten die Jungen in den alten Weiden, die an den zwei Teichen des Gutes standen, Burgen und zimmerten Flöße, die dort zu Wasser gelassen wurden. Wenn die Kartoffelfeuer auf den leeren Äckern brannten, veranstaltete der männliche Nachwuchs Drachenolympiaden, bei denen viele Meter des begehrten Bindegarns (Bindfäden, die man zum Binden der Getreidegarben brauchte) draufgingen. Der Kämmerer wußte von den hohen Schwundmengen, war aber kein Spielverderber. Im Winter mußte man mangels bergigen Geländes kleine Rodelberge errichten. Da mußten alle Schnee schippen. Höhepunkte der „Wintersaison“ aber waren Schlittenpartien im Bommelzug. Sie wurden sonntags veranstaltet. Das Zugpferd für die vielen Rodelschlitten der Kinder und der Kutscher dazu wurden für das winterliche Vergnügen vom Gut zur Verfügung gestellt. Und auch der Reiseproviant – es gab Äpfel und Pfefferkuchen. Die letzte Ausfahrt fand im Winter 42/43 statt. Sie führte nach Friedrichstein, wo es um den Schloßteich herum Abhänge gab.

Aber nur zwei Jahre später tauchten die ersten Zeichen nahenden Unheils auf. Wie Schatten legten sie sich auf das bisher friedliche Leben in Ostpreußen. Flüchtlinge kamen aus dem Baltikum, dann aus der Elchniederung. Königsberg wurde bombardiert. Wieder mußten Pferde dem Militär zur Verfügung gestellt werden. Russische Kriegsgefangene, die auf den Gütern arbeiteten, wurden mit unbekanntem Ziel abgezogen. Immer häufiger enthielten die Nachrichten von der Ostfront die umschreibende Formel Frontbegradigung. Mit anderen Worten: Die Front rückte näher. Als die russischen Truppen in den letzten Januartagen des Jahres 45 immer schneller auf Königsberg vordrangen, begann das große Packen. Denn – obwohl es keiner aussprach – die deutsche Front und damit auch Friedrichstein, wohin wir nach Ablauf der Pacht von Amalienhof 1943 umgezogen waren, waren nicht länger zu halten.

Die Flucht wurde vorbereitet. Auch in meiner Familie. Meine Mutter entschied, was auf den Treckwagen, den sich immer zwei Familien teilen mußten, kommen sollte und was wir vier Kinder als Handgepäck auf die Flucht mitnehmen durften. Zu der warmen Winterkleidung, die wir trugen, kamen weitere wintertaugliche Kleidungsstücke dazu – wir wurden regelrecht „eingemummelt“. „Was wir am Körper tragen, müssen wir nicht mit den Händen tragen“, meinte meine Mutter. Sie hatte schon eine Flucht erlebt. Als die Russen im Ersten Weltkrieg große Teile Ostpreußens überrannten.

Das Bild von Amalienhof war wegen seiner Größe wohlverpackt bereits auf dem Treckwagen, der auf dem Hof stand. Der Geschützdonner kam schnell näher. Die Nachrichten überschlugen sich und verbreiteten Unruhe und Verwirrung. Alle Nachbarn und Anwohner von Friedrichstein waren nervös, aufgeregt, manche kopflos. Der Stellmacher, einer der wenigen Männer, die vom Wehrdienst freigestellt waren, versuchte Ordnung im Durcheinander zu schaffen. Er überholte noch einmal die Fluchtwagen, schmierte die Räder. Tage zuvor hatte er schon dafür gesorgt, daß die Pferde wegen der Straßenglätte in der Schmiede frisch mit Stollen beschlagen wurden. Der Befehl zur Abreise aber kam nicht. Er kam nie. Als die in Friedrichstein stationierten deutschen Soldaten einer Verpflegungseinheit dann am 25. Januar 45 übereilt und schlecht organisiert ihren Rückzug begannen und uns energisch zur sofortigen Abreise auf ihren LKW aufforderten – wohl weil sie nicht vor der Zivilbevölkerung abrücken wollten –, mußten wir uns von unserem letzten Wohnsitz Friedrichstein und dem abfahrbereiten Treck verabschieden.



Ein Gemälde des Amalienhofs zeigt, wie er einst war. Foto: privat

Nicht alle Bewohner konnten sich aus dem Stand von ihrem schweren Fluchtgepäck auf den Wagen trennen und blieben. Es blieben auch aus dem Bestand der Versorgungseinheit große Mengen von Fliegerschokolade, Büchsen mit Rindfleisch, Knäckebrot und andere Lebensmittel, die – vorher in Speichern des Gutes für die kämpfende Truppe streng behütet – jetzt als „Wegzehrung“ in kleineren Portionen freigegeben wurden.

Ich weiß nicht, was mir in diesen letzten Stunden vor dem Abzug alles durch den Kopf schoß. Ich hatte bereits am Tag zuvor als „treunaiver 14jähriger Pimpf“ verbittert Fahne und Pimpfenwimpel verbrannt und jetzt sollte ich auch noch das Bild den Russen überlassen? Einem plötzlichem Einfall folgend lief ich zum Wagen, holte das Bild und entfernte es aus seiner Verpackung und seinem Rahmen, verkürzte das auf einer dünnen Holzplatte gemalte Bild mit einer Laubsäge um einige Ackerstücke und einige Gebäude. Aber nur so paßte das Bild genau in die Rückwand meines Koffers. Die Amalienhöfer mögen mir verzeihen, daß ich den Hof um eine ganze Häuserreihe reduzieren mußte.

Mit der Bildfläche nach innen überlebte das Bild als „Kofferstabilisator“ viele Etappen unserer Flucht. Die erste führte auf schwerbeladenen LKW mit den deutschen Soldaten nach Königsberg. Darauf folgte eine schauerliche Schiffsreise auf einem überfüllten kleinen Minensuchboot von Königsberg nach Swinemünde. Die Soldaten, die uns bis zum Hafen brachten, konnten nicht – wie sie es wohl gehofft hatten – auf das völlig vereiste Boot. Sie wurden sofort den Einheiten zur Verteidigung Königsbergs unterstellt. Auf das Boot durften nur kinderreiche Familien und schwerverwundete Soldaten. Diese Passagiermischung und die Gerüchte über die russischen U-Boote, die in der Ostsee Jagd auf deutsche Schiffe machten, schafften an Deck des kleinen überfüllten Kriegsschiffs von der ersten Minute an eine nervöse Dauerpanik, die erst endete, als die übermüdeten und hungrigen Menschen im Hafen von Swinemünde spät in der Nacht vom 26. auf den 27. Januar von Deck gehen konnten. Wobei sie erst dann erfuhren, daß ihr Schiff wegen eines Maschinenschadens viel später als geplant den Zielhafen erreicht hatte. Das Boot wäre schon deswegen ein leichtes Ziel für russische Torpedos gewesen.

Nach vielen weiteren Zwischenstationen, die in Pommern und Mecklenburg lagen, schafften wir dann nach gut neun Monaten, also einige Monate nach Kriegsende, auch den letzten Wegabschnitt nach Schleswig-Holstein. Dort lebte dann unsere Familie: Mutter und wir vier Kinder auf einem Bauernhof in einem Zimmer. Einige Jahre. Das einzige wirkliche Schmuckstück dieses Allzweckraums war das Bild von Amalienhof. Es erhielt einen Rahmen

Das einzige Schmuckstück des Allzweckraums

und einen Ehrenplatz. So konnten wir dem Großbauern, der uns aufnehmen mußte, recht standesgemäß überzeugen, daß auch wir „vom Lande“ kamen.

Von Amalienhof blieb nichts übrig. Nur das Bild. Als wir nach vielen Jahren nach Ostpreußen fuhren, um Amalienhof zu suchen, fanden wir nicht einen Ziegelstein, nicht einen Nagel. Wie auch das Schloß Friedrichstein, die Güter Schanwitz (bei Gutenfeld) und Gabriel (bei Steinbeck) war Amalienhof von der Bildfläche verschwunden.

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 20

Schriftleiter des Neidenburger Heimatbriefes, dessen Auflage er in diesem Zeitraum nahezu verdoppeln konnte. So kann Lm. Toffel heute mit Stolz auf über fünf Jahrzehnte aktiver Arbeit für unsere Kreisgemeinschaft zurückblicken. Alle Neidenburger, besonders die jeweiligen Kreisvertreter, haben in Gerhard Toffel stets einen freundlichen und kompetenten Ansprechpartner. Für seine hervorragenden Verdienste um Heimat und Vaterland hat ihn die Landsmannschaft Ostpreußen am 10. Mai 1996 mit dem „Goldenen Ehrenzeichen“ ausgezeichnet. In Würdigung seiner Verdienste um unsere Kreisgemeinschaft wurde Lm. Toffel im Jahre 2005 einstimmig zum Kreisältesten auf Lebenszeit gewählt. So hoffen wir und wünschen uns, daß unser Kreisältester, weiterhin gut umsorgt von seiner in Wallendorf geborenen Gattin Hilde, noch viele Jahre in alter Frische und seiner kritischen Art uns Neidenburgern und Soldauern mit Rat und Tat zur Seite stehen wird.



OSTERODE

Kreisvertreter: Dieter Gasser, Friedrich-Lamp-Str. 8, 24306 Plön, Tel. (0 45 22) 59 35 80. Geschäftsst.: Martin-Luther-Platz 2, 37520 Osterode am Harz., Tel. (0 55 22) 91 98 70. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Fahrt nach Ostpreußen vom 25. August bis 7. September / Fahrt A – 14 Tage in den Heimatkreis Osterode mit Gilgenburg als Ziel- und Standort. Die Fahrt geht vom 25. August bis 7. September (nach der Fußball-EM und den Olympischen Sommerspielen), damit die Fahrtteilnehmer „zu Hause alles sehen können“. Es gibt vielfältige Möglichkeiten zum Ausruhen und Entspannen im Hotel am Großen Damrausee und zum Besuch vieler Sehenswürdigkeiten in den Städten und Dörfern der Umgebung. Fahrt ab Essen: Zusteigemöglichkeiten nach Vereinbarung entlang der Autobahn 2, Ruhrgebiet Richtung Berlin / Grenze Polen. Fahrtkosten: 655 Euro. In dem Preis sind enthalten: VP, Fahrtkosten (ab und bis Essen-Überruhr, Fahrten mit eigenem Bus vor Ort).

Sonderangebot für alle Landsleute aus den Nachbarkreisen von Osterode (unter anderem Soldau, Neidenburg, Hohenstein, Mohrungen und Allenstein) / Fahrt B – Sie können auch mit dem Bus nur hin und zurück mitfahren und die Zeit in Ostpreußen nach eigenen Interesse gestalten, zum Beispiel zum Besuch von Verwandten, Freunden oder Bekannten. Ankunft in Gilgenburg am Dienstag, 26. August, nachmittags. Rückfahrt am Sonnabend, 6. September, morgens. Sie haben also praktisch vom 27. August bis 5. September, zehn Tage zur freien Verfügung vor Ort. Die reinen Fahrtkosten betragen 280 Euro. Eingeschlossen jeweils eine Übernachtung auf der Hin- und Rückfahrt mit VP.

Geplant ist auch ein Abstecher von Gilgenburg aus für vier Tage mit drei Übernachtungen zur Kurischen Nehrung. Fahrt mit der Fähre von Memel nach

Zurück in die Heimat

Jahreshauptversammlung der Ostpreußenhilfe e. V.

Außergewöhnliches Lob für die Ostpreußenhilfe: „Das Hilfswerk und seine Vorsitzende Gisela Peitsch haben wesentlich zur Initialzündung für einen Neubeginn der Rußlanddeutschen im Königsberger Gebiet beigetragen." Das sagte Viktor Hoffmann, Vorsitzender des rußlanddeutschen Kulturvereins „Eintracht" und Vizepräsident der Rußlanddeutschen in Rußland, im Deutsch-Russischen-Haus in Königsberg.. Anlaß war seine Ernennung zum Präsidenten der Einrichtung, an deren Aufbau er maßgeblich beteiligt war.

Wahre Bahnbrecher am Werk

Der in Kasachstan geborene Hoffmann erklärte im Beisein offizieller Vertreter Rußlands und Deutschlands: „Menschen wie Gisela Peitsch und ihr Ehemann Helmut aus Tötensen, der mich vor der Öffnung des damals hermetisch abgesperrten Gebiets 1990 als erster in Königsberg aufsuchte, Horst Hüttenbach, ein wahrer Bahnbrecher, Otto-Friedrich von der Groeben von der Stiftung Königsberg und Günter Brilla von der Gesellschaft Prussia waren Pfadfinder auf dem Weg in eine neue Heimat Ostpreußen für uns heimatlose Rußlanddeutsche. Mit Rat, Beistand und Hilfe in allen Lagen wiesen sie uns den Weg." 70 Jahre Verbannung, Vertreibung, Verfolgung und Leiden haben ein Ende. „Es gibt für uns wieder eine Zukunft", sagte Hoffmann. „Das wissen auch die nach Deutschland ausgesiedelten Rußlanddeutschen. Einige sind schon hierher zurückgekehrt."

Mit eindringlichen Worten forderte Hoffmann Einreisefreiheit für die früheren Bewohner Ostpreußens. Er betonte, daß sie ein Recht haben, ihre Heimat zu besuchen. Davon unabhängig sind sie bei den jetzigen Bewohnern herzlich willkommen. „Die alten wie die neuen liefern das beste Beispiel für wirkliche Versöhnung." Hoffmann war auch die Hauptfigur im NDR-Fernsehfilm „Neue Heimat Ostpreußen" von Heidi Sämann, der Anfang des Jahres ausgestrahlt wurde. Aussagekräftige Bilder zeigten den ersten landwirtschaftlichen Großbetrieb des Gebiets unter Hoffmanns Leitung im früheren Kreis Gerdauen, in dem Rußlanddeutsche,

Hoffnungsvolle Entwicklung zu beobachten

ausgestattet mit einem imposanten Maschinenpark, das zur Wildnis gewordene Land wieder bewirtschaften. Auch die Jahresversammlung der Ostpreußenhilfe stand unter dem Eindruck dieser hoffnungsvollen Entwicklung, die weiter so gut wie möglich gefördert werden soll.

Die Leistungsbilanz 2007 weist auch eine hervorragende Unterstützung des deutschen Ostens in Polen aus. 285 – meist deutschstämmige – Familien

Eine gute Leistungsbilanz für 2007

mit fast 3000 Angehörigen in Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien erhielten 950 Geldsendungen zu Ostern, Weihnachten und in Notfällen sowie 40 Lebensmittelpakete für abseits wohnende, zumeist behinderte Empfänger. Das Geld kam ausschließlich aus Spenden zusammen. Stellvertretend für alle Helfer nannte Gisela Peitsch die Landfrauen Nenndorf und die Karl-H.-Ditze-Stiftung. „Ich bin glücklich, daß so viele Menschen ihre Landsleute in der alten Heimat nicht vergessen haben", sagte sie. „Manche halten ihnen schon mehr als 30 Jahre, so lange das Hilfswerk besteht, die Treue." Den Dank brachte ein Brief zum Ausdruck: „Wir werden Sie nie vergessen und immer dankbar sein. Was Sie jahrelang geleistet haben für uns in Ostpreußen Gebliebene, hat vielen geholfen, am Leben zu bleiben", heißt es darin. Nähere Informationen erteilt die Ostpreußenhilfe e.V., Fichtenweg 1, 21224 Rosengarten. *EB*

»Erzwungene Wege«

Wanderausstellung im Rathaus von Stuttgart eröffnet

Der Betrachter erhält einen bleibenden Eindruck davon, was Flucht und Vertreibung bedeuten", so der Innenminister von Baden-Württemberg Heribert Rech.

„Im Namen der Landesregierung von Baden-Württemberg und als Landesbeauftragter für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler begrüße ich, daß die Ausstellung ‚Erzwungene Wege', die zunächst in Berlin gezeigt worden ist, nun als Wanderausstellung ihren Weg nach Stuttgart gefunden hat." Das sagte Innenminister Heribert Rech, bei der Eröffnung der Ausstellung „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts" im Stuttgarter Rathaus.

Der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen" sei es mit dieser Ausstellung gelungen, einen objektiven Eindruck über die Vertreibungen in Europa und seinen Grenzgebieten im 20. Jahrhundert zu geben. Der Blick der Ausstellung sei dabei stets auf die Opfer und ihr Leid gerichtet. Der Betrachter erhalte einen bleibenden Eindruck davon, was Flucht und Vertreibung bedeuteten: Vernichtung der menschlichen Existenz, Zerstörung historischer und kultureller Wurzeln, Not, Elend und oft den Tod. Jedem Besucher würde sich die Frage stellen, welche Lehren aus den schrecklichen Erfahrungen der Vertreibung gezogen werden müßten. „Die Beantwortung dieser Frage kann nur zu der Erkenntnis führen: Versöhnung und Verständigung zwischen den Völkern, Anerkennung der Rechte von Minderheiten und

Weiterer Beitrag zur Aussöhnung mit den Nachbarn

Schutz der Rechte des einzelnen sind elementar für ein gedeihliches und friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Zugehörigkeit", betonte Rech.

Die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen" sei mit ihren Zielen sowohl in Deutschland als auch international auf eine Reihe von Vorbehalten gestoßen. Dennoch sei es gelungen, diese Ausstellung gegen ganz erhebliche Widerstände zu verwirklichen. Der Stiftung und dem Bund der Vertriebenen (BdV) sei unterstellt worden, zumindest auch das Ziel zu verfolgen, mit der Darstellung der deutschen Opfer durch die gewaltsame Vertreibung die eigene Schuld zu relativieren. Angesichts der Präsentation der Ausstellung könne dieser Vorwurf jedoch keinen Bestand haben. Den Ausstellungsmachern gehe es eben nicht um Geschichtsrevanchismus. Die Ausstellung leiste vielmehr einen Beitrag auch zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, indem sie das Schicksal der heimatvertriebenen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg darstelle. Diese Ausstellung stehe nicht in Konkurrenz zum Gedenken an die Opfer deutscher Aggression. Sie verkenne nicht Ursache und Wirkung und relativiere nichts daran.

„Ich bin mir sicher, daß der gesamteuropäische Ansatz der Ausstellung einen weiteren Beitrag zur Aussöhnung mit unseren Nachbarn im Osten und damit zum weiteren Zusammenwachsen des vereinten Europas leisten wird", so der Minister. Das „Zentrum gegen Vertreibungen" habe mit dieser Ausstellung ganz wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Bundesregierung zur Verwirklichung des „sichtbaren Zeichens gegen Flucht und Vertreibung" in Berlin entschlossen habe.

Die Ausstellung zeigt Schicksale von Flucht und Vertreibung und durchmißt zeitlich und räumlich das Europa des 20. Jahrhunderts. Eine chronologische Linie bietet einen Überblick über die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Flucht, Vertreibung und Genozid im 20. Jahrhundert. Diese Ereignisse werden jeweils in ihrem historischen Kontext behandelt. Neben den menschlichen Tragödien werden auch die kulturellen Verluste dargestellt. Zeitzeugenberichte reflektieren europäische Einzelschicksale.

Als Hauptursache für Vertreibungen ethnischer Gruppen und Minderheiten gilt vor allem die Idee des ethnisch homogenen Nationalstaates. Menschen wurden auf den Weg gezwungen oder vernichtet, weil sich Staaten davon Frieden fördernde Wirkung versprachen oder weil diese Gruppen gewaltsamen Hegemonialansprüchen im Weg standen. Rassismus und Antisemitismus waren unabhängig vom Nationalismus eigene Motive für Vertreibung und Vernichtung. Die unterschiedlichen Beweggründe und Rahmenbedingungen für Vertreibungen werden an verschiedenen Beispielen aufgezeigt.

Die Wanderausstellung: „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts" kann noch bis zum 30. Juni 2008 im Rathaus Stuttgart besichtigt werden, Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 8-18 Uhr, der Eintritt ist frei.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 21

Schwarzort. Bootsfahrt auf dem Kurischen Haff mit Grill. Besichtigung von Nidden und dem Thomas-Mann-Haus. Auf der Rückfahrt Besichtigung des größten Bernsteinmuseums der Welt in Polangen und des Simon-Dach-Hauses sowie des „Ännchens von Tharau" in Memel. Vor Ort werden wir betreut von unserer Stadtführerin Nicole. Mehrkosten: 160 Euro für Fahrt A, 260 Euro für Fahrt B. Anmeldung umgehend bei Dieter Malter, Telefon / Fax (02 01) 6 46 22 91, Mobil (01 78) 6 58 21 62. Anzahlungen: Fahrt A 155 Euro, Fahrt B 80 Euro, auf das Konto: 1 329 200, BLZ: 360 50 105, Sparkasse Essen, Kennwort „Fahrt 2008.4, Ostpreußen". Natürlich ist die Anmeldung erst nach erfolgter Anzahlung gültig.

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ADINR · ABEN · ELOTV · ACKNS · AIKN · DEER · AGNT · EINT · BGINO · AADLNU · ABCEEKNST · DEER · AGKR

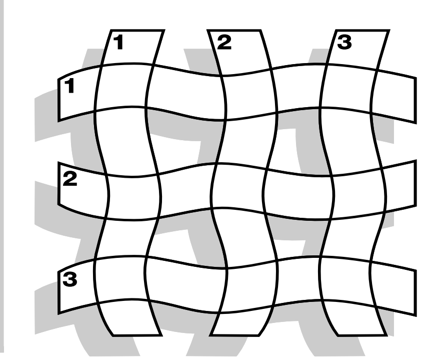
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Zierpflanze.

1	ALARM		ANLAGE
2	FILM		TEAM
3	REGEN		MUETZE
4	ZIER		BEET
5	REIS		ZAHL
6	MAURER		MITTEL
7	PREIS		LOS

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 Stierkämpfer
2 Technik des Malens
3 Mörser zum Schießen

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

Mittelworträtsel: 1. Signal, 2. Kamera, 3. Schirm, 4. Spargel, 5. Schnaps, 6. Poller, 7. Niveau – Geranie

Magisch: 1. Matador, 2. Pastell, 3. Boeller

Luxus pur auf Schienenrädern

Von Corinna Weinert

Am 5. Juni 1883 fährt der Orientexpreß zum ersten Mal die Strecke von Paris nach Istanbul, das damals noch Konstantinopel heißt. An eine Dampflok vom Typ 120 sind Restaurantwagen, Schlafwagen und Gepäckwagen aus stabilem Teakholz gekoppelt. Auch für die Innenausstattung hat man nur feinstes Material verarbeitet: Genueser Samt, Cordoba-Leder und Gobelins. Die „Reisesprache“ ist Französisch, auch wenn es außerdem deutsche, ungarische und türkische Speisekarten gibt. Für die Strecke von 3186 Kilometer beträgt sie Reisezeit 69,5 Stunden.

Bekannt wird der Orientexpreß nicht nur durch seinen Luxus und das Publikum aus dem europäischen Hoch- und Finanzadel, sondern auch durch spektakuläre Vorfälle. 1891 bringt der griechische Räuber Athanos den Zug 100 Kilometer westlich von Konstantinopel zum Entgleisen, entführt vier Männer und läßt diese erst frei, nachdem 8000 Pfund Sterling in Gold Lösegeld gezahlt worden sind. 1931 wird der Zug kurz nach der Abfahrt aus dem Bahnhof in Budapest Opfer eines Bombenanschlags. 20 Menschen sterben, 120 werden verletzt.

Autoren, Filmemacher, Schauspieler und Musiker sind fasziniert, der Orientexpreß beflügelt die Phantasie. Agatha Christie schreibt nach einer Reise ihren berühmten Kriminalroman „Mord im Orientexpreß“, Graham Greene inspiriert der Zug zu seinem Roman „Stamboul Train“. Und James Bond jagt in „Liebesgrüße aus Moskau“ den Bösewicht im Orientexpreß.

Weil der Orientexpreß verschiedene Länder durchquert, wird er immer wieder zum Zankapfel der Politik. Als Deutschland 1918 nach vier Jahren Krieg besiegt ist, steht außer Frage, wo der Waffenstillstand unterzeichnet werden soll: Am 11. November 1918 findet das Zeremoniell in Compiègne nahe Paris im geschichtsträchtigsten aller Orientexpreßwagen, dem Wagen Nr. 2914, statt. Fortan wird die Route für den Orientexpreß geändert und um die Verliererstaaten Deutsches Reich und Österreich herumgeführt; der Zug verkehrt nun über die Schweiz, Mailand, Triest und Zagreb bis Istanbul. Als Adolf Hitler am 22. Juni 1940 seinen Vergeltungsschlag gegen Frankreich inszeniert, befiehlt er, Wagen Nr. 2914 genau an den Punkt im Wald von Compiègne zu bringen, an dem die Niederlage von Deutschland ehemals besiegelt worden war. Fünf Jahre später – als die Alliierten immer näher rücken – läßt Hitler den Wagen in die Luft sprengen, um eine erneute peinliche Wiederholung der Geschichte zu vermeiden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verkehrt der Orientexpreß als gewöhnlicher Schnellzug. Seit 1946 verbindet er wieder Paris mit Stuttgart, München und Wien. 1961 beschließt die Internationale Fahrplankonferenz, den Zug in Wien enden zu lassen. Erst ab 1964 führt er wieder bis Budapest, später auch nach Bukarest. Der zunehmende Flugverkehr bringt es jedoch mit sich, daß der Zugbetrieb 1977 eingestellt wird.

In den 1980er Jahren macht sich James B. Sherwood unter großem finanziellen Aufwand daran, den einstigen Luxuszug im Original herzurichten. Heute rollen wieder 35 der alten Waggons durch Europa. Wer mit dem neuen Orientexpreß fährt, macht eine Zeitreise in die einstige Belle Epoque mit. Es dauert mehrere Tage, das Europa des 21. Jahrhunderts zu durchqueren, und so lange lebt man an Bord ein Leben wie in den 1930er Jahren, mit demselben Design und demselben Service.

Nationalheld des 56er Aufstandes

Vor 50 Jahren wurde Imre Nagy nach einem Schauprozeß gehenkt

Von Wolf Oschlies

Vértanúk tere“ (Märtyrer-Platz) heißt das kleine Memorial im Rücken des imposanten Budapester Parlamentsgebäudes: Ein Teich mit einem Brückchen darüber, auf der Brükke die Bronzestatue von Imre Nagy, dem tragischen Helden des ungarischen Volksaufstands von 1956. Am 16. Juni 1958 wurde Nagy hingerichtet. Die Statue zeigt ihn lebensecht: Zwicker, Schnauzbart, altmodischer Anzug – das ganze Habit eines Habsburger Schulleiters. Nur eins fällt mir auf: „Den habe ich dicker in Erinnerung“, sage ich zur ungarischen Reiseführerin. Die lächelt nur: „Wir auch.“

Imre Nagy war zeitlebens ein kommunistischer Funktionär aus dem zweiten Glied, den jedoch ein paar politische Konzessionen und Kurswechsel, etwas Männermut vor Kreml-Thronen – alles spontan getan und kaum überdacht – ins Pantheon ungarischer Größe katapultierten. Hätte sich Walter Ulbricht, seine Vergangenheit und Parteiloyalität wie Imre Nagy vergessend, am 17. Juni 1953 an die Spitze der erbitterten Volksmassen in Mitteldeutschland gestellt – wäre ihm die zeitlose Verehrung aller Deutschen gewiß gewesen? So wie es Nagy bei Ungarn geht, diesem ängstlichen, entschlußarmen, auf Krisen mit Tränenausbrüchen reagierenden Parteisoldaten, der im Herbst 1956 zum Helden wider Willen erwuchs.



„Den habe ich dicker in Erinnerung“: Nagy-Denkmal auf dem Martyrer-Platz. Foto: facetoface

Imre Nagy wurde am 7. Juni 1896 im südungarischen Ruppertsburg (Kaposvár) geboren, das damals bereits eine aufstrebende Industriestadt war. Nach kurzer Schulzeit absolvierte er eine Schlosserlehre und wurde zu Beginn des Ersten Weltkriegs zur Armee geholt. An der Ostfront geriet

Er war beteiligt an der Ermordung der Zarenfamilie

er 1915 in russische Gefangenschaft und schloß sich später Lenins Bolschewiken an. Ihnen diente er so loyal, daß er in das Kommando unter Jakov Jurowski beordert wurde, das in der Nacht vom 16. zum 17. Juli 1918 in Jekaterinenburg den Zaren Nikolaj und seine Familie ermordete. 1919 war er am ersten Versuch der Bolschewiken beteiligt, ihre Revolution zu exportieren. Er gehörte zu den Führern der kommunistischen „Räterepublik“, die von März bis August 1919 Ungarn devastierte. Nach ihrem Scheitern flüchtete er in die Sowjetunion, kam 1921 wieder nach Ungarn, wo er als linksextremer Agitator Ärger mit Parteien und Behörden bekam und 1929 vor dem autoritären Horthy-Regime erneut in die Sowjetunion floh. Dort bekleidete er politische und journalistische Posten, vor allem überlebte er den stalinistischen Terror der 1930er Jahre – weil er längst ein Spitzel von Stalins Geheimpolizei war, wie 1989 der ungarische Reformpolitiker Károly Grósz behauptete.

Mit der Sowjetarmee kam Nagy Ende 1944 nach Ungarn zurück, wurde Mitglied im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und war nach Beendigung der Kampfhandlungen Landwirtschafts- und Innenminister. Er hatte also die beiden Ämter inne, in denen er der deutschen Volksgruppe in Ungarn am meisten schaden konnte – durch „Bodenreform“ und Vertreibung. Der ungarische Historiker Gyula Juhász hat 1985 nachgewiesen, daß erst auf Betreiben der ungarischen Regierung die Vertreibungsproblematik auf den Verhandlungstisch von Potsdam kam. Anderweitige Interpretationen, daß nämlich die Siegermächte in Potsdam die Vertreibung angeordnet hätten, bezeichnete Juhász als „Potsdam-Legende“.

Mit dieser Taktik durchkreuzten die Ungarn die Pläne des tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Benesch, alle Deutschen und Ungarn aus seinem Land hinauszuwerfen. Nagy gehörte nicht zu den Hardlinern der Parteiführung, was ihm ein paar wechselvolle Jahre bescherte, in denen er auf unbedeutende Posten verbannt oder wie 1952 zum Vizepremier und Minister für Kollektivierung erkoren wurde. Nach Stalins Tod wurde er am 4. Juli 1955 gar Ministerpräsident. Einen „nationalen und menschlichen Sozialismus“ propagierte Nagy, was ihm im März 1955 als „Rechtsabweichung“ mit der Entlassung aus der Regierung und dem Hinauswurf aus der Partei vergolten wurde.

Mit dem Canossa-Gang der Sowjets zu Tito kündigte sich im Mai 1955 politisches Tauwetter an: Jedes Land, so die damalige „Belgrader Deklaration“, solle seinen „eigenen Weg zum Sozialismus“ gehen. Damit waren auch die vielen kommunistischen Politiker, die zuvor in ganz Osteuropa als „Titoisten“ hingerichtet worden waren, keine „Verbrecher“ mehr. In Ungarn betraf das den früheren Innen- und Außenminister Lászlo Rajk, dem im Oktober 1956 die Partei ein offizielles Begräbnis organisierte, das sich zur ersten antikommunistischen Massendemonstration entwickelte. Die stalinistischen Henker saßen noch in Amt und Würden, auch wenn ihnen das Halali bereits geblasen war. Im Februar 1956 hatte der sowjetische Parteichef Chrustschow vor dem 20. Parteitag die Verbrechen Stalins



Imre Nagy Foto: Archiv

offen angesprochen, worin jeder Ungar die Herrschaftstechnik des eigenen Parteichefs Mátyás Rákosi wiedererkannte. Im Herbst 1956 kam es in Polen und Ungarn zu Massenunruhen, die dieselbe Wurzel, nämlich den Haß der Menschen auf den Stalinismus, hatten, jedoch ein konträres Ergebnis zeitigten. In Polen hatten die Sowjets erst den Arbeiteraufstand vom Juni niedergeschlagen, dann aber umfangreichen Revirements in Staat und Partei zugestimmt, die den Nationalkommunisten Wladyslaw Gomulka zurück zur Macht brachten und den sowjetischen Einfluß im Lande minderten. Das konnte sich der Kreml leisten, weil auch die Polen damit zufrieden waren und die Lage in Polen sich beruhigte. Völlig anders verlief die Entwicklung in Ungarn, wo die Sowjetarmee mit Panzern „Ordnung“ schuf.

Imre Nagy hatte in seiner kurzen Amtszeit als Premier Zehntausende Ungarn aus den Straflagern entlassen, in die sie der paranoide Rákosi hatte einsperren lassen. Nagy war populär, um den nunmehr „Parteilosen“ formierte sich ein einflußreicher Kreis von KP-Oppositionellen, Schriftstellern und Journalisten. Zudem ließ die Partei den „Petöfi-Kreis“ gründen – benannt nach dem revolutionären Dichter Sándor Petöfi (1823–1849) –, der sich umgehend in ein derart kritisches Forum verwandelte, daß er im Juni 1956 wieder verboten wurde. Die Partei war mit ihrem Latein am Ende und verhandelte mit Imre Nagy, die Sowjets wechselten Rákosi gegen den kaum minder verhaßten Ernö Gerö aus, während die intellektuelle Öffentlichkeit ein Gegenmodell à la Tito-Jugoslawien mit Nagy an der Spitze forderte.

Seit dem 17. Oktober war Nagy wieder Parteimitglied, aber tags zuvor war mit dem Studentenverband Mefes eine unabhängige Organisation entstanden, die Wirtschaftsreformen, Amnestie, Mehrparteiensystem, Abzug der Sowjettruppen etc. forderte. Am 23. Oktober hielt sie in Budapest eine Großdemonstration ab, die Nagy vergeblich zu beschwichtigen suchte. Mittels Seilen und eines Lastkraftwagens zerrten die Demonstranten das Stalin-Denkmal vom Sockel und wollten ins Funkhaus eindringen, wurden dabei aber von Bewaffneten des Geheimdienstes AVH beschossen. Erstmals rollten auch Sowjetpanzer durch die Straßen, da half auch die in derselben Nacht rasch vollzogene Wahl Nagys zum Ministerpräsidenten nicht mehr.

Am 28. Oktober erkannte Nagy die Revolution offen an, bildete ein Mehrparteienkabinett, forderte die Neutralität Ungarns, versprach parlamentarische Demokratie und vereinigte Armee und Aufständische zur „Nationalgarde“. Die Sowjets waren völlig überrascht, zogen sich zurück und ließen durch ihren Emissär Anastats Mikojan erklären, sie akzeptierten die ungarischen Forderungen. In Moskau konnte Nagy über einen Sonderstatus für Ungarn verhandeln. Wieder daheim, proklamierte er am 2. November die ungarische Neutralität und verkündete den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt. Das war Moskau zu viel: Am 4. November rückten neue sowjetische Panzerverbände in Ungarn ein und schlugen bis zum 15. November den Volksaufstand blutig nieder. Allein in Budapest kamen 20000 Menschen ums Leben. Vergebens rief Nagy die Uno um Hilfe an – die internationale Gemeinschaft war vom zeitgleichen Suez-Krieg so abgelenkt, daß sich kaum jemand um Ungarn kümmerte. Nagy tat, was er noch tun konnte: Er ließ in West-Ungarn Fluchtwege nach Österreich offen halten, die binnen einer Woche 210000 Ungarn den Weg in die Freiheit ermöglichten.

Vergebens bat er die Uno um Hilfe für sein Land

Imre Nagy selber suchte Zuflucht in der jugoslawischen Botschaft, die er am 22. November verließ, nachdem ihm der neue Regierungschef János Kádár Straffreiheit zugesichert hatte. Das war eine angeblich mit Tito abgesprochene Finte, und so wurden Imre Nagy und seine Begleiter vom KGB verhaftet. Nagy wurde in Rumänien, das damals noch unter sowjetischer Besatzung stand, interniert. Im Frühjahr 1957 brachte man ihn nach Ungarn zurück, wo er in einem Geheimprozeß wegen „konterrevolutionären Verhaltens“ zum Tode verurteilt wurde. Ein Gnadengesuch zu stellen lehnte er ab, am 16. Juni 1958 wurden er und drei Gefährten im Gefängnis von Budapest gehenkt. In der Haft hatte er ein umfangreiches, wiewohl unvollendetes Manuskript über den Volksaufstand und seine Rolle in diesem verfaßt, das 2004 in Rumänien veröffentlicht wurde.

Imre Nagy wurde an einem anonymen Winkel auf dem Budapester Zentralfriedhof zusammen mit anderen zum Tode Verurteilten verscharrt. Genau am 30. Jahrestag seiner Hinrichtung forderten Hunderte Budapester seine ehrenvolle Bestattung, die am 16. Juni 1989 unter Beteiligung von Hunderttausenden auch stattfand. 1992 brachte der damalige russische Präsident Boris Jelzin sowjetische Dokumente zum „Fall“ Nagy mit und bat die Ungarn offiziell um Entschuldigung.

Mit »Da Vinci« gegen den Krebs

Urologische Universitätsklinik Homburg hat die Vorreiterrolle bei der robotergestützten Prostataentfernung übernommen

Von Rosemarie Kappler

Prostatakrebs ist die dritthäufigste Krebserkrankung bei Männern. Solange der Krebs auf das kastaniengroße Organ beschränkt bleibt, ist die operative Entfernung der Vorsteherdrüse, die Prostatektomie, eine sichere und weitverbreitete Behandlungsmöglichkeit. Bei der offenen Standard-Operation wird über einen Unterbauchschnitt das gesamte Organ mit Samenblasen und gegebenenfalls Lymphknoten entfernt.

Doch die Ära offener Operationen scheint zu Ende zu gehen. Im vergangenen Jahr wurden in den USA bereits 70 Prozent aller Pro-

Neue Technik hat sich schon bewährt

statektomien mit einem roboterassistierten Verfahren durchgeführt, das eine wesentliche Weiterentwicklung der laparoskopischen Operationstechnik darstellt. Das System heißt „Da Vinci“ und ist vom technischen Standpunkt betrachtet so genial wie der namensgebende Gelehrte der Renaissance.

„Da Vinci“ ist ein Roboter, der ursprünglich für Operationen am Herzen entwickelt wurde, sich dort jedoch nicht bewähren konnte, aber seit wenigen Jahren immer erfolgreicher bei der Entfernung der tumorigen Prostata eingesetzt wird.

Auch in Deutschland. An der Urologischen Universitätsklinik in Homburg haben Prof. Michael Stöckle und Prof. Stefan Siemer inzwischen fast 400 Patienten mit dieser Technik behandelt. Damit verfügen die beiden Operateure hierzulande mit über die meisten Erfahrungen.

„Da Vinci vereint sämtliche Vorteile moderner klassischer Operationstechniken und schonenden OP-Verfahren, ermöglicht dem Operateur einen schärferen Blick und verleiht ihm geschicktere Hände“, ist Prof. Michael Stöckle überzeugt. Die Ergebnisse seien überzeugend: Geringere Schmerzen, minimaler Blutverlust, Verzicht auf Blutkonserven, exakte Schnittführung, Beseitigung von Zitterbewegungen, Schonung von Nervengewebe, gute Sicht für den Operateur, geringe Narben, rasche Mobilisierung und kurze Krankenhausaufenthalte für den Patienten. Mit dem Da-Vinci-System verringere sich die Liegezeit von 10 bis 14 Tagen auf im Schnitt noch fünf Tage. „Manche Patienten sind nach unserer Erfahrung schon am Abend nach der OP wieder auf den Beinen“, berichtet Siemer. In den USA, wo Patienten stärker an Behandlungskosten beteiligt werden, verlassen die meisten Operierten bereits innerhalb der ersten 24 Stunden das Krankenhaus.

Mit einem Roboter, wie man ihn sich allgemein vorstellt, hat die Präzisionsmaschine kaum etwas gemeinsam. Sie tut nichts, ohne daß es der Operateur will. Dieser sitzt an einer Art Konsole und bedient mit Joystick und Fußpedalen die chirurgischen Instrumente, die über dünne Röhrchen in den Unterbauch eingeführt werden. Eine Spezialoptik liefert gestochen scharfe dreidimensionale Bilder aus dem Körperinnern.

Der Operateur an seiner Konsole hat den Eindruck einer offenen Operation und kann dank der Möglichkeit einer bis zu zwölffachen Vergrößerung und dem Ausgleichen von Zitterbewegungen sehr exakt im Millimeterbereich arbeiten. Ziel der Methode ist es vor allem, Männer vor Inkontinenz und Impotenz zu bewahren.

Risiken werden eingedämmt

Daten des Vattikuti Urology Institute in Detroit zufolge sinkt dadurch das Risiko, nach dem Eingriff unter Inkontinenz zu leiden, um 90 Prozent, die Impotenzgefahr um 50 Prozent.

Die Ärzte um Stöckle und Siemer sind sicher, daß sich das Hochtechnologiesystem auch bei anderen Einsätzen bewährt. „Neben der Entfernung der Prostata werden wir unsere Patienten künftig auch die Entfernung der Blase mit Harnableitung, organerhaltende Nierenoperationen, Nierenentfernungen aber auch rekonstruktive Eingriffe, beispielsweise Nierenbeckenplastiken mit dem Da-Vinci-System anbieten können“, so Stöckles Blick in die Zukunft.

Einziger Nachteil des Operationsverfahrens: Patienten müssen zur Zeit rund 3000 Euro zuzahlen, da die verbrauchsunabhängigen Kosten (Finanzierung, Wartung) bei jährlich 400 000 Euro liegen und pro Eingriff verbrauchsabhängige Kosten in Höhe von 1500 Euro entstehen, vorwiegend für neue chirurgische Instrumente. Mehr als zehn Operationen mit der selben Schere läßt die elektronische Überwachung beispielsweise nicht zu.



„Da Vinci“ bei der Arbeit: Drei Meter Distanz zwischen Arzt und Patient — Foto: Kappler

Alternativer Ansatz für Behandlung von Prostatakrebs

Forschern aus Freiburg ist offenbar ein Durchbruch bei der Suche nach neuen Therapiemöglichkeiten von Prostatakrebs gelungen. Sie wiesen eigenen Angaben zufolge weltweit zum ersten Mal nach, daß das Enzym PRK1 das Zellwachstum von Prostatatumoren aktiviert. Gelingt es, das Enzym zu hemmen, könnte dies die Grundlage für eine neue Therapie von Prostatakrebs sein, wie die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau mitteilt.

Das Protein PRK aktiviert nicht nur das Wachstum von Krebs-, sondern von allen Zellen des Körpers. Die Ergebnisse der Wissenschaftler zeigten allerdings, daß PRK in Tumorzellen hyperaktiv ist. Eine Blockierung des Enzyms PRK1, beispielsweise durch chemische Substanzen, hemmt demnach das Zellwachstum von Prostatatumorzellen. Das neu identifizierte Wirkprinzip könnte laut den Wissenschaftlern von großem therapeutischen Nutzen und Grundlage für die Identifikation von Tumorhemmstoffen sein.

Das Prostatakarzinom ist der beim Mann am häufigsten vorkommende Tumor. Obwohl die Methoden zur Erkennung und Therapie den Angaben zufolge immer besser werden, stellt Prostatakrebs immer noch die zweithäufigste Krebs-Todesursache bei Männern dar. *ddp*

»Künstliche Niere« kann nicht alles

Bluttest identifiziert infarktgefährdete Dialysepatienten

Von den rund 80 000 chronisch nierenkranken Menschen in Deutschland überleben 60 000 nur deshalb, weil „künstliche Nieren“ in regelmäßigen aber belastenden Behandlungen giftige Abfallprodukte des Stoffwechsels aus ihrem Blut filtern. Die „künstliche Niere“, die Hämodialyse, wirkt zwar lebensrettend und lebenserhaltend, sie kann aber ihrem Namen nicht wirklich gerecht werden. Denn die Niere ist nicht nur ein Organ zur Ausscheidung von Wasser und Stoffwechselabfällen, sie ist auch an der Bildung wichtiger Hormone wie Vitamin D beteiligt und an der Regulation des Blutdrucks. Wichtige Zusatzaufgaben also, welche die Blutreinigungsverfahren nicht übernehmen.

Viele Dialysepatienten sind aufgrund eines zuvor über Jahre unbemerkt gebliebenen Bluthochdruckes behandlungsbedürftig geworden. Und bei rund einem Viertel der Betroffenen wurden die Nierenschäden durch einen Diabetes verursacht, der so ganz nebenbei auch Blutgefäße und das Herz schädigt. Kein Wunder also, daß sich gerade unter den ohnehin schon durch das Organversagen geplagten Nierenpatienten auch viele finden, die an zusätzlichen Gefäß- und Herzkrankheiten leiden und die damit ein deutlich erhöhtes Risiko für einen Herzinfarkt oder Schlaganfall haben.

Kaputte Niere schädigt das Herz

Die gute Nachricht: Dialysepatienten mit einem erhöhten Infarktrisiko lassen sich nach Untersuchungen von Wissenschaftlern um Prof. Berthold Hocher vom Zentrum für Herzgefäß-Forschung an der Berliner Charité relativ einfach mit einem Bluttest ermitteln. Ein den Infarkt verursachender Gefäßverschluß entsteht dann, wenn Ablagerungen in verkalkten Arterien aufgrund einer Entzündung aufreißen und sich ein Blutgerinnsel bildet.

An diesen komplexen Vorgängen ist – das haben Forscher in Tierexperimenten herausgefunden – ein Molekül mit der Bezeichnung CD 154 beteiligt. Hocher: „Dieses Protein gibt darüber Auskunft, ob sich im Körper eine Entzündung gebildet hat, die dann einen Gefäßverschluß hervorruft“.

Je höher die Konzentration von CD 154 im Blut von Patienten sei, desto wahrscheinlicher könnten sich im Herz oder im Hirn Gefäßverschlüsse bilden.

Über fünf Jahre hatten die Berliner Wissenschaftler eine Gruppe von Dialysepatienten beobachtet, die zu Studienbeginn keinerlei Herzprobleme hatten. Regelmäßig wurden neben den bekannten Risikofaktoren für Herz-Kreislauf-Erkrankungen die CD-154-Konzentrationen im Blut gemessen. Bei fast allen Teilnehmern, die im Verlauf der fünfjährigen Untersuchung einen Gefäßverschluß erlitten, war bereits zu Beginn der Studie ein erhöhter Wert des Markers festgestellt worden.

Risiko: Dauerstreß und Bluthochdruck

Hocher versichert: „Bei Dialysepatienten sind die Daten eindeutig und können als Grundlage für die Identifizierung von Risikopatienten nützlich sein.“

Das heißt: Ein einfacher Bluttest kann das Risiko eines Infarktes oder Schlaganfalles dadurch mindern, daß Ärzte frühzeitig Empfehlungen zur Veränderung der Lebensgewohnheiten, durch Verschreibung anderer Medikamente und durch engmaschigere Untersuchungen geben können.

„Wichtig wäre es aber auch, bei anderen Patientengruppen mit hohem Risiko für Herzkreislauferkrankungen zu zeigen, daß CD 154 hier eine ähnliche Bedeutung hat“, umreißt Hocher weitere Forschungsvorhaben.

Risikopatienten sind Menschen mit Bluthochdruck, Diabetes, Übergewicht, Fettstoffwechselstörungen, aber auch solche, die unter Dauerstreß leiden. Denn auch psychische Überbeanspruchung wirkt sich schädlich auf die Gefäße aus. Gelänge es, mittels eines Bluttestes aus dem Heer der Risikopatienten diejenigen herauszufischen, die ein hohes Infarktrisiko haben, könnten Leid und Kosten in ungeahnten Dimensionen vermieden werden. *ddp*

Empfindlich

Junges Gewebe vor Sonne schützen

Narben an gut sichtbaren Körperstellen sehen viele Leute als Makel an. Das neue Bindegewebe, das nach einer Wundheilung entsteht, kann mitunter unschöne Formen annehmen. „Damit aus einer Wunde später keine wuchernde Narbe entsteht, sollte man schon bald nach der Verletzung mit der richtigen Pflege des Gewebes beginnen“, rät Jan Hundgeburth vom Berufsverband Deutscher Dermatologen.

Besonders wichtig sei es, sich nach einer Operation genau an die Empfehlungen des Arztes zu halten. „Anweisungen zum Verbandswechsel sind unbedingt einzuhalten, und auch die Fäden sollten zum empfohlenen Zeitpunkt entfernt werden. Wenn das zu früh oder zu spät geschieht, kann sich das schon negativ auf die Narbenbildung auswirken“, warnt der Hautspezialist.

Außerdem solle man mit frischen Narben ungefähr zwei Monate lang nicht in die Sonne gehen, da das junge Gewebe sehr schnell bräune und so häßliche Flecken entstehen könnten.

In den ersten Monaten nach Abheilen der Wunde kann es sinnvoll sein, die Narbe mit einem luftdichten Pflaster abzudecken. „Solche Narbenpflaster bekommt man in der Apotheke. Sie sind meistens aus Silikon und werden einige Zeit lang rund um die Uhr auf der Narbe getragen.“ Durch den Sauerstoffmangel werde verhindert, daß das Narbengewebe unkontrolliert wuchert.

Auch sogenannte Narbensalben können dabei helfen, eine unauffällige Narbe zu erzielen. Mit den Spezialcremes reibt man die empfindliche Narbenfläche regelmäßig ein und massiert sie dabei sanft. „Dadurch wird überschießendes Gewebewachstum gehemmt und die Narbenstruktur aufgelockert“, sagt Hundgeburth.

Bei alten Kindheitsblessuren wirken diese Methoden allerdings nicht mehr. „In einer Narbe, die schon einige Jahre alt ist, findet kein Stoffwechsel mehr statt. Hier kann man nur noch mit ärztlicher Hilfe eine optische Verbesserung erzielen“, sagt der Dermatologe. Beispielsweise durch das Abtragen mittels Laserstrahlen oder durch erneutes operatives Aufschneiden kann so auch trotz der unschönen Schramme vom Rollschuhsturz doch noch ein ansehnliches Hautbild entstehen. *ddp*

Von allen Seiten ausgenommen

Betr.: „Rote Karte für Spekulanten“ (Nr. 20)

Wir werden ausgenommen wie die Weihnachtsgänse, werden sinnbildlich zur Schlachtbank geführt, ohne uns wehren zu können. Im Zweifelsfall müssen wir zahlen. Und es sind nicht nur Spekulanten, die von allen Seiten in unsere Taschen greifen, es sind auch Politiker und staatseigene Unternehmen, die lebhaft am Taschenleeren der Bürger beteiligt sind. Vorgestern las ich, daß wir Berliner zu wenig Wasser verbrauchen, so daß wir dafür mit der Erhöhung der Wasserpreise bestraft werden müssen. Erinnern wir uns noch daran, daß wir einmal Wasser sparen sollten?

Hans-Heinz Moritz, Berlin

Österreich muß sich wehren

Betr.: „Brüssel zwingt Gen-Mais auf“ (Nr. 20)

Monsanto ist der große Gewinner in diesem Milliardengeschäft. Österreich und die Demokratie sind die großen Verlierer. Die Welthandelsorganisation (WHO) ist fest in amerikanischer Hand und Brüssel ein Erfüllungsgehilfe der Amerikaner. Monsanto wird Millionen von US-Dollar über die österreichische Regierung ausschütten, damit diese per Gesetz die Landwirte dazu zwingt, den Gen-Mais der Firma Monsanto anzupflanzen. Dieser Gen-Mais läßt sich nicht zur Aussaat wieder verwenden, die Landwirte müssen jedes Jahr neues Saatgut bei der Firma Monsanto kaufen, wie oben angeführt, ein Milliardengeschäft für die Firma Monsanto. Hat die Firma Monsanto in Österreich erst einmal einen gewissen Prozentsatz des Anbaues erreicht, wird diese den Preis für Gen-Saatgut drastisch erhöhen und so die abhängigen Landwirte in finanzielle Schwierigkeiten bringen, bis hin zum finanziellen Ruin. Österreich ist gut beraten, wenn es die Methoden der Firma Monsanto und ihren Gen-Mais nochmals überdenkt, ehe es den Gen-Mais anbaut.

Hans-Joachim Roths, Steinau-Marjoß

Finanzierung der Renten sichern

Betr.: „Kräftiger Schluck aus der Pulle“ (Nr. 20)

Man traut seinen Augen nicht, wenn man liest, daß die ohnehin ungerechtfertigt hohen Diäten der Bundestagsabgeordneten mit zusätzlich allen möglichen Vergünstigungen um weitere rund sechs Prozent erhöht werden sollen, während gleichzeitig die Rentner mit lächerlichen und nicht einmal die Inflationsrate ausgleichenden 1,1 Prozent abzüglich Sozialabgaben abgespeist werden sollen.

Für mich ist das Abzocke in einer Potenz, die mit dem normalem Menschenverstand nicht mehr nachvollziehbar ist. Diese Herrschaften mit ihrer zum nicht geringen Teil zur Schau gestellten Arroganz debattieren gleichzeitig darüber, ob die Rentenerhöhung von 1,1 Prozent überhaupt gerechtfertigt ist, angeführt von lebensfremden Fachidioten, denen jegliches Fingerspitzengefühl für den Alltag der Menschen fehlt.

Zu einer Lösung des Problems der Rentenfinanzierung, für die sie eigentlich zuständig sind, sind sie dagegen unfähig und schieben sie unter Aufsagen ihre Unfähigkeit bestätigender Sprüche vor sich hin. Wofür also eine Diätenerhöhung? Weshalb gelten da andere Maßstäbe als für die Erhöhung der Renten? Ist es einfach so, daß ihnen das völlig „wurscht“ ist, weil ihre eigene Altersversorgung ganz anders abgesichert ist?

Alfred Dagenbach, Heilbronn



Spekulanten mischen mit: Die Benzinpreise schießen in die Höhe. Foto: ddp

Regierung hilf!

Betr.: „Rote Karte für Spekulanten“ (Nr. 20)

Für mich ist es ein Verbrechen, wenn wir alle Opfer von Spekulanten sind, die sich auf unsere Kosten bereichern, ohne daß wir uns wehren können. Die Rote Karte für sie wäre schön, nur sieht es gar nicht danach aus. Aber ich meine doch, daß es zu den Aufgaben einer Regierung gehört, Unheil von ihren Bürgern abzuwenden.

Maria Walter, Erlangen

Wie viele tun Not?

Betr.: „Kräftiger Schluck aus der Pulle“ (Nr. 20)

Bevor man Diäten erhöht, sollte endlich abgeklärt werden, wie viele Bundestagsabgeordnete wir überhaupt noch finanzieren müssen, wenn doch über 75 Prozent all dessen, was wir zu tun und zu lassen haben, in Brüssel bestimmt wird. Um mit den Köpfen zu nikken, brauchen wir keine Bundestagsabgeordneten. Und dann wäre ja auch noch die Frage nach ihrer Leistung zu stellen, die nicht dadurch zu dokumentieren ist, wie viele Termine ein MdB wahrgenommen hat.

Gerhard Scheffler, Mannheim

Umerzogen

Betr.: „Tschüß, 68er!“ (Nr. 17)

Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie aufgezeigt haben, wie der deutsche Volksstaat in den plutokratischen Bevölkerungsstaat in Deutschland umerzogen wurde. Die Schlußfolgerung haben Sie sich verkniffen: Wenn die Lizenzen für die Magnetschwebebahn und die deutschen Kernkraftwerke an die Chinesen verkauft sind, wird der Ruf nach Recht und Freiheit in Deutschland zu einer innerchinesischen Angelegenheit, und im Bundestag gibt es nur noch „lechts“ und links.

Rolf Oppermann, Wernigerode

Nur eigenes Wissen erhebt uns aus dem Meer der Lügen

Betr.: „Tschüß 68er!“ (Nr. 17)

Klaus Rainer Röhl hat wieder ins Schwarze getroffen. Schluß mit dem 68er-Theater. Das System war der Fehler, seine Handelnden Fehlende, und die, die bis heute nichts dazugelernt haben, gehören zum intellektuellen Müll, von dem wir leider einen großen Berg haben. Ich meine, daß wir uns selbst davor schützen müssen, uns den Müll täglich vor Augen zu führen, dessen Düfte uns von allen Seiten erreichen. Wo gibt es im öffentlichen Leben noch Anstand, Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit, auf wessen Wort kann man bauen, wem vertrauen?

Unsere kritische Tochter hat kürzlich Stoiber in einer Diskussion persönlich erlebt, sie fand ihn wahrhaftig. Aber wurde er nicht von zwei Herren vertrieben, die ihn zu zweit in keiner Weise ersetzen können?

Wir dürfen uns unser Leben nicht vermiesen lassen, müssen zusehen, möglichst viel von ihm zu haben, müssen Freunde und Familie pflegen und müssen unseren inneren Lebenskreis sauber halten.

Und wir sollten widersprechen lernen, sollten nicht hinnehmen, sondern uns mit fairen Mitteln zu wehren suchen, wo immer das geht. Und wir sollten nicht grundsätzlich glauben, was uns geboten wird, sondern sollten hinterfragen und das eigene Wissen erhöhen. Nur eigenes Wissen erhebt uns aus dem Meer der Lügen, Halbwahrheiten und Beeinflussungen.

Nicht nur unter dem Tisch bellen, sondern die eigene Meinung offen vertreten.

Die 68er hat unser Land nie gebraucht. Es wäre ihm gut bekommen, hätte es sie nie gegeben.

Dieter Pfeiffer, Berlin

Die Trauer einfordern

Betr.: „Mehr Selbstbewußtsein, liebe Landsleute“ (Nr. 19)

Zu weiten Teilen stimme ich den Ausführungen von Klaus Rainer Röhl zu. Wir haben ein Anrecht darauf, daß auch uns Deutschen Gerechtigkeit widerfährt und alle an Deutschen begangenen Verbrechen beim Namen genannt werden. Wer uns dieses Recht verweigert oder es uns nicht zugestehen will, kann nicht unser Freund sein. Ich habe das Wort „Feind“ soeben bewußt vermieden, da die Feinde der Deutschen im eigenen Land sitzen und selbst Deutsche sind. Es sind Deutsche, die in vielen Funktionen, Parteien, Gruppen und Medien uns aufzwingen wollen, das an uns Deutschen begangene Unrecht sozusagen als Strafe hinzunehmen. Deutsche durfte man ermorden, erniedrigen, vergewaltigen. Es gibt keine zu ersinnende Grausamkeit, die nicht an Deutschen begangen worden ist. Das an Deutschen Verbrochene rechtfertigen zu wollen, ist für mich der Gipfel der Unmenschlichkeit.

Selbstverständlich wollen wir Freundschaft mit unseren Nachbarn und keine Rache, und wir sind glücklich, daß die Völker Europas in der EU zum Frieden gefunden haben. Nur müssen wir deshalb nicht mit der Lüge leben und können fordern und erwarten, daß auch unsere Opfer nicht verschwiegen, sondern offen benannt und betrauert werden.

Frank Boye, Celle

Dialog und Gewaltverzicht mit und von allen Parteien

Betr.: „Freie Bahn für Chaoten“ (Nr. 19)

In der Walpurgisnacht vor dem 1. Mai wiederholten sich die zum Ritual gewordenen Krawalle. Diesmal nicht nur in den dafür bekannten Stadtteilen Hamburgs und Berlins, sondern auch dort, wohin die Medien, aufgeregte Funktionäre und überreagierende Bürgermeister den Weg gewiesen hatten, nämlich an die Front gegen die „Neonazis“. Für die erprobten Störenfriede ein willkommenes Signal. In Ermangelung eines Atommülltransports, G-8-Gipfels oder Fußballendspiels und heiß gemacht durch das tagelange Hin- und Her war eine Gruppe NPDler als Zielgruppe ins Visier dieser linksextremistischen Chaoten geraten. Wie die Berserker, bewaffnet mit Totschlägern und Brandsätzen, fielen die Anarchisten über ihre Landsleute her. Sie legten Feuer und richteten Sachschäden in Millionenhöhe an. Dieser gewalttätige Mob schreckte nicht davor zurück, den Staat herauszufordern und eine Schar Andersgesinnter samt dem begleitenden Polizeikordon zum Zielobjekt seines vernichtenden Hasses zu machen. Das muß künftig unterbunden werden. Ändern läßt sich diese bürgerkriegsähnliche Situation jedoch nur dann, wenn der längst überfällige Dialog auf Gewaltverzicht nach demokratischen Grundsätzen aufgenommen wird. Und zwar mit allen zur Wahl zugelassenen Parteien (vgl. dazu Kürschners Handbuch „Deutscher Bundestag“, 16. Wahlperiode). Ich betone, mit allen Parteien. Was mit allen öffentlich diskutiert, hinterfragt und konsensfähig gemacht wird, kann hinterher nicht in Gewalttätigkeiten ausarten. Zur Zeit ist eine ausgrenzende Meinungsmanipulation allgegenwärtig. Wir alle wissen, daß Journalisten beim Quotenfang häufig dem Täuschen erliegen und Unwahrheiten verbreiten. Der Fall Sebnitz ist einer von vielen. Damals wurde der Blick auf schnürstiefelige Schlägertypen gelenkt. Alles Lüge. Volkes Meinung wurde manipuliert, und die Einwohner von Sebnitz wurden in Mißkredit gebracht. Trotzdem bleibt es geübte Praxis, daß jeder, der sich mit der NPD auseinandersetzen möchte und nachfragt, selbst in die Nazi-Ecke gestellt wird. Das geht bereits soweit, daß sogar das Veröffentlichen in einer konservativen (rechten) Publikation als verwerflich angeprangert wird. Das ist weder der Meinungsvielfalt dienlich noch kann Volkserziehung via Medien das Maß aller Dinge sein. Für die eigene Meinung gibt es keinen Ersatz. Wie können wir mit dem Finger auf andere, zum Beispiel China, weisen, ohne rote Ohren über unser eigenes Demokratieverständnis zu bekommen?

Peter Kopychiok, Kipfenberg

Protestierer vereinigt Euch!

Betr.: Leserbriefe

Als Bezieher Ihrer Zeitung lese ich mit besonderem Interesse die Leserzuschriften. Darf ich heute in aller Öffentlichkeit bekunden, wie sehr mir dieses ewige und jahrelange Gejammer über die Zustände unserer politischen Parteienlandschaft zum Hals heraus hängt. Wenn wir Protestierer nicht in der Lage sind, uns gemeinsam auf einen guten, demokratischen, volks- und heimattreuen Nenner zu bringen, bleibt alles gedroschenes Stroh.

Ich sehe – sozusagen als letzte Hoffnung – eine neue Partei am Horizont auftauchen. Sie verteilt Auto- und Briefaufkleber mit dem Slogan: „Mein Herz gehört Deutschland“.

Fritz Held, Amstetten

Die EU wird immer mehr zum Fremdkörper

Betr.: „Geheimsache Europa“ (Nr. 18)

Man fragt sich oft, was man in unserem Lande noch unter Demokratie verstehen soll. Ich meine, daß die Demokratie bei uns nur noch eine Gastrolle spielt. Die Parteien lassen sich zwar von den Bürgern finanzieren, aber denken nicht im Traum daran, sie an wichtigen Entscheidungen zu beteiligen. Die EU wird immer mehr zum Fremdkörper, reglementiert ihre Staaten in unerträglicher Weise, was schon an Diktaturen erinnert, wo „Große Brüder“ das Sagen haben. Der Bürger kennt die Leute nicht, die ihm vorschreiben, daß in einem Kuhstall kein Schwalbennest sein darf oder in der Küche einer ländlichen Gastwirtschaft nicht mehr mit Holz geheizt werden darf. Der blanke Irrsinn wird zum Gesetz erhoben, und Europas Bürger müssen gehorchen. Was hat das mit Freiheit zu tun? Nichts! Und Deutschlands Bundestagsabgeordnete beschließen über die Grundlagen einer EU, die dringlichst der Rundumerneuerung bedarf. Die EU darf nicht länger eine „demokratische“ Diktatur bleiben. Die Bürger müssen mitsprechen können.

Bertold Ferch, Hannover

Von den an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Alle gedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Zwischenstufen auf dem Weg zum Schrecken

Betr.: „Generalsekretär à la KPdSU“ (Nr. 17)

Die Geschichte kennt viele Personen oder Persönlichkeiten, die, vom eigenen Erfolg vorangetrieben, sich immer mehr zutrauten und schließlich scheiterten, und oft viel Unheil über die Menschen brachten, die das Unglück hatten, in ihrem Machtbereich zu leben. Wohin es Putin noch treiben wird, wissen wir nicht. Wir können nur für Rußlands Bürger hoffen, daß er nicht auch zu denen zählen wird, die ihre Grenzen überschritten. Hitler wäre ein deutsches Beispiel, Stalin ein russisches. Auf dem Weg zu ihrer Schrecklichkeit gibt es viele Zwischenstufen. **Olaf Drexel, Bonn**

Mehr Meinungsfreiheit täte uns gut

Betr.: „Zensur läßt grüßen“ (Nr. 18)

Mich würde einmal interessieren, wieviel Prozent unserer Bürger an die Unabhängigkeit der deutschen Presse glauben. Ich vermute, bei steigender Bildung immer weniger. Es gibt zu viele Beispiele, die darauf hinweisen, daß Nachrichten unterschlagen oder abgeschwächt wie aufgemotzt werden. Jeder Leserbriefschreiber wird sich über inhaltliche Kürzungen beklagen können, wenn er nicht genehme Meinungen vertritt. Meinungsfreiheit mit kräftigen Dellen. Wir könnten uns eine wirkliche Meinungsfreiheit leisten, und sie würde uns gut bekommen.

Hans-Wilhelm Dachtler, Stuttgart

Zu viele Freiräume

Betr.: „Milde Maßnahmen“ (Nr. 19)

Scheißdeutscher ist erlaubt, Scheißtürke ist verboten. Das ist Recht in Deutschland, in dem es unter politischem Vorbehalt steht.

Die Politik bestimmt letztendlich, was Recht oder Unrecht zu sein hat. Und das ist nicht in Ordnung, weil Recht keine Hintertüren haben darf und für alle gleichermaßen verbindlich sein muß.

Wenn jugendliche ausländische Straftäter sich über die Urteilssprüche deutscher Gerichte lustig machen und ungehindert ihr rechtswidriges Verhalten fortsetzen, ist ihnen das nicht zu verübeln. Sie nutzen nur den ihnen gegebenen Freiraum, für den Deutsche zuständig sind.

Diese sind auch die wirklich Schuldigen. **Wilhelm Krause, Weimar**



Den deutschen Bauern geht es ans Geld: Die EU-Agrarsubventionen sollen umgeschichtet werden. Foto: ddp

Ans Licht zerren

Betr.: „Carla del Ponte packt aus“ (Nr. 17)

Sicher gibt es noch viel mehr, was ausgepackt werden müßte, damit die verpestete Luft der Diplomatie wieder sauberer werden kann. Aber keine Angst, es wird sich nicht viel ändern. Da müßte es schon Carla del Pontes in mehreren Ausgaben geben und dazu noch eine Presse, deren Arbeit ein Buch wie das von Frau del Ponte nicht notwendig machte, weil ja alle Schweinereien längst bekannt gemacht sind.

Ja was macht eigentlich die deutsche Presse, erfüllt sie ihre Pflicht zu Aufklärung und Information?

Sehen wir uns nur an, was in aller Welt alles unter den Tisch gekehrt wird, damit die Chinesen ihre Olympischen Spiele behalten und mit ihnen glänzen können.

Rudolf Küster, Bonn

Landwirte werden um Subventionen beneidet, ihren schweren Alltag sieht keiner

Betr.: „Vor der eigenen Hoftür kehren“ (Nr. 18)

Dieser Artikel ruft geradezu Widerspruch hervor. Denn so einfach, wie der Autor dieses Artikels den Bauernverband, seinen Präsidenten und somit die Agrarerzeuger allgemein darstellt, liegen die Dinge ganz gewiß nicht.

Gebetsmühlenartig wird immer wieder gegen die Landwirtschaft und insbesondere gegen Landwirte polemisiert. Leider jetzt auch von der *PAZ*. Immer wieder der gleiche Ton: Sie, die Landwirte, erhielten hohe Subventionen, Gelder, die nach Ansicht der Stadtbevölkerung, ihnen gar nicht zuständen. Wer aber kennt die tatsächliche Summe, die ein einzelner Bauer „eventuell“ als Subvention bekommt, als Geschenk sozusagen? Eventuell deshalb, weil Strafabzüge von dieser Summe programmiert sind und sie auch erteilt werden. Bei einem Durchschnittseinkommen eines Landwirtes, das zur Zeit etwa 2100 Euro brutto monatlich beträgt, kann doch keiner von einer unzulässiger Bereicherung sprechen; diese Behauptung ist geradezu böswillig. Weiter wird behauptet, die „hohen“ Agrarsubventionen belasteten den Staatshaushalt unverhältnismäßig, abgesehen von den Einkommen der Familien und der Hartz-IV-Empfänger. Und die Industrie jammert ebenfalls, daß die Zahlungen zu ihrem Nachteil erfolgen würden. Andererseits wird den Landwirten vorgeworfen, bei ihrem Kampf um ein gerechtes Einkommen, sie würden vornehmlich ihre Pfründe verteidigen. Welche das wohl sind? Dabei gebe es doch eine Alternative, wird gesagt, nämlich für die globalisierten Märkte zu produzieren. Nur diese müßten die Produkte auch zu einem angemessenen Preis kaufen können. Schließlich würde sich dann schon der Weizen vom Streu trennen. Die Nahrungsmittel würden wirklich billig und alle wären zufrieden. Wohlgemerkt es geht hier um direkte landwirtschaftliche Produkte, Produkte, die vom Feld oder aus dem Stall der Landwirte oder eines Gärtners kommen, nicht um solche, die als Fabrikware veredelt die Supermärkte-Regale und Tiefkühltruhen füllen.

Nur sind jetzt im März gerade einige Lebensmittel um 8,6 Prozent gestiegen, die aber nach kurzer Zeit den Ausgangpreis wieder erreichten, aber die Presse spricht von exorbitanten Preisanstiegen bei Nahrungsmitteln. In Wirklichkeit betrugen die Preissteigerungen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich knapp ein Prozent pro Jahr, so daß die jetzigen Preissteigerungen in einem ganz anderen Licht erscheinen. Im Gegensatz zu Preissteigerungen anderer Bereiche, kann man auch wirklich nicht von einer wirtschaftlichen Bedrohung der Verbraucher reden. Auch eine andere Statistik dürfte hierfür stehen. Während noch 1970 vom Durchschnittseinkommen einer vierköpfigen Familie für Nahrungsmittel 30 Prozent aufgebracht werden mußte, sind es heute gerade noch 14 Prozent. Hilfreich war hierfür tatsächlich die Politik, die mit Hilfe der Agrarsubventionen bewirkte, daß bei der Bevölkerung mehr Geld für „meine“ Reisen, „mein“ Auto, „mein“ Haus und „mein“ Anderes übrig blieb.

Die Landwirtschaft kann nun mal nicht so produzieren, wie eine Autofabrik es tut. Sie hat mit Lebewesen zu tun, die anderen Gesetzen unterworfen sind als tote Materie. In einer Autofabrik kann zu beliebiger Zeit die Produktion gesteigert oder aber gedrosselt oder sogar gar ganz eingestellt werden, und diese Zustände, wenn notwendig, können jederzeit wieder geändert werden.

Dies ist in der Landwirtschaft so nicht möglich. Jede Änderung bedarf langer Zeiträume und ist nur zu oft sogar endgültig.

Wenn Überproduktionen in der deutschen Landwirtschaft in der Vergangenheit über den Eigenverbrauch hinaus entstand, so deshalb, weil ein Betriebsleiter bestrebt war, seine steigenden Betriebskosten abzudecken und zum anderen den berechtigten Wunsch hatte, am allgemein wachsenden Wohlstand teilzuhaben.

Doch heute reicht das erwirtschaftete Betriebseinkommen lange nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren. Wenn man sich aber gegen einen solchen Verlust wehrt, darf dies doch nicht von anderer Seite als ein Festhalten an Pfründen gewertet werden. Nicht von ungefähr geben immer mehr Landwirtschaftsfamilien ihre Höfe auf und suchen sich Arbeit in der Stadt. Selbst Betriebsgrößen, die noch vor 20 Jahren als zukunftssicher galten, sind heute dem Untergang geweiht.

Selbst „gebildete“ Journalisten scheinen nicht begreifen zu wollen, daß eine Eigenversorgung, nicht nur von Lebensmitteln, die Grundvoraussetzung dafür ist, daß es einen sozialen Frieden in einem Staat gibt. **Klaus Glagau, Münster**

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Wolf Oschlies

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen eV., Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 Euro monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro monatlich, Luftpost 14,50 Euro monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5375**

Die Jungen verjuxen Leistungen der Alten

Betr.: „Wenn mit der Rente Politik gemacht wird“ (Nr. 17)

Das ist der Gipfel: die Themen-Agitationswoche der ARD. Jüngere gegen die Älteren aufbringen! Damit werden die Generationen gespalten! Laßt die Älteren in Ruhe. Die haben ihre Arbeit getan!

Ihr Jüngeren, macht eure Arbeit, dann geht es euch gut. Aber es scheint, es wird alles versiebt, weil zu wenige ihre Arbeit wirklich ernst nehmen.

Milliarden in den Sand gesetzt durch Fehlspekulationen der Banker-, Finanzberater- und Management-Experten. Beispiel: die Landesbanken. Hier, Frau Matthäus-Meier. Sie hat langjährig und in großem Stil durch Gier und Unbedarftheit Milliarden verzockt. Die Steuerzahler, wir alle, sind die Dummen.

Die gut gefüllten Rentenkassen, geplündert für blühende Landschaften, die großmäulige Politiker leichtfertig und vollmundig versprochen haben. Im Gegensatz zu Steuern sind Beiträge zweckgebunden. Wer Beiträge zweckentfremdet verwendet, erfüllt den Tatbestand der Untreue. Darauf steht Gefängnisstrafe!

Die Raffgier, gepaart mit Unverständigkeit sehr vieler junger, aktiver Manager, Banker, Politiker, Mandatsträger, Chefredakteure und ähnlicher „Experten“ ist grenzenlos. Durch die vielen Versager und Unersättlichen geht es immer weiter bergab. Mehr als 900 Milliarden Euro sind dadurch bislang versickert! Ein Ende ist noch nicht abzusehen!

Inkompetente Politiker verschleudern das Vermögen des Volkes an „Investoren“.

Geben etwa die Ruheständler ihre Rente für teure und endlose Handy-Telefonate, für Klingeltöne, für Bilder und Musik aufs Handy, Flatrates, kriminelle Computerspiele, für Gewalt- und Sex-Videos und ähnlich Unnötiges aus? Dann wäre es sofort vorbei mit der finanziellen Unterstützung der Kinder und Enkel.

Die Jüngeren erhalten nicht, was die Älteren mit viel Arbeit, Fleiß und Ausdauer geschaffen haben. Die weitaus allermeisten hatten dabei keinen Spaß, haben jedoch auf die Zähne gebissen und etwas zuwege gebracht. Sie brauchten nicht mit Neid auf die damaligen Rentner zu schauen. Im Gegenteil, sie haben klaglos bis zu 20,3 Prozent Rentenbeitrag gezahlt.

Wer spricht von den vielen Beamten-, Politiker- und Mandatsträger-Pensionären? Wo kommen eigentlich deren Pensionsgelder her? Es sei ihnen gegönnt, es steht ihnen zu, aber vom Himmel fallen die Milliarden für deren Altersversorgung leider auch nicht. Für diese Gelder wurden keinerlei Rücklagen gebildet. Ein strafwürdiges Versäumnis! Wir alle müssen nun dafür aufkommen, auch die Generation der Sozial-Rentner.

Und nun? Letztlich gönnt man den Rentnern noch nicht einmal eine winzige Rentenerhöhung. Na, vielen Dank. **Georg Siemon, Modautal**

Bindung fehlte

Betr.: „Mobilisierung mißlungen“ (Nr. 18)

Ich würde es nicht der Berliner CDU anlasten wollen, daß keine Mehrheit für den Erhalt des Flughafens Tempelhof zustande gekommen ist. Die emotionale Bindung an Tempelhof ist besonders bei älteren ehemaligen Westberlinern gegeben; sie wissen noch um die Luftbrücke, bei jüngeren würde ich dafür nicht die Hand ins Feuer legen.

Die aus der DDR stammenden Berliner waren von der Luftbrücke nicht betroffen und sind mehrheitlich Wähler linker Parteien. Auch Wowereits Erklärung, daß er kein Votum für Tempelhof anerkennen würde, eine nicht zu akzeptierende Anmaßung, dürfte viele Berliner bei dem schönen Wetter davon abgehalten haben, ihren Stimmzettel auszufüllen (Wenn es eh nichts bringt).

Gabriele Runge, Berlin

Sicherheit für den redlichen Bürger

Betr.: „Auf dem falschen Fuß erwischt“ (Nr. 19)

Die Linken scheinen blind, jedenfalls wenn es um die Sicherheit des Staates und seiner Bürger geht. Man könnte meinen, daß man auf der linken Seite davon überzeugt ist, einmal selber gegen Recht und Ordnung zu verstoßen. Auf den Gedanken, daß der redliche Bürger keine Kontrolle und keine Überwachung zu fürchten hat, kommt der Linkslastige nicht. Natürlich darf es keine Überwachung nur aus formalen Gründen geben, alles Notwendige muß unser aller Sicherheit dienen und Vor- und Nachteile müssen sorgsam miteinander abgewogen sein. **Martina Jaerisch, Neunkirchen**

Von den an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Alle gedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

MELDUNGEN

Carter gibt zu: Israel hat Atomwaffen

London – Der frühere US-Präsident Jimmy Carter hat öffentlich zugegeben, daß Israel 150 Atomwaffen besitzt. Er sagte dies bei einem Vortrag in Wales. Die Existenz israelischer Atomwaffen gilt zwar als offenes Geheimnis. Bislang aber hatten die politischen Vertreter Israels wie der USA, ob aktiv oder im Ruhestand wie Carter, diesen Sachverhalt nicht eingeräumt.

Gauweiler klagt gegen EU-Reform

München – Unmittelbar nach der Billigung des EU-Reformvertrags durch den Bundesrat hat der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler Organklage und Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe erhoben und einen Antrag auf ein Eilverfahren eingereicht. Gauweiler sieht durch die EU-Reform seine Rechte als Parlamentarier beeinträchtigt. Bevollmächtigter Gauweilers ist wie bei einer früheren Klage gegen die gescheiterte EU-Verfassung der Rechtsprofessor Karl Albrecht Schachtschneider. *–vs-*

ZUR PERSON

Schweigsamer Zeitgenosse



Drei Sprachen sind Pflicht für das libanesische Staatsoberhaupt: Französisch, Arabisch und Englisch. Und ein Taufschein als Christ, so verlangt es der Machtproporz zwischen Christen, Schiiten und Sunniten. Der Rest ist Verhandlungssache im politisch extrem polarisierten Libanon.

Nur, daß die Einigung auf den neuen Staatspräsidenten sechs Monate dauern mußte, ist selbst in Beirut die Ausnahme. Wer letztlich im Hintergrund das Machtwort gesprochen hat, bleibt unklar. Aber vielen war klar, daß die Wahl auf Armeechef **Michel Suleiman** zulaufen wird. Der 59jährige, ein maronitischer Christ, dessen Familie aus der alten Kreuzfahrerbasis Byblos stammt, hat das politische Kunststück vollbracht, sich zehn Jahre als Generalstabschef an der Spitze des Militärs halten zu können. Man schreibt es seinem Geschick zu, sich in kontroversen Situationen unauffällig verhalten zu können. So sehr, daß er zumindest dem Anschein nach seine Armee aus dem Krieg heraushalten konnte, den Israel 2006 gegen die verbündeten Terrorgruppen Amal und Hisbollah führte. Suleiman gilt zwar als strikter Gegner der Terroristen, handelt aber stets flexibel und sucht den Ausgleich mit allen politischen Lagern. In Zeiten großer innenpolitischer Spannungen bis an die Grenze von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen wird so ein Mann schnell zum Hoffnungsträger in der Bevölkerung.

Der 59jährige Berufssoldat gibt sich äußerst schweigsam über seine tatsächlichen Absichten. Er ist verheiratet und hat drei Kinder, so viel ist bekannt. Da der größte Teil seiner Familie in Damaskus lebt, wird ihm vorgehalten, zu stark vom großen Nachbarn Syrien abhängig zu sein. *–vs-*



Die Alternative Zeichnung: Mohr

Vertrauen!

Warum der, der nicht vertraut, kein Demokrat ist, wie die Linke den Verfassungsschutz in die Hände bekäme, und wofür wir so reich sind / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Selbstverständlich wäre die Wahl von Gesine Schwan mit den Stimmen der Linkspartei kein Schritt in Richtung Rot-Rot-Grün nach den Bundestagswahlen einige Monate später! Wer denkt denn sowas? Niemals!

Beck und seine Freunde überschlagen sich mit derlei Versicherungen. Wir kennen solche Auftritte von Ladendieben, die noch feierlich ihre Unschuld beteuern, während sie die heiße Ware gerade in der Manteltasche verschwinden lassen.

Ja, woher kommt sie nur, diese schreckliche Parteienverdrossenheit? Sind solche Flunkereien vielleicht der Grund? Nein, an der Verdrossenheit ist Horst Köhler schuld, erläutert Frau Professor Schwan, freilich ohne den Präsidenten namentlich zu erwähnen. Der fördere die Verdrossenheit durch billige Angriffe auf die Politiker. Das wiederum fördere einen „Affekt gegen das Parlament“, und der sei „antidemokratisch“.

Köhler ein Antidemokrat? Oha! Nutzt er gar das ihm verbleibende Amtsjahr, um mit der Wache des Bellevue den Reichstag zu stürmen und ein Obristenregime zu etablieren? Besetzen darauf Köhler-treue Putschisten das Kanzleramt nebenan – Walküre in der „Waschmaschine“? (So nennen die Berliner Merkels Amtssitz.)

Furchtbare Aussichten. Dem werden wir gemeinsam mit Gesine Schwan energisch entgegentreten. Sie will die Politikverdrossenheit überwinden, indem sie für „neues Vertrauen in die Politik“ wirbt. „Neues“ Vertrauen, gut so. Hoffentlich hält das „neue“ Vertrauen besser als das alte, von dem nur noch ranzige Krümel übrigblieben, die letzten Sonntag aus den schleswig-holsteinischen Wahlurnen rieselten.

Also machen wir es, wie uns die Präsidentschaftskandidatin geheißen hat: Stellen wir uns neben den Ladendieb und bestehen vertrauensvoll darauf, nichts Verdächtiges gesehen zu haben.

Allerdings sollte Frau Schwan ihre Worte etwas sorgfältiger wählen, denn nach ihrem Vertrauensappell sagte sie noch etwas, das die Harmonie zwischen Parteien und Volk schnell zerrütten kann: Die SPD-Politikerin will den Menschen „Politik erklären“, damit sie begreifen, „worum es geht“. Wir müssen befürchten, daß Frau Schwan diesen Satz nicht zu Ende gedacht hat. Worum geht es denn, wenn die SPD den amtierenden Bundespräsidenten, der dem eigenen Koalitionspartner angehört, zusammen mit der Linkspartei aus dem Stuhl schubst, ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl?

Es gibt halt Momente, in denen „Vertrauen“ und „Wissen, worum es geht“ einander ausschließen. Sonst bröckelt die Freundschaft mit den Wortbrechern.

Also muß man Prioritäten setzen, und „Vertrauen in die Politik“ ist nunmal eindeutig wichtiger als „wissen, worum es geht“. Abweichende Gedanken sind antidemokratisch.

> Der Armutsbericht hat die Klassenkampfzone in die Mittelschicht hinein erweitert – jetzt wird zugelangt

Die Demokratie ist ein dynamisches Wesen, das sich mit der Zeit ändert. In Urzeiten wurde das Wort mal mit „Herrschaft des Volkes“ übersetzt. Diese merkwürdige Interpretation wird vermutlich nur noch in düsteren Hinterzimmern verwendet, wo die Erbsenzähler hocken und dumpfe Sprüche raunen.

Was eine moderne Demokratie ausmacht, hat uns Gesine Schwan ins Gedächtnis gerufen. Wenn es antidemokratisch ist, Zweifel an der Kompetenz der gegenwärtigen Parlamentsparteien zu hegen, dann sind sie, die Parteien, selber die Demokratie. Moment mal! Was heißt denn hier „gegenwärtige“ Parlamentsparteien. Wer so redet, gibt ja schon Auskunft darüber, daß er sich vorstellen könnte, daß die Deutschen wie vor Jahren die Italiener das ganze Parteiensystem umkrempeln und neue Parlamentsparteien auf den Plan treten. Wer sich so etwas vorstellen kann, der wünscht es sich insgeheim, und ist damit als Antidemokrat überführt.

Langsam bekommen wir einen Vorgeschmack auf die Atmosphäre in einer Republik, die von Gesine Schwan präsidiert und von Rot-Rot-Grün regiert wird. Wer wohl welchen Ministerposten bekommt? Außenminister Steinmeier hat die Außenpolitik der Linkspartei für nicht konsensfähig erklärt. Ergo wird der Außenminister wohl nicht von den Postkommunisten gestellt werden. Zum Trost könnte man ihnen den Innenminister andienen. Dann hätten sie das Bundesamt für Verfassungsschutz unter ihrer Regie. Putzig, nicht wahr? Einst war jenes Amt auch für die Abwehr von DDR-Spionage und Infiltration zuständig. Wenn sie diesen Ministerposten bekäme, könnte die Linkspartei glatt jemanden zum obersten Dienstherren des Bundesamtes machen, der vor 20 Jahren noch als SED-Genosse „gegenüber“ saß.

Überaus attraktiv für die Linke wäre überdies der Stuhl des Finanzministers. Sozialismus geht am leichtesten über Steuern. Der jüngste „Armutsbericht“ hat hierfür gute Vorarbeit geleistet. Dort wurde nämlich nicht nur festgemacht, ab welcher Schwelle man als arm gilt, sondern auch, von wo an ein Deutscher „reich“ ist: Ab einem Monatsnetto von gut 3400 Euro.

Wir Normalverdiener sind von einem solchen Gehalt zwar weit entfernt. Aber ist man mit diesem Monatssalär wirklich „reich“? In unserer kindlichen Vorstellung waren reiche Leute welche, die eine 150-Quadratmeter-Wohnung in allerbester Lage mieten konnten, den neuen Oberklassewagen bar bezahlten, grundsätzlich teuren Wein konsumierten und noble Klamotten kauften, nur Edelrestaurants aufsuchten, und sich dennoch zwei-, dreimal im Jahr Urlaub im Fünf-Sterne-Schuppen leisteten, während die Domestiken die heimischen Gemächer in Schuß hielten.

Davon kann auch der 3400-Euro-Mann nur träumen. Für „reich“ wird er trotzdem erklärt, damit man ihm im Namen der sozialen Gerechtigkeit ungenierter an die Börse gehen kann. Diese Ausweitung der Klassenkampfzone in die Mittelschicht liefert eine fabelhafte Vorlage für jeden Finanzminister von ganz links.

Wenn es brenzlich wird, weil die Deutschen gegen die Restumverteilung ihres „Reichtums“ gegen die rot-rot-grüne Koalition auf die Barrikaden gehen, ist gewiß Bundespräsidentin Schwan zur Stelle, um solch „antidemokratischem“ Treiben den moralischen Teppich wegzuziehen.

Schon aus Dankbarkeit gegenüber den Linken. Hinsichtlich ihrer möglichen Wahl mit den Stimmen der Linkspartei ist sie völlig gelassen: „Wer mich von den Linken wählt, hat sich für konstruktive Politik entschieden“, sagt die Professorin. So einfach ist das.

Und wenn die bekennenden Nationalsozialisten von der NPD nun Köhler wählen? Wofür haben die sich dann „entschieden“? Das ist eine dieser ketzerischen Fragen, die ein von einem Linkspartei-Minister geführter Verfassungsschutz gebührend zu würdigen wüßte.

Die Grünen würden in dem Dreiergespann in jedem Falle darauf bestehen, das ihnen besonders wichtige Ministerium für Verbraucherschutz und Landwirtschaft zurückzubekommen. Landwirtschaft lohnt sich ja wieder, heißt es. Damit das so bleibt, hat das EU-Parlament beschlossen, den Tabakanbau bis 2012 mit jährlich bis zu 338 Millionen Euro zu subventionieren. Sie haben richtig gelesen: den Tabakanbau. Gleichzeitig wurde beschlossen, mehr Geld für Aufklärungskampagnen gegen das Rauchen auszugeben. Beides aus Steuermitteln, versteht sich.

Nur Antidemokraten nach Schwanscher Definition zweifeln angesichts solcher Entscheidungen an der Kompetenz der EU-Parlamentarier. Die Brüsseler Völkervertreter fassen solche Beschlüsse aus einem hehren Grund: Sie wollen die Demokratie stärken und mehr soziale Gerechtigkeit über die Länder der EU bringen!

Im Umverteilungsstaat mißt sich der Fortschritt zu mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit nämlich daran, wieviel Geld der Staat bei den ungleich begüterten Bürgern eintreibt, um es anschließend demokratisch und gerecht zu verteilen. Somit ist jede Steuererhöhung einerseits und jede staatliche Wohltat andererseits ein weiterer Schritt in eine bessere Welt.

ZITATE

*Die türkischstämmige Frauenrechtlerin **Serap Ciceli** wirft den **Deutschen** im Interview mit der „Welt“ (21. Mai) **Feigheit** im Umgang mit radikalen Moslems in der Bundesrepublik vor:*

„Die Deutschen sind feige. Sie tun sich schwer damit, Grenzen zu ziehen und für ihre eigene Identität einzustehen. Das liegt sicherlich an der leidvollen Geschichte des Landes, das sich einst einem faschistischen Diktator anschloß. Aber diese Zeiten sind vorbei. Die Deutschen müssen mutiger sein.“

*FDP-Chef **Guido Westerwelle** kritisiert im Gespräch mit dem „Focus“ (26. Mai), daß die **Mittelschicht** drastisch wie nie in die **Steuerschraube** genommen werde:*

„Daß die Mittelschicht in Deutschland als reich gilt, ist eine totale Deformation. 1960 war der Spitzensteuersatz fällig, wenn man 17mal so viel verdiente wie das Durchschnittseinkommen. Heute zahlt man den Spitzensteuersatz bereits, wenn man 1,4mal so viel verdient wie der Durchschnitt.“

*Der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen“ (27. Mai) amüsiert sich angesichts der **wenig glaubwürdigen** Abgrenzung der **SPD** von der Linkspartei („keine Koalition“) über **Gesine Schwans** erste Auslassungen nach ihrer Nominierung zur Präsidentschaftskandidatin der Sozialdemokraten:*

„Es klang fast nach SPD-Satire, als Frau Schwan ankündigte, sie wolle der Politikverdrossenheit durch Vertrauensbildung entgegenwirken. Die Partei überläßt ihr dafür reichlich Material.“

*Zwei Jahre vor dem Anpfiff der **Fußball-WM in Südafrika** versinkt das Land in fremdenfeindlichen **Gewalt-Exzessen**. Der „Tagesspiegel“ (25. Mai) fragte den südafrikanischen **Schriftsteller Ivan Vladislavic**, wie er die Situation in seiner Heimat erlebt:*

„Die Stimmung ist im Moment wirklich deprimierend. Die Stromausfälle sind sozusagen eine Kulisse für diese Depression ... Dann fallen die Ampeln aus, abends versinken ganze Stadtteile im Dunkeln, weil die Straßenbeleuchtung ausfällt. Alarmanlagen geben den Geist auf. Die Atmosphäre, die so entsteht, ist viel bedrohlicher als das, was tatsächlich passiert. Es wirkt, als würde alles auseinanderfallen.“

Gysine

Was nur soll ich heute schreiben?
Politik ist so banal!
Laß ich's diesmal lieber bleiben?
Die Entscheidung wird zur Qual.

Da tritt Beck mit alter Masche
neu geknotet auf den
Plan,
und wie Phönix aus der Asche
steigt – ihr habt's erraten –
Schwan!

Prompt erhellt sich meine Miene,
doch dann kommen Zweifel auf:
Heißt die Gute nicht Gysine?
Nimmt der Kurti das in Kauf?

Na, was soll ich lang sinnieren,
denn ob mit ob ohne Wahl,
repräsentadividieren
wird die Dame allemal.

Pannonicus